



GRUPEMENT D'ÉTUDES ET DE RECHERCHES
NOTRE EUROPE

Präsident : Jacques Delors

EUROPA WIEDERVEREINIGEN

ODER

EUROPA AUF DER SUCHE NACH IDENTITÄT(EN)

Seminar der Studien- und Forschungseinrichtung *Notre Europe*
und des griechischen Zentrums für Europäische Studien *EKEM*
Athen, 13. und 14. November 1998

Konferenzbericht von Jean-Louis Arnaud

Association présidée par Jacques Delors
44, rue Notre-Dame des Victoires - 75002 Paris - FRANCE
Tél. : (33) 01 53 00 94 40/41 - Fax : (33) 01 53 00 94 44
E-Mail : notreeurope@notre-europe.asso.fr

DISPONIBLE EN FRANÇAIS, ANGLAIS, ALLEMAND ET GREC
AVAILABLE IN FRENCH, ENGLISH, GERMAN AND GREEK
AUF FRANZÖSISCH, ENGLISCH, DEUTSCH UND GRIECHISCH ERHÄLTlich

Notre Europe

« Notre Europe » ist eine unabhängige Studien- und Forschungseinrichtung mit der Zielsetzung, Europa, seine Vergangenheit, seine Zivilisationen, seinen Weg zur Einheit und seine Zukunftsperspektiven zu untersuchen. Die Einrichtung wurde im Herbst 1996 von Jacques Delors gegründet. Sie besteht aus einer kleinen Gruppe von Wissenschaftlern aus verschiedenen Ländern.

« Notre Europe » nimmt auf zwei Arten an der öffentlichen Debatte teil: durch die Veröffentlichung von Studien unter eigener Verantwortung und durch die Zusammenarbeit mit externen Forschern und Intellektuellen, um einen Beitrag zur Reflexion über die europäischen Fragen zu leisten. Die veröffentlichten Dokumente sind für eine begrenzte Anzahl von Entscheidungsträgern, Politikern, Vertretern der Arbeitswelt, Akademikern und Diplomaten in den einzelnen Ländern der Europäischen Union vorgesehen.

« Notre Europe » veranstaltet außerdem in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oder Presseorganen Treffen und Seminare.

Entsprechend den Statuten versammelt « Notre Europe » mindestens dreimal im Jahr das “Comité Européen d’Orientation”, eine Gruppe von Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern und mit jeweils unterschiedlichem politischen und beruflichen Hintergrund.

In ihrer Funktion als Ort des Gedankenaustauschs, der Debatte und als Ideenschmiede veröffentlicht diese Gruppe konkrete Vorschläge, wie etwa den Appell “Die europäische Debatte politisieren”.

EKEM

Das griechische Zentrum für europäische Studien (EKEM), gegründet 1988, hat sich zum Ziel gesetzt, die Regierung, die akademische Welt und den privaten Sektor Griechenlands in Verbindung zu bringen, um eine kohärente Europapolitik zu formulieren und umzusetzen. Als Forschungszentrum und Plattform des Dialogs auf dem Gebiet der europäischen Zusammenarbeit ist das EKEM auch Bindeglied zwischen Griechenland und den anderen europäischen Ländern.

Das Eingreifen des EKEM in die öffentliche Debatte und sein effektiver Beitrag zur Formulierung von Politiken und Aktionen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für europäische Fragen basieren auf den Prinzipien der Unabhängigkeit und des Pluralismus. Die Forschung und die Förderung des wissenschaftlichen Dialogs sind die grundlegenden Ziele des EKEM. Sie leisten eine akademische Unterstützung zu den griechischen Politiken der Anpassung an den europäischen Integrationsprozess und ermöglichen Initiativen, die die Position Griechenlands in der Europäischen Union stärken.

Das EKEM legt ein besonderes Interesse auf die Balkanregion und das Schwarze Meer. Das Zentrum organisiert öffentliche Debatten, wissenschaftliche Arbeitsgruppen, internationale Konferenzen und publiziert zahlreiche Dokumente.

VORWORT

Die Erweiterungsverhandlungen der Europäischen Union mit den Ländern Mittel- und Osteuropas haben begonnen. Damit drängen sich eine Reihe von Fragen zur Wahrnehmung Europas und seinen Identitäten auf : Wie können wir unsere Verschiedenheiten aufleben lassen, im pluralistischen Sinne, um uns gegenseitig zu bereichern und eine Schicksalsgemeinschaft zu formen ? Gibt es unter diesem Gesichtspunkt ein “ europäisches Modell ”, welches uns vom Rest der Welt unterscheidet ? Auf der Grundlage dieser Fragestellungen beschlossen die Studien- und Forschungseinrichtung “ Notre Europe ” und das Griechische Zentrum für Europäische Studien (EKEM), am 13. und 14. November 1998 in Athen ein Seminar zu veranstalten, das sich den verschiedenen politischen, soziologischen und kulturellen Facetten der europäischen Identität gewidmet hat. Zu diesem Anlass versammelten sich 30 Persönlichkeiten aus dem politischen, intellektuellen und akademischen Leben West-, Mittel- und Osteuropas. Die Diskussionen waren, wie Sie bei der Lektüre dieses Berichtes feststellen werden, lebhaft und sogar leidenschaftlich. Um so besser. Denn auch und gerade durch einen offenen Dialog formt sich ein gemeinsames politisches Bewusstsein, welches immer ein Spannungsverhältnis aus verschiedenen Interessen, Meinungen, Einstellungen und Kulturen voraussetzt. Um als politisches Projekt zu existieren, braucht die europäische Integration noch viel mehr eine Konfrontation ihrer Meinungsverschiedenheiten - auf zivilisierte Art, versteht sich - und nicht künstliche Gemeinschaftspositionen oder einen schwammigen Konsens. Diese Aufgabe ist äusserst komplex, zu einer Zeit, da der Balkan erneut eine schwere Tragödie erlebt. Um in dieser Region dauerhaften Frieden zu schaffen, werden deren Bewohner in ihrer Vergangenheit nach gemeinsamen Werten suchen und wiedererlernen müssen, im gegenseitigen Verständnis und im Respekt vor dem anderen zusammenzuleben. Ist das nicht das eigentliche Ziel der europäischen Einigung, seit deren Beginn?

Jacques Delors
Paris, im Mai 1999

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung

1. Ein polemischer Auftakt

2. Der Schutzschild der Nationen

3. Die Notwendigkeit eines Wirtschaftsmodells

4. Die nicht greifbare Zivilgesellschaft

5. Warum zusammenleben ?

Schlussfolgerung

Anhang 1 - Das Europa der Europäer

Anhang 2 - Europa, eine Geschichte

Anhang 3 - Rede von Jacques Delors

Anhang 4 - Rede von Costas Simitis

TEILNEHMER

Arnaldo BAGNASCO	Professor für Soziologie an der Universität von Turin (ITALIEN)
Jean-Louis BOURLANGES	Mitglied des Europäischen Parlaments; Vorsitzender der französischen Sektion der Europäischen Bewegung (FRANKREICH)
Norman DAVIES	Professor für Geschichte an der Universität London (VEREINIGTES KÖNIGREICH)
Jacques DELORS	Präsident der Studien- und Forschungseinrichtung „Notre Europe“; ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission (FRANKREICH)
Nikiforos DIAMANDOUROS	Professor für vergleichende Politik an der Universität Athen; Ombudsmann von Griechenland (GRIECHENLAND)
Ronald DORE	Forscher am „Center for Economic Performance“ der London School of Economics (VEREINIGTES KÖNIGREICH)
Ivan GABAL	Direktor von Gabal Analysis and Consulting (TSCHECHISCHE REPUBLIK)
Elemer HANKISS	Professor für Politikwissenschaft an der Universität Budapest (UNGARN)
Josef JARAB	Senator; Präsident und Rektor der Zentraleuropäischen Universität (TSCHECHISCHE REPUBLIK)
Jerzy JEDLICKI	Professor für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften (POLEN)
Pierre KENDE	Präsident des Instituts für die Geschichte der Revolution von 1956 (UNGARN)

Jack LANG	Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung; ehemaliger Minister für Kultur, Kommunikation und Bildung (FRANKREICH)
Henri MENDRAS	Forschungsdirektor am CNRS, Leiter der Beobachtungsstelle für soziologische Veränderung (FRANKREICH)
Yves MÉNY	Direktor des Robert-Schuman-Zentrums am Europäischen Universitätsinstitut Florenz (FRANKREICH)
Nikos MOUZELIS	Professor für Soziologie an der London School of Economics (GRIECHENLAND)
Filippo Maria PANDOLFI	Ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission; ehemaliger Minister für Finanzen, Industrie und Landwirtschaft (ITALIEN)
Christian PREDA	Journalist; Dozent an der Universität Bukarest (RUMÄNIEN)
Dimitrij RUPEL	Botschafter in den Vereinigten Staaten und Mexiko; Professor für Sozialwissenschaft; ehemaliger Außenminister (SLOWENIEN)
Jacques RUPNIK	Forschungsdirektor am Zentrum für internationale Forschungen und Studien (CERI) (FRANKREICH)
Dusan SIDJANSKI	Professor für Politikwissenschaft an der Universität Genf (SCHWEIZ)
Wolfgang STREECK	Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung (DEUTSCHLAND)
Jerzy SZACKI	Professor für Soziologie an der Universität Warschau (POLEN)
István SZENT-IVANY	Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments (UNGARN)
Stéfan TAFROV	Botschafter in Frankreich; ehemaliger Außenminister (BULGARIEN)
Constantin TSOUKALAS	Professor für Soziologie an der Universität Athen (GRIECHENLAND)

**Constantinos
VGENOPOULOS**

**Präsident und Generaldirektor des griechischen
Zentrums für Europäische Studien
(GRIECHENLAND)**

Einleitung

Auf der Suche nach einer gemeinsamen Identität kommen den Europäern unweigerlich die Unterschiede und die vielfältigen Klimabedingungen und Volksgruppen, Sprachen und Religionen, rechtlichen oder politischen Systeme, Lebensarten sowie Sitten und Gebräuche aller Art, die den Kontinent Europa kennzeichnen, in den Sinn. Kurz, einfach alles, was ihre Größe und ihren Ruhm, ihre gemeinsame Geschichte und - allzu oft - auch ihr gemeinsames Unglück ausmachte.

Sind die Barrieren unüberwindbar, oder genügt es, wie es der Titel des von „Notre Europe“ und dem griechischen Zentrum für Europäische Studien „EKEM“ organisierten Seminars leise andeutet, einfach „Identitäten“ zu schreiben, trotz aller Widersprüche, die dieser Plural in sich birgt? Das wird dieser Bericht über die zweitägige Debatte zeigen, die in Athen stattfand und an der 26 Intellektuelle und Fachleute aus 12 europäischen Ländern teilnahmen, von denen sechs - Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, die Tschechische Republik und Slowenien - mehr oder weniger ungeduldig darauf warten, der Union beitreten zu können.

Ein explosives

Thema

Der griechische Außenminister Theodoros Pangalos eröffnet die Debatte und begrüßt es, daß das „große Europa“ auf diesem Seminar vertreten ist, „das heißt, das Europa, das über die engen Grenzen der gegenwärtigen Europäischen Union hinausgeht und von der Dynamik Europas als ganzem zeugt“. Er wünscht sich weiter, daß die 15 Mitgliedstaaten „aufrichtiger und offener gegenüber den Beitrittskandidaten sind ... und daß sie die Kosten der Erweiterung sowie das Ausmaß der Veränderungen, die in dieser Richtung unternommen werden müssen, ermessen.“ Pangalos ist vor allem der Ansicht, daß das Thema föderale Institutionen offen angesprochen werden müsse und daß man sich nicht darauf beschränken dürfe, „institutionelle Arithmetik in bezug auf die Arbeitsweise des Rates oder der Kommission“ zu betreiben.

„Das Thema, das wir behandeln werden, gehört zu den explosivsten überhaupt“, meint Jacques Delors, und er stellt die Frage, ob das Motto „Einigkeit in der Vielfalt“ in Zeiten der Globalisierung überhaupt noch einen Sinn hat? „Werden die Globalisierung auf der einen Seite und der europäische Aufbauprozeß auf der anderen nicht unsere Persönlichkeiten mit unserer ganzen Vielfalt verwischen?“ fragt er und lädt die Teilnehmer ein, in Zeit und Raum, Geschichte und Geographie einzutauchen, um alle Aspekte dieses Problems der Identität zu beleuchten.

Gewöhnlich werden der Osten und der Westen Europas (oder noch allgemeiner der Orient und der Okzident), aber auch der Norden und der Süden einander gegenübergestellt. Wie viele

Europas hat es gegeben, seit sich seine Nationen im Laufe des letzten Jahrtausends herausgebildet haben? Wie viele gibt es noch? Diese Fragen bilden die Grundlage der Debatte.

Diejenigen, die nicht allzu sehr zurückblicken wollen, sondern lieber nach vorne schauen möchten, seien an die von Bronislaw Geremek gerne verwendete Formel erinnert, daß kein Volk an seine Zukunft denken kann, wenn es seine Vergangenheit vergessen hat. Bronislaw Geremek, der polnische Außenminister, hätte das Seminar eigentlich abschließen sollen, konnte dann aber nicht nach Athen kommen. Delors verweist darauf, wie wichtig es ist, die Vergangenheit zu kennen und sich mit der Entwicklung unserer Gesellschaften zu befassen. Bei dieser Aufgabe sind, wie er sagt, die Intellektuellen „unersetzlich“, und er fordert sie auf, sich noch mehr zu engagieren, um ständig Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. „Wenn wir die Grundsteine für gegenseitiges Verständnis legen wollen, gibt es noch viel zu tun“, fügt er hinzu, „und das ist schließlich der Beweggrund für dieses Seminar, an dessen Ende ein europäisches Netzwerk von Intellektuellen stehen kann, das ganz Europa in gewisser Weise mit sich ziehen würde.“

Was wollen wir zusammen tun?

Denjenigen, die der Meinung sind, daß falls es eine Identität gibt, diese im europäischen Projekt zu suchen ist, sei in Erinnerung gerufen, daß der europäische Aufbauprozess als solcher noch kein Ziel oder Zweck ist. „Wichtig ist zu wissen, was wir machen wollen“, meint Delors und fordert vor allem die Teilnehmer aus Mittel- und Osteuropa auf, diese Frage genau zu beantworten. Es ist allgemein bekannt, was die sechs Gründungsmitglieder beabsichtigten, als sie nach dem Zweiten Weltkrieg eine europäische Gemeinschaft gründeten: mit den Kriegen aufhören, die Europa ruiniert hatten, die Demokratie fördern und ihre Volkswirtschaften ankurbeln. Mit den verschiedenen Erweiterungen sind die gemeinsamen Ziele immer verschwommener geworden. Der Beitritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands änderte bereits die Grundvoraussetzungen. Und was ist von dem jüngsten Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens und ihrer Sorge um ihre „Neutralität“ zu halten?

Angesichts der 13 Kandidaten, die heute Einlaß begehren, wird die Frage der gemeinsamen Ziele fast zur Vorbedingung. Sind sie in erster Linie an der NATO interessiert, oder an der Wirtschafts- und Währungsunion? Zieht sie ein amerikanisches Modell der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an, oder - falls es dies gibt - ein europäisches Modell? Diese Fragen sind vor allem deshalb so prekär, weil sie sowohl die älteste als auch die jüngste Vergangenheit berühren, in der Europa durch Grenzen der einen oder anderen Art abgeschiedet war.

Wie weit geht die Entschlossenheit der Kandidaten, und wie weit die Solidarität der 15 Unionsländer? Dürfen die Kandidaten mitreden, wenn es um die europäische Zukunft geht, noch bevor sie alle Verpflichtungen der Länder unterschreiben, die bereits Mitglieder sind? Oder können nur die aktuellen Mitglieder die Gemeinschaftsinstitutionen reformieren, um sie an die Anforderungen eines größeren Europas anzupassen? Was erwarten die einen und die anderen von ihrer

gemeinsamen Mitgliedschaft in der Union? Welchen Preis sind sie bereit zu zahlen, und welche Vorteile dürfen sie erwarten? Allein an diesen Fragen läßt sich bereits der explosive Charakter des Themas Identität ablesen.

Der erste „Paukenschlag“ läßt dann auch nicht lange auf sich warten. Er erfolgt bereits bei den einführenden Darlegungen von Henri Mendras und Norman Davies, die das Thema vorstellen und die Debatte anregen sollten. Diese Anregung übertrifft alle Erwartungen, da Mendras eine Polemik entfacht, indem er Westeuropa vom „anderen Europa“ trennt und ein Modell vorschlägt, das schnell als Wahl und Werturteil interpretiert wird. Diese Auseinandersetzung wird Thema unseres ersten Kapitels sein.

An welchem Aspekt ihrer Persönlichkeit machen die Europäer ihre Identität fest? An ihrer politischen Philosophie (die auf den Ideen von Nation, Souveränität, Demokratie beruht), an ihrem Wirtschaftssystem oder ihrer Zivilgesellschaft? Die drei runden Tische, die den Teilnehmern zur Strukturierung der Debatte vorgeschlagen werden, sind Gegenstand der drei nachfolgenden Kapitel:

- Der Schutzschirm der Nationen
- Die Notwendigkeit eines Wirtschaftsmodells
- Die nicht greifbare Zivilgesellschaft

Den Abschluß bildet ein letztes Kapitel über die Erwartungen der Vertreter aus Mitteleuropa als Antwort auf die dringliche Frage von Jacques Delors: Was wollen wir zusammen tun?

*

1 - Ein polemischer Auftakt

Die Unterschiede besser zu verstehen ist das Ziel des französischen Soziologen Henri Mendras, Autor des Buches *„L'Europe des Européens“*¹, der ein „Modell“ vorschlägt, das den besonderen Charakter der westeuropäischen Gesellschaften zum Ausdruck bringt und dem ein anderes, für Mittel- oder Osteuropa geltendes Modell gegenübersteht. Diese Modelle beruhen, so Mendras, auf einer Gegenüberstellung zwischen Frankreich und Rußland.

„Es handelt sich nicht um eine Beschreibung, sondern um ein Modell“, unterstreicht er und erklärt, daß er von der Debatte Einwände und Bereicherungen erwartet, und zwar nicht nur von Norman Davies, der ihm antworten soll (und der sich als Bewohner der anderen Seite des Ärmelkanals in seinen Augen nicht mehr richtig in Europa befindet), sondern vor allem von den Mitteleuropäern, die stark bei diesem Seminar vertreten sind. Die Einwände werden, wie wir sehen werden, seine Erwartung bei weitem übertreffen.

Mendras zufolge verläuft die Trennlinie zwischen den beiden Europas genau auf der Grenze des Eisernen Vorhangs von 1948, von zwei historischen „Irrtümern“, nämlich Ostdeutschland und Böhmen, die zu Westeuropa gehören, einmal abgesehen. Zur Charakterisierung der Zivilisation dieses Westeuropas führt der französische Soziologe vier Grundelemente an: den Individualismus, den Nationalstaat, den industriellen Kapitalismus und das Mehrheitsprinzip der Demokratie. Das schließt natürlich historische, nationale oder selbst regionale Unterschiede nicht aus - schließlich unterscheidet sich der englische Individualismus vom französischen wie vom deutschen oder italienischen Individualismus -, doch für ihn steht jedes dieser Merkmale in Kontrast zu der Situation im anderen Europa.

Eine absolut skandalöse Vorstellung

Mendras führt den westlichen Individualismus auf das Evangelium zurück, gestützt und gestärkt vom römischen Recht, dessen Eigentümlichkeit darin besteht, daß Besitz, insbesondere Bodenbesitz, nur an einen Herren gebunden ist. „Und das“, meint er, „ist für die meisten anderen Gesellschaften eine absolut skandalöse Vorstellung, da sie glauben, daß der Boden Gott oder allenfalls noch der Gemeinschaft, aber nie einem Menschen allein gehört.“

Den Nationalstaat gibt es in unterschiedlichen Ausprägungen in Großbritannien, Frankreich, Holland oder in Deutschland. In Dänemark zeichnet er sich durch die Besonderheit aus, daß er sich

¹ Siehe die Zusammenfassung dieses bei Gallimard 1997 in der Sammlung "Folio" erschienen Werkes in Anhang 1.

auf eine Nationalreligion und eine Nationalkirche sowie eine Tradition der Verteidigung gegen Kontinentaleuropa stützt. Doch im Gegensatz zum Rest von Europa, wo Großreiche vorherrschen, ist Westeuropa ein Europa der Nationalstaaten.

Seiner Ansicht nach ist die Idee der Nation und die der natürlichen Grenze eng mit einer stabilen und seßhaften Bauernschaft verbunden. So sehr die Völker Osteuropas sich auch für die Idee der Nation begeisterten, so wenig sei es ihnen jedoch gelungen, sie zu verwirklichen, betont er. Schuld daran seien die Vielfalt der Volksgruppen und eine mosaikartige geographische Verbreitung.

Mendras unterscheidet sorgfältig zwischen dem zentralisierten und staatlichen Kapitalismus Colbertscher Prägung in Frankreich, dem zutiefst individualistischen Kapitalismus der Engländer, dem sozialen Kapitalismus der Deutschen und dem netzförmigen Kapitalismus Norditaliens. Aber er weist vor allem darauf hin, daß man im Westen Europas seit langem schon Wirtschaft von Politik und Religion trenne, und sei es nur, um „dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist“, während das andere Europa eine ähnliche Trennung nie vorgenommen habe.

Schließlich merkt er an, daß das Mehrheitsprinzip - die Legitimation bei 50,1 % - außer in Westeuropa (mit Ausnahme der Übertragung in die Vereinigten Staaten) nirgendwo akzeptiert worden sei. Wenn sich ein Familienoberhaupt in der bäuerlichen Organisation des russischen „*mir*“ weigerte, eine Gemeinschaftsentscheidung anzunehmen, wurde diese nicht getroffen. Das andere Europa kannte immer nur die einmütige Entscheidung, sagt er. Es war ständig hin und her gerissen zwischen Einmütigkeit und Anarchie, und vor 1939 wichen dort alle Demokratien mit Ausnahme der Tschechoslowakei autoritären Regimen.

Geht es demnach um die Identität oder die Identitäten Europas? Mendras merkt im Anschluß an seine Analysen an, daß man zweifellos das Gefühl habe, die Gesellschaft werde generell immer homogener. Sehe man jedoch genauer hin, stelle man fest, daß die Kontraste und Unterschiede größer werden. Er verweist vor allem auf die Unterschiede bei den Familienmodellen, die innerhalb einer Generation stark zugenommen haben. Vor 30 Jahren hatte eine Familie in allen Ländern durchschnittlich 2,5 Kinder. Heute ist die Familie mit zwei Kindern typisch für Nordeuropa und Frankreich, in Süddeutschland, Norditalien und Spanien jedoch ist die Ein-Kind-Familie zur Regel geworden. „Die sich bildende europäische Identität“, meint er, „kann die Vielfältigkeit der regionalen und ethnischen Identitäten und vielleicht sogar die nationalen Identitäten nur verstärken.“

Allergisch gegen Modelle

Der britische Historiker Norman Davies, Autor von „*Europe. A history*“², sieht die Dinge völlig anders. „Ich bin allergisch gegen stereotype und pseudowissenschaftliche Modelle, die zu sehr vereinfachen und zum Zwecke der Verallgemeinerung herangezogen werden, wenn es um die europäische Zivilisation geht“, sagt er und weist darauf hin, daß sich seine These auf drei Grundprinzipien stützt:

- die Notwendigkeit eines europäischen Ideals, einer mystischen Idee, bei der die europäischen Belange über Fragen der Soziologie, oder um es noch einfacher auszudrücken, über den Preis der Butter hinausgehen,
- die verschiedenen Traditionen sowohl des ehemaligen Westens als auch des ehemaligen Osteuropas,
- der pluralistische Charakter der europäischen Zivilisation.

Davies wirft Mendras in erster Linie vor, sein Modell auf Frankreich im Westen und vor allem einzig und allein auf Rußland im Osten aufgebaut zu haben, und er ist empört, daß er seine Bemerkungen über die Organisation des russischen „*mir*“ verallgemeinert und auf die gesamte Osthälfte Europas bezieht. Er weist darauf hin, daß das römische Recht in Großbritannien nie angewandt wurde, daß es dagegen die polnische Rechtstradition beeinflusste, wo das Bauerntum im übrigen nie eine kollektivistische Tradition gekannt habe. Diese letzte Anmerkung treffe auch auf andere Länder Mittel- oder Osteuropas zu, vor allem auf einen Teil des ehemaligen Jugoslawiens.

Davies macht darauf aufmerksam, daß es in Polen und im Donbecken in der Ukraine bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Industrie gab, in einem Großteil Westeuropas wie in Portugal, Irland oder in der Lozère jedoch nicht! Er greift Mendras' Anmerkungen über die fehlende demokratische Tradition in Osteuropa und die autoritären Regime in der Zeit zwischen den Weltkriegen auf: Er führt die Einrichtung eines Militärregimes in Irland durch die britische Regierung, die Machtergreifung Mussolinis in Italien im Jahr 1922, die Machtergreifung von General Primo de Rivera in Spanien, die Diktatur von Salazar in Portugal und von Hitler ab 1933 in Deutschland an! „Wenn die Osteuropäer einen Fehler begangen haben“, merkt er ironisch an, „dann wohl den, daß sie dem schlechten Beispiel der besten Westeuropäer gefolgt sind.“

² Siehe die Zusammenfassung der Einleitung dieses 1997 bei Pimlico erschienen Werkes in Anhang 2.

Fünf oder sechs

Europas

Davies widerspricht der von Mendras vorgenommenen geographischen und kulturellen Trennung. Das europäische Erbe, befindet er, scheine vielmehr aus fünf oder sechs übereinander gelagerten oder ineinander greifenden Kreisen zu bestehen. Seit mehr als fünf Jahrhunderten, stellt er fest, sei eines der Hauptprobleme bei der Definition Europas die Einbeziehung oder der Ausschluß Rußlands gewesen. Dessen westliche Nachbarn hätten stets nach Gründen gesucht, um es auszuschließen, während die Russen selbst nicht genau gewußt hätten, ob sie nun dazugehören wollten oder nicht. Er weist vor allem darauf hin, daß der Bezug Großbritanniens zu Europa nicht weniger zweideutig sei als der Rußlands. „Ähnlich wie die Russen“, sagt er, „waren die Briten eindeutig Europäer, deren Interessen in erster Linie jedoch nicht europäisch waren.“

In der traditionellen Trennung zwischen Ost und West sieht er eine Tendenz, den Osten herabzuwürdigen. Ausdrücke wie „das andere Europa“ oder „der Balkan“ trügen für ihn eben dazu bei, und die Geringschätzung der Westeuropäer gegenüber ihren Nachbarn erinnere ihn an die Verachtung, mit der sie dem Islam und den Arabern begegnen.

Für Davies ist die Suche nach einer europäischen Identität wesentlich fruchtbarer, wenn man sich mehr der Kultur und weniger der Wirtschaft oder dem Sozialen zuwendet, auch wenn er anerkennt, daß diese drei Elemente Teile eines Ganzen sind. „Das Gefühl, zu Europa zu gehören“, sagt er, „schließt nationalen Patriotismus nicht aus. Wir haben Identitäten auf mehreren Ebenen, und man kann ein guter Grieche oder ein guter Franzose und gleichzeitig ein guter Europäer sein.“

Ronald Dore von der London School of Economics, der Historiker, Soziologe und Politologe ist, bemüht sich, den Graben zwischen Mendras und Davies zu überbrücken: „Ich habe den Eindruck, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Rednern weniger mit der Fachrichtung und dem Umgang mit den Fakten zu tun hat, sondern daß das Problem eher bei den Sympathien für die eine oder andere Form von Identität liegt“, meint er und verteidigt eine verallgemeinernde Vorgehensweise, der ein Soziologe sich nicht entziehen könne und die er selbst ebenfalls praktiziere, wie man aus der Darstellung seiner Ansichten über Nation, Staat und Demokratie sehen werde.

Unaufteilbare

Fremdenfeindlichkeit

Bei anderen Rednern fällt die Kritik an Mendras weit weniger wohlwollend aus. An erster Stelle ist hier der griechische Soziologe Constantin Tsoukalas, Professor an der Universität Athen, zu nennen, der sich fragt, ob Griechenland, wenn man der Logik Mendras' folgt, nicht aus der Europäischen Union ausgeschlossen werden müßte: „Und dennoch gehört es dazu, und wir hoffen, daß es als vollwertiges Mitglied in der Union bleiben wird“, sagt er, bevor er dafür plädiert, jede Form und jeden Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit gleich gegen welche Opfer, europäische oder nichteuropäische, zu unterlassen.

„Fremdenfeindlichkeit ist unaufteilbar“, bekräftigt er, und wenn es in Frankreich zum Beispiel Fremdenfeindlichkeit gegenüber Algeriern gebe, wird es sie auch gegen Griechen, Russen oder andere geben. „Wenn wir Europa seinen Politiken, Sprachen, Religionen überlassen, ist das Spiel von Anfang an verloren“, schließt er und ruft zu „einem gemeinsamen europäischen Bewußtsein, zu einer gemeinsamen politischen Identität auf, die politische und soziale Gründe für das Zusammensein findet.“

Der französische Jurist und Politologe Yves Mény, der das Robert-Schuman-Zentrum am Europäischen Universitätsinstitut von Florenz leitet, lehnt es ab, West- und Osteuropa einander gegenüberzustellen oder Westeuropa von Osteuropa zu trennen. Das von Mendras vorgeschlagene Modell „beunruhigt“ ihn, wie er sagt, weil es keine Entwicklung vorsehe und ihm jede „Zeitlichkeit fehlt“. In seinen Augen sind Individualismus, Nationalstaat, industrieller Kapitalismus, Mehrheitsprinzip weder dem Westen noch dem Osten eigen: „Es sind Prinzipien, mit denen sich alle Staaten der Erde heute in ihrem eigenen Tempo und gemäß ihren besonderen kulturellen Formen auseinandersetzen müssen“, meint er und verweist darauf, daß das Modell „weniger aggressiv“ wäre, wenn die „universelle Dimension“ wieder hervorgehoben würde.

Für ihn besteht die Gefahr, die nicht durch Henri Mendras hervorgerufen werde, sondern aus der Anwendung seines Modells entstehen könne, darin, daß das Modell von der analytischen Phase in die vorschreibende Phase übergeht. „Und nichts ist leichter, als diese Grenze zu überschreiten“, fügt er hinzu. „Eine Gegenüberstellung von Ost und West kann nützlich sein, um die jeweilige Gesellschaft besser zu verstehen, sie kann jedoch gefährlich sein, wenn sie sich unmerklich verwandelt und uns vorschreibt, was wir sind und was die anderen sind.“

Angesichts unseres Versuchs, eine demokratische Gemeinschaft auf einem Territorium aufzubauen, dessen Umrisse noch nicht klar definiert sind, schlägt Mény vor, lieber „Brücken zu schlagen“ anstatt „zu trennen“: „Sie stellen die Nationalstaaten den Großreichen gegenüber“, bemerkt er an die Adresse von Mendras, „aber Sie haben dabei die Handelsstädte vergessen, die im Zentrum Europas einen Hort des zivilen Aufbaus und einen Handelsraum darstellen, der bis ins 20. Jahrhundert überlebt hat und der weder West- noch Osteuropa gehört.“

Mehrheit und Einstimmigkeit

Mény zeichnet den Weg des Mehrheitsprinzips von Großbritannien, wo es zuerst in Erscheinung trat, bis nach Frankreich nach, wo es nach der Revolution Verbreitung fand. Wenn auch nicht ohne Probleme, wie Mény darlegt, da es im Widerspruch zu zwei sehr französischen Einstimmigkeitsprinzipien stand, dem monarchischen auf der einen Seite, das auf der Einheit des Volkes unter der Autorität des Königs beruht, und dem revolutionären auf der anderen Seite, das den Feinden der Freiheit jede Freiheit abspricht. Daher rühre auch die Schwierigkeit politischer Parteien, in Frankreich Fuß zu fassen, da eine Partei aus dieser Sicht heraus Spaltung bedeute.

Was die katholische Kirche und die Marxisten anbelangt, verweist Mény auf andere Formen der Ablehnung des Mehrheitsprinzips, das sich jedoch nach und nach auf dem Kontinent ausbreitete und erst vor einigen Jahrzehnten auch Südeuropa erreichte. „Es gibt keinen Hinderungsgrund“, meint er, „warum es sich nicht auch in Osteuropa oder anderen Teilen der Welt auf ähnliche Weise ausbreiten sollte.“

Das Mehrheitsprinzip habe sich selbst entwickelt, stellt er fest. In den Niederlanden zum Beispiel, „wo in Wirklichkeit der Konsens funktioniert“, aber in gewisser Weise auch in Italien und zweifelsohne in der Europäischen Gemeinschaft, wo mehr Konsens- als Mehrheitsentscheidungen getroffen werden.

Nikiforos Diamandouros, Professor für vergleichende Politik an der Universität von Athen und Ombudsmann von Griechenland, befürwortet diese Form der Analyse, die die Zeit sowie Entwicklungen und Übergänge berücksichtige. „Dichotomien sind gut, wenn sie vereinfachen, aber sie sind schlecht, weil sie zu sehr vereinfachen“, sagt er und erinnert daran, daß das Gegensatzpaar Nord-Süd seit der Antike im Mittelmeerraum bereits Thema war und lange Zeit die Problematik Ost-West überlagerte.

Der Senator der Tschechischen Republik Josef Jarab steht Dichotomien ebenfalls kritisch gegenüber und möchte für die Analyse der Funktionsweise unserer Gesellschaften nicht auf die vorhandenen oder fehlenden Sympathien der einen und der anderen angewiesen sein. Sein Urteil ist hart: „Was wir hier hören“, meint er, „zeugt von dem fehlenden Wissen über den anderen und von einem Bildungsdefizit der Europäer über Europa insgesamt... Fünfzig Jahre Spaltung durch den Kalten Krieg sind dafür verantwortlich.“ Für ihn gibt es nur ein Mittel dagegen, und das sind verstärkte Bildungsmaßnahmen, die über die Schule hinausgehen und sich auf die Medien und die politische Praxis erstrecken. Im Rahmen dieses Bildungsprozesses spricht er von „aktiver Toleranz“, d.h. „dem Willen, nicht nur über sich selbst etwas zu lernen, sondern auch über den anderen, und dem Willen, die Unterschiede zu erkennen, um sie zu respektieren und daraus zu lernen.“

Nikos Mouzelis, Soziologe und Professor an der London School of Economics, hat keine Angst vor Dichotomien. „Es gibt gute und schlechte, man kann sie nicht vermeiden“, meint er und verteidigt Mendras. Die bestehenden Unterschiede anzusprechen - und sie zuerst einmal festzustellen -, erscheint ihm besonders wichtig. Es sei ebenso wichtig, einen Unterschied zu machen zwischen beschreiben und vorschreiben. Wenn man vom „anderen“ Europa spreche, bemerkt er, bedeute dies nicht, daß es außen vor bleiben müsse, und wenn man die Volkswirtschaften des Balkans und ihre gegenwärtige Entwicklung mit den westlichen Volkswirtschaften vergleiche, bedeute dies nicht, daß Griechenland aus der Union ausgeschlossen werde. Demokratie beruhe nicht nur auf dem Mehrheitsprinzip. In Westeuropa habe sich zuerst der Kapitalismus entwickelt und danach seien politische Regime entstanden, die sich auf Parteien stützen. Anderswo in Europa sei die politische Öffnung der Industrialisierung vorausgegangen. Diese Entwicklungen zeichneten sich durch unterschiedliche Geschwindigkeiten aus, die Mouzelis zufolge nicht vergessen werden dürfen.

Leuchtendes Beispiel auf dem Balkan

Stéfan Tafrov und István Szent-Ivany, beide Jahrgang 1958, sind die beiden jüngsten Teilnehmer des Seminars. Tafrov, ehemaliger Journalist und von 1991 bis 1992 stellvertretender Außenminister, ist derzeit Botschafter in Paris. Als Bulgare fühle er sich doppelt diskriminiert, da er das Gefühl habe, nicht nur einem „anderen Europa“, sondern einem „anderen anderen Europa“ anzugehören, nämlich dem Südosten und dem Balkan, „die unter vielen Vorurteilen leiden“. Es tröste ihn jedoch, in Griechenland zu sein, das „wie ein leuchtendes Beispiel vorangeht und dem es gelungen ist zu zeigen, daß diese Region zu Europa an sich gehört“. Er wirft Mendras „Ungenauigkeiten bei den Fakten“ vor. Er weist darauf hin, daß die Bauern des südöstlichen Europas nur sehr wenig mit den russischen Bauern gemein hätten, und macht auf den „sehr besonderen“ bulgarischen Individualismus aufmerksam, „der dem englischen Individualismus in nichts nachsteht“.

Für ihn sind die Europäer dabei, „eine historische Chance zu vertun, indem sie die einzigartige Erfahrung von Männern und Frauen, die wie Vaclav Havel unter der sowjetischen Herrschaft gegen den Kommunismus gekämpft haben und die nicht nur intellektuell, sondern häufig auch unter körperlichen Leiden das Verhältnis zwischen Bürger und Politik und öffentlichem Gemeinwesen überdenken mußten, nicht in eine gemeinsame Überlegung mit einbeziehen.“

Tafrov selbst ist erstaunt über die demokratische Reife seiner Landsleute unter „nicht immer leichten“ Umständen. Ein Grund mehr, nicht an der Verwurzelung demokratischer Einrichtungen zu zweifeln. Der Umgang mit dem Problem der nationalen Minderheiten in seinem Land und in Rumänien erscheint ihm ebenfalls vielversprechend. „Bulgarien“, sagt er, „ist eines dieser kleinen Länder der Region, das ein ethnisches Problem auf zivilisierte Weise geregelt hat, indem es einen Raum für eine politische Staatsbürgerschaft in einem ansonsten Ein-Nationen-Staat geschaffen hat, um die bulgarischen Bürger türkischer Herkunft in das nationale Leben zu integrieren.“ Er macht auf die Versöhnungspolitik aufmerksam, die Bulgarien gegenüber seinen Nachbarn, und insbesondere gegenüber Griechenland betreibt, mit dem es früher häufig Krieg führte, und vergleicht diese Situation mit der von Frankreich und Deutschland. Er fordert schließlich, die Wirtschaft oder selbst die Politik beiseite zu lassen, um vom europäischen „Traum“ zu sprechen. Abschließend meint er: „Der Übergang vom Kommunismus zur Demokratie ist eine hervorragende Gelegenheit für ganz Europa, diesen Traum um einige Elemente zu bereichern.“

Szent-Ivany, von Haus aus Ethnograph, ist Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des ungarischen Parlaments. Er stellt Mendras' Entscheidung für den Nationalstaat als eines der Grundelemente seines westeuropäischen Modells in Abrede. Dies sei eine relativ neue Erfindung, meint er, die erst drei oder vier Jahrhunderte alt und nicht sehr überzeugend sei, zumindest nicht im Fall einiger westeuropäischer Länder wie Großbritannien - das mehrere Nationen beheimatet, nämlich Waliser, Iren und Schotten neben den Engländern - oder Spanien. „Der Kalte Krieg hat ein weitaus schwereres Erbe hinterlassen, als man denkt, und das Wichtigste ist, die

Schranken im Kopf abzubauen“, sagt er und meint, daß Österreich Westeuropa heute viel näher sei als Ungarn oder der tschechischen oder slowakischen Republik, obgleich alle aus dem österreichisch-ungarischen Reich hervorgegangen sind. Ähnlich wie Delors glaubt er auch, daß die Intellektuellen eine wichtige Rolle spielen und daß es an ihnen sei zu beweisen, daß die ungerechtfertigte Teilung zwischen Osten und Westen veraltet ist und daß wir nun in eine neue Ära eintreten.

Weder Ungleichheit noch Ausgrenzung

Auf die Aufforderung von Delors, sich zu verteidigen, erklärt Mendras, der von einigen Kritiken sehr getroffen ist, daß das Wort „Unterschied“ kein abwertender Begriff sei und weder Ungleichheit noch Ausgrenzung beinhalte. „Einheit und Vielfalt sind zwei Seiten einer Medaille“, sagt er und betont, daß die von ihm beschriebene Grenze nur eines der Elemente sei, die er am Anfang vorgefunden und auf denen er seine Analyse aufgebaut habe, und keine Folge dieser Analyse sei.

„Ich gestehe gern zu, daß ganz Mitteleuropa meinem Modell entspricht, und ich behaupte in keinster Weise, daß die Westeuropäer Individualisten sind und die anderen nicht“, sagt Mendras und fügt hinzu: „Ein Modell zu entwerfen, heißt immer, der Realität Gewalt anzutun, die Frage ist nur, ob mein Werkzeug nützlich ist.“ Er bestreitet, daß dieses Modell statisch sei, wie man ihm vorgeworfen hat. „Es ist im Gegenteil sehr dynamisch und erkennt unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten an. In Westeuropa ist es zumindest teilweise dabei, sich aufzulösen. Und wenn wir beim Entwurf des Modells besser verstehen, was wir gerade zerstören und welchen Gegenentwurf wir in der Folge entwickeln, dann machen wir einen Fortschritt.“

2 - Der Schutzschild der Nationen

Welche Rolle spielen Nation, Souveränität und Demokratie bei der Typologie der europäischen Gesellschaften? Ronald Dore macht mit typisch britischem Pragmatismus einige Anmerkungen zu dieser Frage:

- Man könne, so bemerkt er, statisch verallgemeinernd vorgehen und die Nationalstaaten nach diesem oder jenem Kriterium einordnen, zum Beispiel dem Trauma, einen Monarchen exekutiert zu haben, oder aus einem Befreiungskampf gegen einen Aggressor hervorgegangen zu sein, wie Griechenland oder Polen. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sprache oder einer gemeinsamen Religion spiele eine wichtige Rolle. Es sei auf die verschiedenen Bedeutungen von Nationalismus, d.h. politische Doktrin, Recht auf Selbstbestimmung und Nationalgefühl, hingewiesen. Seine Stärke werde daran gemessen, wie sehr an den Symbolen, d.h. der Fahne oder der Nationalhymne, festgehalten wird. Es sei zu beachten, daß das Wort Nationalismus häufig vorwurfsvoll und das Wort Patriotismus häufig lobend gebraucht werde. Heiße es nicht: „Ich bin Patriot, er ist Nationalist und der dritte ist Chauvinist“?

Japan sei ein Sonderfall: „Nur wenige Staaten weisen so viele Elemente auf, die ein Gefühl der nationalen Identität hervorrufen können“, sagt Dore und zählt sie auf: die Insellage, eine gemeinsame Sprache, eine literarische Kultur, die Tausende von Jahren von den Nachbarkulturen getrennt war, 120 Jahre Konzentration auf ein einziges nationales Ziel, nämlich die Industriestaaten aufzuholen, und ein Rassenbewußtsein, das gleichermaßen Unterlegenheits- wie Überlegenheitsgefühle kennt.

Nationalismus und Eisenbahn

- Gehe man nach der Methode der dynamischen Verallgemeinerung vor, stünden die Entwicklungsetappen im Mittelpunkt: Da sei zuerst eine Militärmacht, die die Grenzen zieht, doch solange der Blick nicht über den Kirchturm hinausgehe, habe die Mehrheit der Bevölkerung nicht das Gefühl, einer Nation anzugehören. Die Dinge änderten sich erst mit dem Wirtschaftswachstum und der Mobilität. So gelange man schließlich in das 19. Jahrhundert und zu „dem Europa, in dem sich der Sinn für nationale Identität gleichzeitig mit dem Eisenbahnnetz entwickelt, mit der Mobilität der Bevölkerung, dem Zugang zur Bildung, der militärischen Ausbildung ...“

Es ist der Übergang von einer Kultur der Unterwerfung zu einer Kultur der Beteiligung: „Das Wirtschaftswachstum wird von einer wachsenden Forderung nach Gleichheit begleitet, und die

Mobilität des Einzelnen zerstört die Abhängigkeitsbeziehungen, wie Tocqueville bei seinem Vergleich zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten schreibt“, bemerkt Dore, bevor er darauf hinweist, daß Diktaturen als eine Form der Beteiligung angesehen werden könnten, „weil sie den Führern eine populistische Antwort aufdrängen.“

Von dort komme man zur modernen Etappe der technologischen Veränderungen und der Situation, daß der Nationalstaat gleichzeitig von oben und von unten bedroht wird, von der Globalisierung auf der einen Seite und dem Zerfall der Nationalismen auf der anderen Seite. „Eine egalitäre Forderung nach Beteiligung wird laut“, so Dore, „die die Möglichkeiten des Nationalstaates übersteigt und sich wesentlich stärker auf die regionalen Identitäten konzentriert.“

Soll in Europa ein supranationaler Staat geschaffen werden? Mit Dore wird man sich also fragen, ob der Tag kommen wird, an dem die französischen oder deutschen Herzen beim Anblick einer europäischen Mannschaft in einem Stadion höher schlagen als beim Anblick ihrer Nationalmannschaft heute? „Das hängt zum Teil von äußeren Faktoren ab“, antwortet er, „und konkret im Wirtschaftsbereich vom Wettbewerb zwischen dem Euro-Gebiet und dem Dollar-Gebiet. Das hängt auch von den Geschehnissen in Rußland ab, je nachdem, ob sein Militärpotential als äußere Bedrohung angesehen wird oder nicht und die Europäer zu einer größeren Einheit zwingt.“

Die Sprache der herrschenden Macht

Dore fügt hinzu, daß dieser Prozeß durch die Tatsache erschwert werden könne, daß die gemeinsame Sprache der Europäer die Sprache sei, die er selbst benutzt, nämlich Englisch, „die Sprache der herrschenden Macht, d.h. der Vereinigten Staaten, die heute die wirtschaftliche und politische Doktrin bestimmen.“ Eine Ansicht, die einige Redner bestreiten oder zumindest differenzieren. So Dusan Sidjanski, der den Bereich politische Wissenschaften der Universität Genf gründete und leitet und für den die Bemerkungen zur Kultur nicht harmlos sind. Er würde Englisch vielleicht als „gemeinsame Kommunikationssprache“ bezeichnen, „aber weder als gemeinsame Kultursprache noch als Muttersprache.“ Der ungarische Historiker Pierre Kende ist mit der Bemerkung von Dore nicht „ganz einverstanden“, aber er akzeptiert sie mit dem Hinweis, daß die Verwendung des Englischen nicht bedeute, daß man sich mit Europa identifiziert, sondern mit einem größeren Ganzen, ob das nun die NATO oder die westliche Welt oder die internationale Gemeinschaft insgesamt sei.

Filippo Pandolfi, der ehemalige Vizepräsident der Kommission und Minister für Finanzen, Industrie und Landwirtschaft in mehreren italienischen Regierungen, ist im Gegenzug „sehr gegen die Idee einer universellen Sprache“, da die kulturelle Realität in Europa für ihn zwingend sei, „die sprachlichen Identitäten beizubehalten, die der Reichtum der Nationen sind“, während ihm die Vernunft gleichzeitig sage, daß es sinnvoll sei, „Verkehrssprachen zu haben“. Er erinnert daran, daß in Rom zur Zeit Trajans mehr Menschen Griechisch als Lateinisch sprachen.

„Ist der Neoliberalismus eine Art Rückschritt?“ fragt Dore und verweist darauf, daß diese Bewegung, die in den Vereinigten Staaten und Großbritannien seit fünfzehn Jahren groß geschrieben wird, nicht nur darauf abziele, jede Form von Sozialismus abzuschaffen, sondern auch den Bereich der staatlichen Intervention zu verringern. Er bemerkt, daß das Verhältnis zwischen Marktfreiheit und Demokratie auf bestimmten intellektuellen Grundlagen beruht: „Der Verbraucher ist souverän“, sagt er, „und alle teilen die gleiche Macht.“ Aber er stellt auch fest, „daß zwar alle Verbraucher gleich sind, einige jedoch reicher sind als andere, und es zwar stimmt, daß alle Wähler gleich sind, einige aber weit größere Möglichkeiten zum Eingreifen haben als andere.“ Ferner merkt er an, daß man die Doktrin des Freihandels nach dem Debakel des Pfund Sterling im Jahr 1992 hatte in Frage stellen und die Wiedereinführung einer Kontrolle des Kapitalverkehrs in Erwägung ziehen können.

Alte Nationen, junge Staaten

Für die Länder des anderen Europas ist die Einführung der Demokratie und der Souveränität untrennbar mit dem Ende des totalitären Systems im Jahr 1989 verbunden, und für sie vermischt sich die Rückkehr der Souveränität des Volkes mit der Rückkehr der Souveränität der Nation. So lautet die erste Bemerkung des französischen Historikers Jacques Rupnik, Professor und Forscher bei der Stiftung für politische Wissenschaften in Paris, der daran erinnert, wie die Ostdeutschen zwischen Oktober und November 1989, unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer, von dem Slogan „*Wir sind das Volk*“ zu „*Wir sind ein Volk*“ übergegangen sind. „Diese semantische Verschiebung vom Volk zur Nation, von der Frage der Demokratie zur Frage der Vereinigung zeigt“, meint er, „wie sehr diese beiden Dimensionen 1989 miteinander verknüpft waren.“

Im mittleren und östlichen Europa gebe es alte Nationen und junge Staaten, erklärt Rupnik, dem der Nationalstaat dort als bevorzugter, wenn nicht einziger Rahmen für die Demokratie erscheint und der in der Diskontinuität einen der Wesenszüge der Geschichte dieser Länder sieht. Das treffe auf Ungarn im 16. Jahrhundert, auf Böhmen im 17. Jahrhundert nach der Schlacht am Weißen Berg und schließlich auf Polen mit seinen verschiedenen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts zu. Und was den Südosten anbelange - Rumänien, Bulgarien, Serbien -, müsse man sogar bis ins 14. Jahrhundert zurückgehen!

Ein weiteres Problem sind die nationalen Minderheiten und ihre Eingliederung: „Die ethnischen Grenzen und die politischen Grenzen stimmen nicht überein. Von Transsylvanien bis zum Kosovo mangelt es nicht an Beispielen für umstrittene Souveränität“, meint Rupnik, der davor warnt, in das allzu leichte Stereotyp der Gegenüberstellung von seit langem bestehenden Nationalstaaten im Westen und der Fragmentierung im Osten zu verfallen. Er erinnert an den Titel des Kolloquiums, das Anfang 1992 in Paris stattfand, „Europa und die Stämme“, das eine zu einfache Sicht der Dinge nahelegt habe: Auf der einen Seite ein Europa auf dem Weg in eine supranationale Zukunft ohne Grenzen, das Europa von Maastricht. Auf der anderen Seite die Stämme des Ostens, die in

Ideologien vom Anfang des 19. Jahrhunderts zurückfielen. Integration für die einen, Zerfall für die anderen.

Rupnik befindet nicht ohne Grund, daß allein der Begriff „Stamm“ schon nahelege, daß diese Länder Mitteleuropas keine vollständigen Nationen seien und nicht die gleiche Geschichte wie der Westen teilten. „Dabei wird vergessen“, fügt er hinzu, „daß die Krise des Nationalstaates keine Besonderheit Mitteleuropas ist, sondern daß sie in ganz Europa zu finden ist.“ Wie Belgien, Padanien in Italien, das Baskenland, Irland und Korsika belegen. Dabei werde schließlich auch vergessen, daß Mitteleuropa heute viel homogener sei als zwischen den Weltkriegen: Zum ersten Mal in seiner Geschichte sei Polen ein homogener Nationalstaat, wobei wohl wahr sei, daß Hitler und Stalin ihre Spuren hinterlassen haben, und in Böhmen gebe es keine deutsche und keine jüdische Bevölkerungsschicht mehr. Tschechen und Slowaken hätten sich getrennt, während Westeuropa im Zuge der Einwanderung mit dem Problem des Multikulturalismus und der Schwierigkeit konfrontiert sei, vielfache Identitäten und Staatsbürgerschaften miteinander zu vereinen.

Ein Rezept für eine Katastrophe

„Das eigentliche Problem“, so Rupnik, „ist nicht die Vielzahl oder die Größe der Staaten, sondern ihr Charakter ... In Mitteleuropa überwiegt eine kulturelle oder ethnisch-linguistische Vorstellung der Nation. Da es Nationen ohne Staat gab, hatte die kulturelle und sprachliche Identität Vorrang vor der Politik oder ging ihr voraus. Diese Länder sind dem deutschen Modell der Nation viel näher. Wenn sie aber einen Staat aufbauen, neigen sie eher dazu, sich an einem zentralistischen, jakobinischen, französischen Modell auszurichten.“ Er ist der Ansicht, daß ein Raum, in dem mehrere Völker und mehrere Kulturen zusammenleben, eine Art föderaler und dezentraler Macht braucht, und er sieht in einer Mischung aus der Nation nach deutschem Muster und dem Staat nach französischem Modell „ein Rezept für eine Katastrophe“.

Eine zweite Serie von Bemerkungen bezieht sich auf folgenden Bereich: Nach dem Ende der sowjetischen Vorherrschaft und der Doktrin der eingeschränkten Souveränität hätten diese Länder eine Abneigung dagegen, die so schwer erlangte Souveränität in Frage zu stellen. Zu diesem Thema stellt Rupnik fest, daß

- diese Länder Europa als Staaten beitreten wollten und jeder Form von regionaler Integration sehr zögerlich gegenüberstünden,
- daß demgegenüber die Übertragung oder die Aufgabe von Machtbefugnissen im Fall der NATO überhaupt kein Problem seien.

Rupnik weist in einer vorläufigen Bilanz darauf hin, daß die Dinge nach den ersten zehn Jahren des demokratischen Übergangs - der Ausbildung demokratischer Einrichtungen, des Machtwechsels, des Parteiensystems, des Rechtsstaates - in Mitteleuropa insgesamt besser funktioniert haben als im Osten oder Südosten. Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem relativ gut geglückten Übergang und der relativen ethnischen Einheitlichkeit dieser mitteleuropäischen

Staaten? Oder kommt ihnen dabei ihr rechtsstaatliches Erbe aus ihrer gemeinsamen österreichischen Vergangenheit zugute, handelt es sich um eine Art „Habsburger-Effekt“? Gibt es im Fall des katholischen Polens, wo die Religion nach wie vor eine große Rolle spielt, eine Verbindung zwischen diesem Katholizismus und dem Durchbruch des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus? Rupnik beschränkt sich darauf, diese Hypothesen zu erwähnen, und wehrt sich dagegen, im Namen der „politischen Korrektheit“ auf bestimmte Fragen zu verzichten.

Multikulturell oder multinational

Der Soziologe und Botschafter Sloweniens in Washington Dimitrij Rupel interessiert sich für die Verbindung der beiden Integrationsformen, die sich den Ländern des alten Kontinents gleichzeitig anbieten: die eines europäischen Raumes im eigentlichen Sinne mit der Erweiterung der Union und die des amerikanischen oder atlantischen Raumes mit der Idee einer transatlantischen Struktur. „Hier begegnen sich zwei Prinzipien und zwei unterschiedliche Welten“, meint er und fügt hinzu, daß „die Vereinigten Staaten eine aus Staaten bestehende Nation sind und daß das künftige Europa eines Tages vielleicht ein aus Nationen bestehender Staat sein wird.“

Was Rupel derzeit am meisten auffällt, ist die Tatsache, daß sich im Grunde die Amerikaner um einige der schwierigsten Probleme der Europäer kümmern. Wie z.B. Bosnien oder der Kosovo. „Das Abkommen von Dayton“, sagt er, „beruht auf einem amerikanischen Konzept des Multikulturalismus und weniger auf einer europäischen Vorstellung einer multinationalen Gesellschaft.“

Und er fährt fort: „Wir sprechen von Integration, aber auch von Zerfall. Was uns eigentlich beschäftigen sollte, ist das Problem der erzwungenen Integration und der Umgang mit der Vielfalt, das Recht auf ein Leben als Nation, das Grundlage und Folge der Selbstbestimmung ist, ein Recht, das im von Serben umgebenen Kosovo nicht anerkannt wird, wobei die Serben im Rahmen ihrer Bundesrepublik Jugoslawien agieren, die direkt aus der Sozialistischen Republik Jugoslawien hervorgegangen ist.“

Er erläutert, daß das ehemalige Jugoslawien nicht zusammengebrochen sei, weil es ein multinationaler Staat war, sondern weil der Staat schlecht verwaltet wurde. Seiner Meinung nach hat nicht der innere Zerfall zu diesem Zusammenbruch oder zu dem der Sowjetunion geführt, sondern die erzwungene Integration und die Weigerung, das Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen. Rupel spricht sich dafür aus, daß verstärkt „plurikulturell“ gedacht wird und daß die Europäer ihre Erfahrung im Umgang mit der Vielfalt für das Krisenmanagement in Europa nutzen.

Den anderen anerkennen

Dusan Sidjanski ist ebenfalls der Meinung, daß die Europäische Union in einer Krise wie im Kosovo eine Rolle spielen sollte. Einer Krise, die seiner Ansicht nach alle Diskussionsthemen

des Seminars einschließlich aller ihrer Widersprüche enthält: die Beziehung zwischen Mehrheit und Minderheit, der Wunsch nach Identität, aber auch nach Ausschluß des anderen. „Weder die einen noch die anderen können in vollständiger Unabhängigkeit überleben“, meint er und appelliert an die Union, die sehr starken Elemente gegenseitiger Abhängigkeit hervorzuheben. Er verweist auch auf das Problem von Toleranz und Anerkennung, „auf die Fähigkeit, den anderen als Person anzuerkennen, die wir für genauso wertvoll halten wie uns selbst.“

Zum Thema Vielfalt-Einheit fragt Sidjanski mit Nachdruck, welche Elemente uns verbinden. Für ihn ist diese Frage ebenso grundlegend wie die Frage der Vielfalt. „In der jüngsten Geschichte konnte man feststellen“, sagt er, „daß die Entwicklung uns überholt hat und daß wir das, was passiert ist, nicht vorausgesehen haben.“ Er fordert uns daher auf, offen für Neues zu sein. Er selbst sieht in der Europäischen Union keinen künftigen Staat. „Gemeinschaft oder Union“, faßt er abschließend zusammen, „sind Neuerungen, und dies sollte eine Annäherung und Vereinigung von ganz Europa ermöglichen.“

Setzt nicht jede Demokratie Territorialität voraus, und kann es Demokratie geben, ohne zuvor den Territorialstaat, in dem das demokratische Prinzip angewandt wird, festgelegt zu haben, fragt Nikiforos Diamandouros, der sich auch für neue Formen des Übergangs zur Modernität interessiert und damit mit seinem Landsmann Constantin Tsoukalas übereinstimmt, für den die alten Kategorien überholt sind. Die Demokratie müsse auf neuen Grundlagen beruhen, sagt Tsoukalas und schlägt vor, über das Paar Staat/Nation hinauszugehen, da „unsere Epoche aus politischer Sicht postnational und postsouverän sein muß.“

Der Tscheche Ivan Galal, der von Beruf Soziologe ist, war 1991 Leiter der Abteilung für politische Analyse von Präsident Vaclav Havel. Er leitet gegenwärtig ein Beratungsbüro. „Das Hauptziel unserer Analyse“, sagt er, „ist nicht nur die geschichtliche Entwicklung, sondern die Frage, wie sich diese Entwicklung auf die Fähigkeit unserer Länder auswirkt, Veränderungen herbeizuführen und das Notwendige zu tun, ohne die Stabilität und das Wohlergehen derjenigen zu gefährden, die bereits an der europäischen Integrationsbewegung beteiligt sind. Aus methodologischer Sicht ist das Wichtigste im Moment nicht das Niveau der tschechischen oder ungarischen Wirtschaft, sondern die Fähigkeit dieser Gesellschaften, die Veränderung zu verarbeiten.“

„Wir erleben unterschiedliche Momente in unserem Leben, mit großen Veränderungen“, schließt er. „Man darf nicht vergessen, daß die Verarbeitungsfähigkeiten verschieden sind und daß die mittel- und osteuropäischen Länder mindestens doppelt so viel aufnehmen müssen wie die westeuropäischen Länder, da uns mindestens 40 Jahre trennen.“

Das Lösbare und das Unlösbare

Wo endet Europa? Seine Erweiterung bleibt unsicher: Kommt Polen nicht eher als Mitglied der Union in Betracht, die Ukraine dagegen weit weniger? Jean-Louis Bourlanges, liberaler Europaabgeordneter und Präsident der Europäischen Bewegung in Frankreich, ist der Ansicht, daß

die Frage der Grenze unlösbar ist, ebenso wie die Frage der Identität Europas, „was uns nicht davon abhalten darf, die Frage nach der Identität der Europäischen Union zu stellen, die zwar nicht leicht, für uns jedoch faßbarer ist.“

Diese Identität definiert er als „das Zusammentreffen von einer Reihe von geohistorisch-politischen Bedingungen und einer sich herausbildenden institutionellen politischen Antwort.“ In welcher Umgebung entwickelt sich die Union, und welche Eigenschaften unterscheiden sie von ihrem Umfeld? Bourlanges macht dazu vier Vorschläge:

- Ein Verhältnis zur Welt, das durch einen halbinsularen Charakter gekennzeichnet ist: Die Halbinsel Europa befindet sich in einer geographischen Lage, in der sie von allem, was in der Welt passiert, betroffen oder bedroht ist. „Europa ist äußerst verletzlich im Gegensatz zu Amerika mit seinem Inselcharakter“, sagt er, „dies müßte der Europäischen Union eine weltumspannende Diplomatie und ein Handeln ermöglichen, bei dem die Zusammenarbeit und nicht die Konfrontation im Mittelpunkt steht.“

- Ein angsterfülltes Verhältnis zur Gewalt. Das ist das „Nie wieder!“ nach den Zerstörungen von zwei Weltkriegen mit der „Zwiespältigkeit des Pazifismus, die darin besteht, daß er keinen Krieg mehr will, aber denjenigen, die den Krieg wollen, nicht mit der notwendigen Entschlossenheit gegenübertritt.“

- Ein ambivalentes Verhältnis zur Nation, „weil die Nationalstaaten einerseits die Union bilden und andererseits ihre Einheit zerstören“. „Wenn von europäischer Bürgerschaft und Bürgerpflicht die Rede ist, müssen sich zuerst die Staaten als Bürger verhalten und sich vor jedem unzivilen Gebaren hüten“, sagt Bourlanges, der den französischen Diplomaten Gilles Andréani zitiert.

- Ein ernüchtertes Verhältnis zur Politik, „das bedeutet“, sagt er, „daß die weltliche Ordnung und die geistliche Ordnung getrennt sind, aber auch, daß nicht mehr die Politik sinnstiftend ist, sondern daß sie einen Rahmen schaffen muß, in dem jeder Mensch, jede Familie, jede Einheit ihrem Leben Sinn verleiht.“

„Unsere Identität“, so Bourlanges abschließend, „müssen wir folglich nicht in unserer Vergangenheit, sondern in unserer Zukunft suchen. Sie ist im Aufbau befindlich. Das europäische Projekt kann nicht ausgehend von Grenzen definiert werden, sondern die Grenzen der Union werden sich aus dem Projekt ergeben, denn von diesem Projekt hängt die Definition ihrer geographischen Architektur ab.“

Die große Rivalität

Ja, die Nation ist in der Tat der große Rivale Europas, bemerkt der ungarische Historiker Pierre Kende. „Nicht etwa weil die europäischen Nationen nicht in der Lage wären, sich zusammenzuschließen, das können sie durchaus“, sagt er, „sondern weil sie zum Ort einer bevorzugten politischen Identifizierung geworden sind.“

Kende sieht in jeder Nation „eine kleine Gesamtheit, ein in sich geschlossenes Universum, das in den Augen seiner Bürger die Menschheit als ganzes repräsentiert.“ Er zieht es vor, von der Identifizierung mit Europa zu sprechen anstatt von der Identität Europas, „weil“, so meint er, „diese Identität nicht greifbar ist und weil es viel zu viele europäische Identitäten gibt, um darauf etwas Solides bauen zu können.“ Das Problem bestehe demnach darin, ob es möglich ist, die Identifizierung mit der Nation auf eine größere Struktur, in diesem Fall Europa, zu übertragen. Da jedoch die Grenzen Europas nicht klar und eindeutig seien - im Gegensatz zu den es bildenden Nationen -, sei Europa offen. Es sei kein geschlossenes Universum. „Es erscheint vielmehr wie eine Untereinheit einer größeren weltweiten Einheit, und das ist der Hauptgrund, weshalb es so schwer ist zu entscheiden, wo es endet oder wo seine Erweiterung aufhören muß“, sagt Kende, der seinen Pessimismus nicht verleugnet, da er sich angesichts der unbestimmten Grenzen Europas nicht vorstellen kann, wie jemand von seinen Bewohnern verlangen könne, „sich mit einer Einheit zu identifizieren, die kein wirkliches Ganzes ist.“

Rote Karten

„Wo beginnt Europa und wo hört es auf?“ fragt sich auch Jack Lang, der frühere Minister für Kultur und gegenwärtige Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung, und meint: „Wir möchten gern ein großes Europa haben, aber gleichzeitig wollen wir einige Vorsichtsmaßnahmen ergreifen.“ Seiner Ansicht nach ist eine strenge geographische Festlegung weniger wichtig als die Zugehörigkeit zu einem Zivilisations- und Wertesystem. Was ihn mit Blick auf die Türkei, die an Asien und Europa grenzt, zu der Bemerkung veranlaßt: „Solange dort nicht demokratische Verhältnisse herrschen, kann dieses Land kein vollwertiger Beitrittskandidat zur Europäischen Union sein.“

Lang findet, daß das geographische und historische Europa mit dem politischen Europa deckungsgleich sein müsse, und wirft den Regierungschefs der Union vor, sie hätten den Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa vor einigen Jahren eindeutig zu verstehen gegeben, sie könnten ab 2000 oder 2001 beitreten, und heute schlugen sie ihnen die Tür vor der Nase zu und sagten: Nein, nicht vor 2005, 2006 oder 2007! Er bedauert auch, daß die französische Idee einer europäischen Konföderation, die anlässlich einer Reise von François Mitterrand im Jahr 1990 in Prag vorgestellt wurde, gescheitert ist. Weil sie schlecht vorbereitet gewesen sei, merkt Delors beiläufig an. Lang zufolge hätte diese gleichermaßen politische, kulturelle wie ethische Organisation allen die Gelegenheit geboten, sich in einer Übergangsphase kennenzulernen und die Arbeit zusammen zu erlernen. „Auch wenn der Name Gorbatschow heute nicht mehr auf der Tagesordnung steht“, fügt er hinzu, „bleibe ich dabei, daß seine Idee eines gemeinsamen Hauses, die er damals vorgestellt hat, auch heute noch aktuell ist.“

Die Vielfalt Europas ist für Lang kein Hindernis. „Das ist der Geist, die Seele Europas“, sagt er. „Es gibt keinen anderen Kontinent, der auf einer so kleinen Fläche so viele Schätze, so viele

Sprachen, so viele Lebensarten aufzuweisen hat. Die europäische Einheit muß im Dienste dieser zu bewahrenden Vielfalt stehen.“

Was den Kampf zur Förderung der Vielfalt betrifft, meint Lang, der ehemalige Professor für öffentliches Recht, daß die Rolle des rechtlichen Aufbaus nicht unterschätzt werden dürfe: „Der europäische Aufbauprozeß ist in den Köpfen entstanden“, sagt er. „Einige haben diesem Aufbauprozeß vorgeworfen, daß er häufig von oben herab erfolgte. Doch der rechtliche Überbau hat den Dingen erst ihren Sinn gegeben.“ Er nimmt Frankreich als Beispiel, wo der Staat vor der Nation da war und fügt hinzu: „Die europäischen Institutionen müssen eine Vorreiterrolle übernehmen, um das Entstehen dieses gemeinsamen europäischen Bewußtseins zu fördern. Unsere gemeinsame Aufgabe besteht darin, diesem stockenden und auf der Stelle tretenden Europa in den oberen Ebenen wie an der Basis wieder neuen Schwung zu verleihen.“ In den oberen Ebenen, wo die heute festgefahrene institutionelle Maschinerie neue Impulse brauche. An der Basis, „wo wir frischen Wind, eine neue Vision brauchen, um nicht nur eine Interessengemeinschaft, sondern auch eine Gemeinschaft der Imagination und der Hoffnung aufzubauen.“

Hymne an die Jugend

Lang ist überzeugt, daß die Dinge mit Hilfe der Jugend vorangebracht werden können. „Zu viele Regierungen“, sagt er, „haben keinen Kontakt zur Jugend ihres Landes, die nichts gegen den europäischen Aufbau hat, die jedoch von diesem etwas grauen, langweiligen oder fernen und manchmal etwas hochnäsigen Europa nicht begeistert ist. Dieses Europa braucht nicht nur ein Gesicht, es müssen vor allem die kreativen und innovativen Fähigkeiten der jungen Menschen mobilisiert werden.“ Er hätte gern, daß 1999 die Grundlagen für ein Europa der Jugend, der Kultur und der Bildung gelegt werden, und bedauert die Gleichgültigkeit der politischen Führer gegenüber diesen Themen. „Das Haupthindernis ist hier zu suchen“, bestätigt er, „und nicht in den Bedrohungen von Übersee.“

„Europa wird ein Europa des Geistes und der Jugend sein oder es wird es nicht geben“, führt er weiter aus. Für ihn sind dazu Kultur- und Bildungsprojekte notwendig, an denen junge Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern teilnehmen, wie z.B. die Einrichtung von europäischen Universitäten, die Mehrsprachigkeit und das vorgeschriebene Erlernen von zwei Fremdsprachen, und er plädiert dafür, daß 1999, in dem Jahr, in dem ein neues Parlament gewählt und eine neue Kommission eingesetzt wird, ein Gipfel stattfindet, der sich ausschließlich mit den Themen Bildung, Kultur und Forschung beschäftigt, und dem „ein großangelegtes Zusammentreffen von Intellektuellen, Historikern und Jugendlichen“ vorausgehen könnte.

Vor zehn Jahren gab es einen Bruch in der Geschichte. „Einen positiven Bruch, den weder Politologen, noch Politiker, noch die Geheimdienste vorhergesehen hatten“, bemerkt Filippo Pandolfi, bevor er auf die Folgen für die europäische Identität - oder die europäischen Identitäten - eingeht. Es gab riesige Probleme: die deutsche Vereinigung, die Balkanisierung des schwächsten

Teils Südosteuropas, der direkte Übergang von der zentralen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Was Pandolfi jedoch bemerkenswert findet, ist die Tatsache, daß die 1950 auf Initiative von Robert Schuman entstandene Europäische Gemeinschaft zum ersten Mal eine kontinentweite Verantwortung übernehmen mußte, die sein institutionelles Modell auf die Probe stellt.

Pandolfi sieht darin eine Aufforderung, diese Form des „funktionellen Föderalismus“ weiterzuentwickeln, die charakteristisch für die atypische Struktur ist, die die Union von der Gemeinschaft geerbt hat und deren drei Dimensionen er analysiert: erstens horizontal, mit den Befugnissen, die der Union explizit im gegenwärtigen Artikel 5 des Vertrags gewährt werden, zweitens evolutiv gemäß Artikel 235, der neue Politiken in den Feldern - Umwelt, Technologie, Kultur - erlaubt, und schließlich modular gemäß Titel VII des Vertrags von Amsterdam, der die „verstärkte Zusammenarbeit“ vorsieht.

3 - Die Notwendigkeit eines Wirtschaftsmodells

Unterliegt die wirtschaftliche und soziale Organisation der Länder Westeuropas Prinzipien, die einander ähnlich genug sind, daß man in dieser Hinsicht von einer europäischen Identität sprechen kann? Der erste Redner dieses runden Tisches, der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck, der das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln leitet, stellt seiner Analyse einige Anmerkungen zum Konzept der Identität voran. „Alle Identitäten beruhen auf Ähnlichkeiten, beinhalten aber gleichzeitig auch Unterschiede“, sagt er. „Wir haben Grenzen, die diese Unterschiede zwischen dem System und seiner Umgebung deutlich machen. Einbeziehung auf der einen Seite, Ausschließung auf der anderen.“

„Alles hängt davon ab“, so erklärt er, „welche Ähnlichkeiten man verwendet, um eine bestimmte Identität zu definieren, die gleichzeitig im Hinblick auf andere Parameter, auf die man in diesem Fall nicht den Schwerpunkt legt, große Variationen aufweisen wird. In bezug auf einige Variablen entscheiden wir zu einem bestimmten Zeitpunkt, daß eine Zugehörigkeit besteht oder nicht. Schließlich ist die Unterscheidung in den meisten Fällen graduell, äußerst selten kategorisch.“

Große Verschiedenartigkeit

„Wenn wir uns fragen, ob in sämtlichen westeuropäischen Ländern eine sozioökonomische Identität besteht“, sagt Streeck, „stellen wir eine große Verschiedenartigkeit im Inneren fest, wenn wir z.B. Österreich und Großbritannien vergleichen. Es ist nicht immer einfach festzustellen, wo das europäische System endet, und, was die Briten betrifft, sehen wir nicht immer den Unterschied zu den Amerikanern.“

Diese Frage nach einer spezifischen Ordnung für Westeuropa sei für die Schaffung einer europäischen Identität sehr wichtig, und wenn es nur deshalb wäre, damit sich die ost- und mitteleuropäischen Länder für die Organisation ihres sozioökonomischen Systems davon anregen lassen. Nachdem Streeck dies hervorgehoben hat, versucht er, eine Liste der Eigenschaften aufzustellen, die man dieser Ordnung zuschreiben kann.

Zuerst die Rolle des Staates. Die Europäer haben die Idee akzeptiert, daß der Staat nicht mehr Anweisungen gibt und plant, sondern daß er das Funktionieren der Wirtschaft erleichtert und sie dadurch unterstützt, daß er mit einem Rechtsapparat, der den Marktbeteiligten hilft, ihre

Möglichkeiten in vollem Umfang zu nutzen, für die Einhaltung der Wettbewerbsregeln sorgt. Ein Staat, der kooperiert, ohne in einseitiger Weise zu intervenieren. In mehreren Ländern kann der Staat versuchen, Teil der Zivilgesellschaft zu sein. Anstatt die Gesellschaft zu lenken, wird er zu einem ihrer Mittel.

Dann der Markt. „Im Gegensatz zum anglo-amerikanischen Modell“, sagt Streeck, „möchten wir einen institutionalisierten Markt, der nicht auf einer höheren Ebene liegt, auf der die Politik kein Interventionsrecht hat. Eine Wirtschaft, die einer gewissen Reglementierung unterliegt, in der eine organisierte Zivilgesellschaft, wichtige gesellschaftliche Gruppen, die Sozialpartner eine Rolle spielen. Eine sozioökonomische Ordnung, in der Raum für Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Berufsverbänden ist, die die Solidarität der sozialen Gruppen begünstigt, ihre Fähigkeit, sich selbst zu lenken, fördert, die öffentlichen Dienstleistungen einrichtet und dem Staat seine Funktionen zuerkennt.

Ideal- vorstellungen

„Wir möchten gerne“, fügt Streeck hinzu, „daß diese Ordnung das Private und das Öffentliche verbindet und hierzu einen öffentlichen Bereich wahrt, in dem Privatpersonen, soziale Gruppen und Regierung sich zusammen um die öffentlichen Dienstleistungen kümmern, wie zum Beispiel die Erziehung und Ausbildung oder den Zugang zu Infrastrukturen, für die die Privatunternehmen bereit sind, hohe Steuern oder Abgaben zu zahlen, da diese ihnen die Möglichkeit bieten, zu funktionieren.“

Streeck erkennt an, daß diese Vision nicht ganz realistisch ist, und daß in Europa noch viel getan werden muß, um eine solche Ordnung zu erreichen:

- „Es gibt eine einheitliche Währung“, sagt er, „aber noch keine organisierte Zivilgesellschaft, höchstens rudimentär. Im Vergleich zu dem, was in den Nationalstaaten stattfindet, sind die Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und sogar Regierungen auf europäischer Ebene noch sehr stark unterentwickelt.“
- Jedes der westeuropäischen Länder für sich genommen macht sich ein anderes Bild von dieser sozioökonomischen Ordnung. Die Länder der Währungsunion stimmen in bezug auf bestimmte Punkte überein, wie etwa bei der Festlegung des nicht zu überschreitenden Haushaltsdefizits auf 3 %, sind aber geteilter Meinung über Tarifverhandlungen, die Rolle der Sozialpartner oder die Ausbildungsformen.
- In zahlreichen Ländern beklagen die Gewerkschaften einen Einflußverlust, und beim sozialen Zusammenhalt der Arbeitgeber ist eher ein Rückgang als eine Zunahme festzustellen. Auf der anderen Seite sind überall Anstrengungen zu beobachten, um neue Bestimmungen zu entwickeln, die helfen, dem wachsenden Druck der Märkte zu widerstehen.

Ist Europa in der Lage, die Erosion seiner traditionellen Institutionen zu vermeiden? Wird es Europa gelingen, ein System zu schaffen, das auf europäischer Ebene zu ihm paßt? „Die Frage bleibt

offen“, erklärt Streeck schlußfolgernd, „aber die Antwort hängt in großem Umfang von politischen Entscheidungen ab.“

Delors sieht in diesem vom deutschen Modell inspirierten Modell „ein sehr wichtiges Element für die europäische Besonderheit im Gegensatz zum amerikanischen Modell“. „Es zeichnet sich dadurch aus“, so merkt er an, „daß es auf einem offenen Markt beruht und gleichzeitig einer bestimmten Regulierung unterworfen ist, mit einem als Partner fungierenden, aktiven Staat, der gleichzeitig die Bedürfnisse der Sozialpartner, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen registriert, die trotz der Erosion der Systeme der industriellen Beziehungen weiterhin eine wichtige Rolle bei der Regulierung der Wirtschaft und im Sozialsystem spielen werden.“

Pandolfi hebt hervor, daß die Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion die aktuelle und zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Europas verstärkt und die Situation, verglichen mit der vor einigen Jahren, deutlich verändert. Er macht ferner auf die gegenseitige Annäherung der europäischen Sozialmodelle aufmerksam, auch wenn weiterhin Unterschiede bestehen. So verweist er darauf, daß die Spanne zwischen den steuerlichen Abschöpfungen zwischen 45 % des nationalen BSP in Dänemark und 37 % in Großbritannien enorm war, daß sie aber um die Hälfte verringert wurde.

Ein Barbar in Europa

Elemer Hankiss, dessen Aufgabe es ist, den Standpunkt Mitteleuropas zur wirtschaftlichen und sozialen Ordnung vorzustellen, und der Politikwissenschaften an der Universität Budapest unterrichtet, greift mit ungarischem Temperament an. „Ich bin ein Barbar von einem östlichen Stamm aus dem österreichisch-ungarischen Reich“, verkündet er und teilt mit, daß diese Barbaren europäischer sind als die Europäer selbst, daß die christlichen Königreiche Polen und Ungarn, die über 1000 Jahre bestanden hatten, älter sind als die belgischen, holländischen, italienischen oder deutschen Königreiche oder Staaten, daß dieser Korridor zwischen dem Westen und dem Osten, aus dem er kommt, bereits zum Reich Karls des Großen gehörte und daß die Zivilisation und die Kultur dieser Region (in der er bunt durcheinander Schwaben, Böhmen, Ungarn, Kroaten und Bosnier ansiedelt) wirklich europäisch sind.

Was am meisten fehle zwischen den Europäern aus dem Westen und denen aus dem mittleren Osten Europas, gibt Hankiss zu verstehen, sei der Dialog, ohne den sich keine Identität bilden könne. „Wenn ein Teil maßregelt und sich schulmeisterlich gegenüber dem anderen verhält, der schüchtern zuhört und nicht reagiert, wird es niemals eine echte Kommunikation zwischen den beiden geben“, äußert er, und fordert dazu auf, einander viel besser zuzuhören.

„Ich habe das gute Recht, kritisch zu sein“, fährt er fort. „Zwar stimmt es, daß Europa und die Europäische Union uns bereits geholfen haben, wofür wir dankbar sind, aber ich möchte doch daran erinnern, daß die alten Römer klüger waren als die heutigen Europäer, denn sie hörten sich an, was die Barbaren ihnen zu sagen hatten, und sie lernten viel von ihnen, z.B. neue Techniken für das Reiten von Pferden oder für die Herstellung besserer Bögen. Sie haben viele Ideen von ihnen

übernommen, ganz zu schweigen von den Göttern, die sie übernommen haben, was eine Bereicherung für sie war. Die Europäische Union dagegen hat keine - oder ganz wenige - Ideen übernommen, auf jeden Fall keinen Gott, auch wenn wir zugegebenermaßen keine Götter zu bieten haben!“

Muß man die Vereinigten Staaten als das heutige Rom ansehen? Man könnte es glauben, wenn man Hankiss' Ausführungen anhört, für den sie in diesem Bereich klüger als die Europäer sind, da sie Ideen und Götter aus allen Teilen der Welt einführen und sich dadurch bereichern.

Hankiss gibt einen Überblick über die Probleme und die Bedürfnisse der Länder, die vom Kommunismus zum Kapitalismus und zur Demokratie übergegangen sind, und kommt zu folgender Feststellung:

- „Die Osteuropäer haben gegenüber dem Staat eine zwiespältige Haltung, in der sich Haß und Liebe miteinander vermischen. Sie hassen ihn, weil er sie jahrhundertlang unterdrückt hat, aber sie lieben ihn, weil sie immer stärker von ihm abhängig sind. In Mitteleuropa ist die Sache ausgewogener, aber die Probleme sind die gleichen, und die Westeuropäer könnten uns helfen“, sagt er, „zusammen die Haltung zu finden, die man gegenüber dem Staat einnehmen sollte. Dies gilt insbesondere dafür, wie der Rechtsstaat entwickelt und gestärkt werden kann, ohne die persönlichen Freiheiten zu verletzen.“

- Es wird behauptet, daß die Demokratie nur in den Ländern einen Platz habe, in denen das BSP pro Einwohner über 10 000 Dollar liegt. „Albernes Gerede“, sagt Hankiss, für den die Sache mit 5 000 oder 6 000 Dollar geregelt ist. „Wenn sich Europa nicht um uns kümmern würde“, so erkennt er an, „wäre die Aufgabe schwieriger, aber in einem europäischen Kontext können wir genauso demokratisch sein wie die Spanier oder die Griechen.“

- Es stellt sich die Frage nach dem Umfang der Ausübung der Demokratie: „Für unsere Länder wie für die westeuropäischen Länder besteht die Aufgabe darin“, so führt er aus, „die lokale Demokratie mit der regionalen zu verbinden, die regionale mit der nationalen und die nationale Demokratie mit der europäischen und der weltweiten Ebene. Die Zusammenarbeit der Institutionen aller dieser Ebenen funktioniert nicht sehr gut, weder im Westen noch im Osten. Wir müssen daher miteinander diskutieren und gemeinsam lernen.“

Den Parthenon privatisieren

„Bei uns genießt Eigentum ein enormes Prestige“, erklärt Hankiss. „Jeder will Eigentümer sein. In Ungarn ziehen 76 % der Leute den Kapitalismus gegenüber jedem anderen Modell vor. Wir sind das Land mit dem höchsten Privatisierungsanteil. Wenn wir in Griechenland wären, hätten wir den Parthenon privatisiert!“

- Der Übergang war schnell, aber die sozialen Kosten waren hoch, „höher als sie hätten sein sollen“, sagt er, „mit einem gewissen Zerfall unserer Gesellschaft und unserer sozialen Einrichtungen.“ Von einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus sei Osteuropa noch weit vom Westen entfernt, aber dieser Unterschied werde ausgeglichen werden: „Unser Bildungssystem ist eines der besten in Europa, und unsere Kultur ist genauso reich wie die Westeuropas. In dieser Hinsicht gibt es keine Probleme,“ bestätigt Hankiss, hebt aber auf der anderen Seite einen gefährlichen Rückstand im Bereich der sozialen Sicherheit hervor, wo dringende Hilfe erforderlich sei.

Weiß Europa, daß sich die Zivilisation, auf die es so stolz ist, dramatisch verändert hat? Hankiss zweifelt stark daran, wenn er feststellt, daß die Europäer ihre Zukunft bauen, als ob ihre Zivilisation die gleiche wäre wie vor 50 Jahren. „Sie hat sich verändert und in einigen Fällen eine völlig entgegengesetzte Form angenommen“, führt er aus und erinnert daran, daß wir 2000 Jahre lang in der Kirche, der Schule und Zuhause gelernt haben, daß man seinen Nachbarn und seinen Nächsten lieben muß - eines der Grundelemente der jüdisch-christlichen Kultur. „Und was hört man jetzt? - Liebe dich selbst! Schütze dich! Opfere dich nicht für die anderen auf! Gehorche nicht, sondern begehre auf!“

Eine unschuldige Gesellschaft

„So sind wir also jetzt mit Regeln konfrontiert, die im Widerspruch stehen zu denen, die man uns 2000 Jahre lang eingetrichtert hat“, sagt er. „Ist es die Konsumgesellschaft? Der amerikanische Einfluß? Ich weiß es nicht, aber wir können diese neue Tatsache nicht ignorieren, indem wir sie als oberflächlich behandeln und indem wir behaupten, daß unsere Zivilisation, die auf dem Begriff der Schuld, der Erlösung und der Vergebung aufgebaut ist, nicht davon betroffen ist. Wir bewegen uns heute auf eine Gesellschaft der Unschuld zu. Vielleicht ist das eine gute Sache. Auf jeden Fall ist es anders.“

Muß man von einer europäischen Identität sprechen? „Es ist einfach, sich mit Venedig, Beethoven oder Florenz zu identifizieren“, merkt Hankiss an. „Es ist einfach, sich mit Europa zu identifizieren, aber sehr schwierig, eine westeuropäische Vision der Welt zu haben und im Kontext einer sich verändernden Zivilisation leben zu lernen.“ „Wir müssen wieder lernen, wie man sich in diesem neuen Kontext kultiviert und zivilisiert verhält. Die Kultur bringt Antworten auf die existentiellen Fragen des Menschen. Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Was ist gut? Was ist böse? Wer bin ich? - Derzeit haben wir keine Antworten auf diese Fragen. Die alten wurden zerstört. Die neuen sind noch nicht fertig.“

„In einer oberflächlichen Weise erreichen uns Bruchstücke aus Fernsehserien, dem Kino, aus Operetten, aber die neuen Antworten wurden von der Gemeinschaft der europäischen Nationen noch nicht formuliert“, fährt Hankiss fort und zieht dann die Schlußfolgerung: „Hiermit müssen wir uns beschäftigen und daran müssen wir gemeinsam arbeiten, mit den Jugendlichen, in den Schulen

und in den Medien. Das ist genauso wichtig wie das, was wir in bezug auf die wirtschaftlichen und sozialen Institutionen in unserem gemeinsamen Europa tun werden.“

Die Kirsche und die Torte

Diese Worte stoßen bei Jack Lang auf offene Ohren: „Wie aufregend!“ ruft er aus. „Eine deutliche Aufforderung, in diesem Punkt klarer zu sehen. Wir stellen nicht genügend Fragen in bezug auf das Imaginäre. Was beherrscht die Ideenwelt eines jungen Italieners, eines jungen Deutschen, eines jungen Franzosen von 15, 10 oder 12 Jahren? Welche Ausdrucksformen finden diese Ideen? Welche Mythen schwirren in seinem Kopf herum? Welche Hoffnungen, Ängste beschäftigen ihn?“

„Meinem Eindruck nach“, fährt Lang fort, „besteht die durchschnittliche Kultur eines 15jährigen Jugendlichen heute gleichzeitig aus standardisierten, mehr oder weniger amerikanischen - aber sicher nicht den besten - Bildern und einer Art lokaler populistischer und chauvinistischer Kultur. Leider ist die Öffnung für die anderen und für die Welt im Bildungssystem nicht ausreichend vorhanden. Es ist absolut notwendig, daß es uns gelingt, Mittel gegen diese Form der Akkulturation zu finden. Und dabei geht es nicht, wie man im Französischen sagt, um die Kirsche auf der Torte, sondern um die Torte selbst! Es handelt sich um eine zentrale Frage!“

Der Historiker Jerzy Jedlicki, der am Geschichtsinstitut der polnischen Akademie der Wissenschaften unterrichtet und der etwas später von dieser friedlichen Invasion der Kultur und der Freizeitvergnügen nach amerikanischer Art spricht, stellt ein gewisses Wohlwollen unter Beweis. „Alle Völker der Erde möchten die Invasion und öffnen bereitwillig ihre Tore“, sagt er und erinnert daran, daß die politische Isolation die Verbreitung von ausländischen kulturellen Modellen am Rande Europas nicht verhindert hat - und das lange vor 1989. „Diese Tendenzen können durch die Öffnung der Grenzen und den Zustrom der westlichen Technologie nur verstärkt werden“, stellt er fest und erkennt gleichzeitig den Erfolg einer Kultur an, die dank der modernen Technologie allen offensteht.

Das Kino stirbt

Aber angesichts der bei den Jugendlichen äußerst populären Massenkultur sind die folkloristischen Traditionen und die Kulturen Osteuropas, die bereits durch die sozialistische Industrialisierung geschwächt waren, praktisch verschwunden. Und das für immer, sie sind überholt durch Diskotheken oder Filme, die es überall gibt. Natürlich bedauert Jedlicki die Tatsache, daß die Schulen des polnischen, tschechischen und ungarischen Films verschwinden, weil sie nicht mit den amerikanischen Filmen und dem Fernsehen mithalten können. Und was kann man über das Theater sagen, „das ein Gegenstand des nationalen Stolzes war, das aber unter der kommunistischen Vorherrschaft an Kraft verloren hatte“, oder über die Literatur und die Poesie?

„Soll man in diesem Bereich den Marktkräften freies Spiel lassen oder soll man die Lebenskraft der nationalen Kulturen unterstützen? Aber wie weit, wenn sie nicht in der Lage sind, unabhängig zu leben?“, fragt Jedlicki, der es gerne sehen würde, wenn private Stiftungen, Körperschaften, aber auch die Europäische Union mit besonderen Mitteln eingreifen würden. „Europa“, so schließt er unvermittelt, „muß eine Union von kreativen Gemeinschaften sein und nicht nur ein Sack Kartoffeln!“

Dusan Sidjanski, der mit Hankiss darin übereinstimmt, daß sich in der heutigen Gesellschaft eine bestimmte Egozentrik entwickelt hat, fordert, daß man nicht das Entstehen von „freiwilligen Verbänden“ und ihrer Netze vergessen solle, die ein Zeichen für eine Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung sei. Gegenüber Wolfgang Streeck weist Sidjanski andererseits darauf hin, daß zu den Funktionen des Staates die Förderung gehöre, die die Staatsorgane derzeit sicherstellen und auf die hinzuweisen es wert sei. Was die Europäische Union betrifft, erwähnt er die Funktionen der Innovation und der Koordination, die, wie er sagt, wesentlich stärker auf der Beteiligung und der Assoziierung der verschiedenen Akteure beruht als auf der die Staatsmacht im traditionellen Sinn charakterisierenden Möglichkeit, Zwang auszuüben.

In der Unterschiedlichkeit der europäischen Sozialversicherungssysteme, auf die Streeck hingewiesen hat, sieht Yves Mény etwas Positives und Anregendes, dessen Beseitigung bedauerlich wäre. Er erkennt an, daß dieses System durch „eine gewisse Ermüdung“ gekennzeichnet ist, „zumindest was seine Formen betrifft, wenn auch nicht hinsichtlich seiner Legitimität“. Seiner Ansicht nach war das massive Eingreifen des Staates in die Wirtschaft gerechtfertigt, um Deregulierungen des Marktes in den 30er Jahren und in der Zeit nach dem Krieg auszugleichen. „Heute“, sagt er, „sind die Gründe für eine Intervention vielleicht weniger stark und können vor allem anderen Modalitäten folgen. Von diesem Standpunkt aus hat die neoliberale Herausforderung, trotz aller Probleme, die sie verursacht hat, das Verdienst, daß wir die Verteilung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor neu überdenken müssen.“ Er verweist darauf, daß in Frankreich, wo man behauptet, sehr an den sogenannten öffentlichen Dienstleistungen zu hängen, die meisten täglichen Dienstleistungen, die der Bevölkerung angeboten werden - Müllabfuhr, Wasser - unter der (manchmal relativen)

Kontrolle der örtlichen Behörden stehen, aber von Privatunternehmen sichergestellt werden. „Es besteht“, so stellt er fest, „eine Art öffentlich-private Mischung.“

Das goldene Dreieck

Mény, der sich den Ausführungen Jack Langs über die Jugend anschließt, vermerkt, daß mehr Franzosen an nicht-französischen, europäischen Universitäten studieren und einen Abschluß machen als früher. Er zeigt sich erfreut darüber, beklagt aber, daß diejenigen, die anschließend eine Universitätslaufbahn wählen, leichter im „goldenen Dreieck“ Oxford, London und Cambridge Möglichkeiten für ihren weiteren Weg finden. „In dieser Hinsicht ist der europäische Kontinent“, wie er bedauert, „wesentlich weniger offen als Großbritannien, und es ist paradox, daß es für einen französischen, spanischen oder deutschen Studenten einfacher ist, Arbeit an einer dieser drei Universitäten zu finden als in seinem eigenen Land.“

Der italienische Soziologe Arnaldo Bagnasco weist darauf hin, daß sich wenig europäische Hochschulabsolventen, insbesondere in Frankreich und Deutschland, an die Gründung von innovativen Unternehmen wagen. Er bedauert diesen „Mangel an Unternehmergeist“, die dazu führt, daß „die jungen Leute bereits vorprogrammierte Laufbahnen beim Staat oder in den großen Unternehmen einschlagen wollen.“

Welchen Anteil von individueller Verantwortung muß man bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme einführen? Streeck antwortet darauf mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokraten überall - in Europa und anderswo - mit dieser Frage konfrontiert sind, und daß sie ihren Wählern erklären müssen, daß ein Teil der Risiken zurück an die Gesellschaft gegeben werden muß. Für ihn „bleibt aber das größte Problem die Verteidigung des traditionellen Gleichheitsniveaus der europäischen Systeme“, das, wie er sagt, „den entscheidenden Unterschied zu den Vereinigten Staaten ausmacht.“ Er ist der Auffassung, daß die Antworten aufgrund der Unterschiedlichkeit der Länder auf nationaler Ebene gesucht werden müssen, aber daß Europa einen Beitrag in bezug auf die Information und die Koordinierung leisten kann. Er schließt allerdings nicht aus, daß „unsere Gesellschaften in zehn oder fünfzehn Jahren ähnliche Ungleichheiten kennen werden wie Großbritannien oder die Vereinigten Staaten. Zwischen der Basis und der Spitze hat sich die Kluft bereits vergrößert“, stellt er fest, „und es sieht nicht danach aus, daß sie kleiner wird.“

Der französische Journalist Jean Daniel fragt seinerseits, ob man ausschließlich mit Markt- und Investitionskräften gegen die amerikanische Dynamik ankämpfen kann³. „Wenn ja, kann man es vermeiden, sich zu amerikanisieren, um sich der unerbittlichen Logik der amerikanischen Vorherrschaft entgegenzusetzen? Und,“ fügt er hinzu, „wenn man die Amerikanisierung nicht vermeiden kann, wozu dient Europa? Anders ausgedrückt, bestünde die europäische Identität nicht

³ Jean Daniel, Direktor des Nouvel Observateur, war an der Teilnahme am Seminar verhindert und übersandte eine Stellungnahme.

letzten Endes - ohne daß man sich dies einzugestehen wagt -, in der Errichtung einer Art autonomer Provinz innerhalb der Pax americana und ihres Reiches?“

Die angelsächsische Dynamik

Rupnik weist darauf hin, daß der Übergang zur Marktwirtschaft in Mitteleuropa nicht anhand des europäischen Modells erfolgt ist. „Im Gegenteil. Alles was hier soeben beschrieben wurde, wurde als ein ausgelaugtes, steckengebliebenes Modell angesehen, mit einem Nullwachstum und einer Arbeitslosigkeit von mehr als 10 %, während die angelsächsische Dynamik eine phantastische Anziehungskraft besaß.“

„Das hat man insbesondere in Polen und in der Tschechoslowakei gesehen, wo sich Minister wie Balcerowicz oder Vaclav Klaus auf Milton Friedman und die Schule von Chicago beriefen,“ fährt Rupnik fort, der mit dem Beispiel Rumäniens und Bulgariens seine Sache endgültig untermauert: „Eine Pseudoreform oder keine Reform zu machen, hat sich auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene als teurer erwiesen als die Schocktherapie“, und er verweist darauf, daß es in Polen weder Streiks noch soziale Unruhe gegeben hat, sondern daß Polen seit über fünf Jahren das schnellste Wachstum in ganz Europa und eines der höchsten weltweit aufweist.

Demgegenüber stellt Rupnik hinsichtlich des Übergangs zur Demokratie fest, daß die gleichen Länder die „Qual der Wahl“ zwischen dem amerikanischen, britischen, französischen oder auch deutschen Modell hatten. Im Gegensatz dazu gebe es für die Reform des Wohlfahrtsstaates kein fertiges Rezept. „Sie sind dabei, den Wohlfahrtsstaat zur gleichen Zeit neu zu erfinden wie wir“, sagt er und sieht darin „eindeutig ein Gebiet für Zusammenarbeit und Interaktion“.

Auch Bourlanges erwartet, daß der Osten ebenso wie wir Mechanismen erfinden muß, die die Werte des Marktes und der kollektiven Solidarität miteinander versöhnen. Er glaubt, daß der ideologische Ultraliberalismus, der diese Länder in einer Periode des Übergangs ergriffen hat, „auf den offensichtlichen Manichäismus von Leuten zurückzuführen war, die, um sich von einer kollektiven Ordnung zu befreien, die entgegengesetzte Ordnung übernahmen und versuchten, die Wirtschaft zu liberalisieren, ohne sich gleichzeitig die Frage nach dem Wohlfahrtsstaat und der Solidarität zu stellen.“

Bourlanges äußert allerdings das Gefühl, daß man, wenn es einen Riß zwischen zwei Hälften Europas gibt, diesen zwischen dem Norden und dem Süden ansiedeln müsse, da im Osten noch alles in Entwicklung begriffen sei und die Wahl noch offen stehe. So habe man auf der einen Seite im Norden ein Modell der sozialdemokratischen Art mit einem Staat, der als Vermittler zwischen den sozialen Akteuren dient, die in der Lage sind, untereinander Verträge abzuschließen, die eingehalten werden, konkret: das niederländische Modell. Und auf der anderen den Süden, wo die europäischen Mechanismen, die zur Verhandlung einladen, blockiert sind, weil die Arbeitgeber darin eine „Höllenmaschine“ sehen, die die Länder des Südens um den einzigen Wettbewerbsvorteil brächte, den sie haben.

Kann das europäische Modell über lange Zeit seine Besonderheit im Vergleich zum Rest der Welt wahren? Bourlanges zweifelt daran: Grund hierfür ist seiner Meinung nach die Globalisierung, und er prognostiziert eine bestimmte Form des Gleichgewichts zwischen individueller Freiheit und öffentlicher Solidarität, aber er glaubt, daß wir uns unvermeidlich an die globalen Modelle annähern werden, da er sich schlecht ein europäisches System vorstellen kann, das „in einer Art von kulturellem, sicherlich sympathischen, aber anfälligen Inseldasein“ funktioniert.

Das sogenannte Padanien

Auch Mény ist beunruhigt, wenn er sieht, wie sich bestimmte Gebiete anschicken, um ihre komparativen Vorteile zu entwickeln. „Es gibt unendlich viele Möglichkeiten, dies zu tun“, sagt er. „Man kann in technologischer Hinsicht besser sein, man kann erfindungsreicher sein. Man kann auch billiger sein. Und die Senkung der Sozialkosten durch Sozialdumping ist eine der Möglichkeiten. Das ist in gewisser Weise das Ergebnis der Strategie von Margaret Thatcher, die Großbritannien zu Beginn für ausländische Investoren so attraktiv gemacht hat. Dies liegt auch der Revolte des sogenannten Padanien zugrunde, mit Unternehmenschefs, die sich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit in Europa beeinträchtigt fühlen, eigene Wege gehen und sich vom Mezzogiorno trennen wollen.“

Und hier trifft das Problem der Identität mit dem der komparativen Wettbewerbsvorteile zusammen. „Im Laufe einiger Jahre ist es gelungen, eine padanische Identität zu schaffen, die eine völlig künstliche Konstruktion ist und von einem tatkräftigen Anführer erfunden wurde“, sagt Mény. In dieser Art und Weise die Sozialpolitik umzukehren, um einen Vorteil über seinen Nachbarn zu erlangen, sieht er eine gefährliche Herausforderung für das europäische Sozialmodell. Er zitiert den Fall Nordostitaliens, das zunehmend mit dem benachbarten Slowenien zusammenarbeitet, wo die Lohnkosten ungleich niedriger sind, und er prangert dies als eine zerstörerische - oder zumindest sehr gefährliche - Entwicklung für unser System des Wohlfahrtsstaates an.

„Das Verhalten der Regionen ist ein Faktor geworden, der ebenso berücksichtigt werden muß wie das der Staaten“, beobachtet Delors, der dazu auffordert, darüber hinaus nicht die Rolle der Städte zu vergessen, die, wie er sagt, sehr häufig von den Fachleuten für Raumordnung unterschätzt wurde.

„Man müßte wissen“, sagt daraufhin Mény, „ob in Europa die Staaten, die Regionen oder die Städte in der Lage sind, sozial oder ideologisch gesehen, analoge Phänomene zu akzeptieren, wie sie die Vereinigten Staaten seit langem kennen, wo es zwischen zwei Zählungen vorkommt, daß die Bevölkerungszahl um bis zu mehrere hunderttausend Personen variiert, für das es kein vergleichbares Phänomen in unseren Ländern gibt.“

„Ja“, sagt Delors, „aber die europäische Stadt ist nicht nur ein wirtschaftliches Einfluszentrum. Sie ist einzigartig in der Welt, da sie eine Einheit und eine Lebensart darstellt, wodurch sie selbst in einer Periode des wirtschaftlichen Niedergangs nichts von ihrer Attraktivität

einbüßt.“ Diese Besonderheit der Städte wird - wie man sehen wird - beim dritten runden Tisch als ein starker Indikator für Identität angesehen werden.

4 - Die nicht greifbare Zivilgesellschaft

„**E**igenartigerweise besteht das, was man als Zivilgesellschaft bezeichnet, nicht an sich, sondern nur in bezug auf den Staat“, so stellt Arnaldo Bagnasco, der das Thema des letzten runden Tisches einleitet, die Zivilgesellschaft vor und definiert sie als „Gesamtheit der sozialen Beziehungen und Einrichtungen, die nicht direkt von der Politik oder vom Staat abhängig sind“. „Wenn man häufig von einer 'Rückkehr' der Zivilgesellschaft spricht“, merkt er an, „dann liegt dem die Idee zugrunde, daß die Politik, indem sie Terrain aufgibt, der Zivilgesellschaft Raum einräumt, d.h. der Staat hat sie erstickt, weil er zu viel Raum eingenommen hat. Dies ist jedoch paradox, da sie sich in dem Augenblick, in dem sich der ihr zugeteilte Raum erhöht, als schwächer erweist.“

„Vor allem in den Vereinigten Staaten, wo sie die stärksten Positionen innehatte, wird intensiv darüber debattiert“, merkt Bagnasco an und erinnert an die Formulierung von Tocqueville: „Was steht einem Unternehmen von einer gewissen Bedeutung gegenüber? In Frankreich ist es der Staat, in England ist es ein Grundherr und in den Vereinigten Staaten eine Vereinigung.“ Bagnasco wird also den Gesundheitszustand dieser Zivilgesellschaft in Europa analysieren, wo die Politik traditionell eine starke Rolle bei der sozialen Organisation spielt.

Familien- angelegenheiten

Auf die Familie bezogen beobachtet Bagnasco, daß die Welle der Homogenisierung in den 60er Jahren ihren Höhepunkt erreichte (mit einer starken Kernfamilie, einer schwachen Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt, einem hohen Prozentsatz von Verheirathungen in jungen Jahren, wenig Scheidungen und wenig unehelichen Geburten), sich danach aber die Modelle in Europa unterschiedlich entwickeln. In den Mittelmeerländern - Griechenland, Italien, Spanien und Portugal - wo die Familientradition am stärksten ist, sind eine hohe Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die niedrigsten Geburtenraten in Europa zu verzeichnen. Weiter im Norden - in Belgien und in Deutschland -, wo Kinderkrippen und Kindergärten relativ selten sind, sind die Frauen noch sehr stark zu Hause bei ihren Kindern, deren Zahl häufig auf ein einziges Kind beschränkt ist. In Großbritannien und in den nördlichen Ländern steigt die Geburtenrate wieder. Bagnasco schließt daraus, daß dies weniger auf eine grundlegende Krise der Familie, sondern eher auf eine Experimentierphase zurückzuführen ist, in der sich neue Tendenzen mit einer Verstärkung der Familienbande in den Bereichen Geselligkeit, Unterstützung ja sogar des Erbes entwickeln.

Auf dem Gebiet der Religion zeigen die Statistiken, daß in Holland 54 % der Bevölkerung nie an einer Messe teilnehmen, im Vereinigten Königreich 36 %. Am anderen Ende der Skala findet

sich Deutschland mit 21 %, Italien mit 12,5 % (etwas weniger als die 13,5 % der Vereinigten Staaten). Bagnasco stellt fest, daß die Religion, die in Europa immer eine starke Identitätsquelle war, vor allem in Verbindung mit dem Staat, auf dem Weg ist, eine rein private Angelegenheit zu werden, und er fragt sich, ob dieser Bewegung hin zur eindeutigen Säkularisierung andere Erscheinungen widersprechen, wie die Massenansammlungen bei den Reisen des Papstes oder der religiöse Aspekt bestimmter Freiwilligentätigkeiten. Er sieht darin jedoch eher ein Zeichen dafür, daß die Religion in der traditionellen institutionellen Form auseinandergeborsten ist und so ihre vier Dimensionen - Kultur, Ethik, Gefühl, Weltansicht - freigesetzt hat, die jetzt, wie er sagt, für verschiedene andere Kombinationen offenstehen, z.B. teilnehmen ohne zu glauben oder glauben ohne teilzunehmen.

Diamandouros äußert sich in ähnlichem Sinn und merkt an, daß „Laizisierung nicht unbedingt Marginalisierung oder schrittweise Auslöschung der Religion bedeutet, sondern eine Neuformulierung und Neuorganisation der religiösen Präsenz innerhalb der Zivilgesellschaft.

„Durch die Laizisierung verliert die Religion ihre Fähigkeit, Identitäten zu definieren, aber weniger als zum Beispiel die politischen Ideologien“, merkt wiederum Bagnasco an, der nicht glaubt, daß „man als Reaktion in neue Fundamentalismen verfällt, die versuchen würden, die institutionelle Einheit des Phänomens Religion in einer autoritären Weise wiederherzustellen.“

Die Faszination der Städte

In Europa sind die Städte allgegenwärtig. Weder politische Veränderungen noch territoriale Umordnungen haben ihre Struktur im Laufe ihrer Geschichte geändert. Der durchschnittliche Abstand zwischen zwei Städten beträgt in Europa 16 km, in Asien dagegen 29 km, in Amerika 53 km, in Afrika 55 km und in Ozeanien 114 km. „Wie andere Kontinente so kennt auch Europa Erscheinungen des übermäßigen Wachstums und Städtelkrankheiten, aber es verfügt über ein gut strukturiertes System kleiner und mittlerer Städte sowie regionaler Hauptstädte“, sagt Bagnasco, für den es - zum Zeitpunkt der Globalisierung - der Reichtum dieses Geflechts ist, der im Gegenzug Regionalisierungstendenzen hervorruft. Hatte nicht Max Weber bemerkt, daß die Städte in bestimmten historischen Zwischenphasen wieder an Macht und an Sichtbarkeit gewinnen, wenn die übergeordneten Kräfte schwach oder instabil werden?

„Das Beispiel in der Geschichte“, sagt Bagnasco, „ist der Augenblick, der das Mittelalter von der Renaissance trennt. Damals floriert in einem zentralen Korridor in Europa, vom Mittelmeer bis zur Ostsee, ein Netz von Handelsstädten, die den ersten Kapitalismus entwickeln, während sich in diesen freien Städten eine Zivilgesellschaft im modernen Sinne des Wortes bildet. In den großen zentralisierten Nationalstaaten, die rund um diesen Korridor Form annehmen, spielen die Städte ebenfalls eine entscheidende wirtschaftliche Rolle für den Eintritt in die Modernität. Heute ist die Fähigkeit mehrerer unserer Städte, ihre Ressourcen auszuwählen und wieder in eine neue Welt zu investieren, ein untrügliches Zeichen für die Vitalität der Zivilgesellschaft in Europa.“

„Vergessen wir nicht“, fährt Bagnasco fort, „daß in diesen Städten die moderne Gesellschaft als Pakt für die Zusammenarbeit zwischen der Politik und der Wirtschaft, zwischen der Gesellschaft und dem Staat geboren ist. Nicht Zivilgesellschaft gegen den Staat, sondern Schaffung von Institutionen, die in der Lage sind, die ausgeglichene Zusammenarbeit zwischen den beiden als Bedingung für eine ausgewogene Entwicklung der Gesellschaft sicherzustellen.“ Und abschließend fügt er an: „Mit diesen Wurzeln ist eine wirklich politische Dimension der europäischen Identität verbunden, die jenseits der nationalen Unterschiede liegt und die ein besonderes kulturelles Erbe darstellt.“

„Die Städte in Europa waren immer das Ergebnis der Wechselwirkung von Markt und Staat. Das macht die Besonderheit der europäischen Stadt im Vergleich zur amerikanischen Stadt aus“, ergänzt Yves Mény, der bedauert, daß die Stadt in der aktuellen europäischen Vernetzung außen vor bleibt. Er bezeichnet dies als um so bedauerlicher, als in den Städten in massiver Weise häufig von der Zivilgesellschaft ausgeschlossene Bevölkerungsschichten, insbesondere Ausländer, konzentriert sind, und es wert wäre, bedeutende Investitionen zu unternehmen, um dort Formen der Beteiligung zu entwickeln.

Die vier Wandlungen

Nach Bagnasco äußert sich Jerzy Szacki, Professor an der Universität von Warschau, als Vertreter Mitteleuropas. Er gesteht, daß er nicht genau wisse, was diese Zivilgesellschaft sei, die er jedoch „als etwas sehr Wichtiges und sehr Gutes, das im Westen erfunden wurde und jetzt in den Osten gekommen ist“ ansieht. In den Ländern, die 40 Jahre lang unter sowjetischer Vorherrschaft waren, habe die Idee, je nach Zeitpunkt, unterschiedliche Formen angenommen:

Die erste Wandlung, ein von der demokratischen Opposition Ende der 70 Jahre erfundenes oder neu erfundenes Konzept, machte daraus, wie Szacki sagt, die auf der Wahrheit und der freien Wahl begründete Negation des kommunistischen Staates. „Eine großartige Utopie, ein sich selbst regierender Ausschuß mit emanzipierten Individuen, die vor allem eine neue moralische und soziale Ordnung schaffen wollten“, erklärt er. „Alles lag in der Negation und im Rückzug des kommunistischen Staates, was sich als sehr nützlich erwies, um die Völker gegen die kommunistische Ordnung zu einen, was aber weder ein Entwurf für einen demokratischen Staat noch ein wirtschaftliches Programm für die Zukunft war.“

Deshalb wurde es durch zwei andere Konzepte, ein politisches und ein wirtschaftliches, ersetzt. Das erste Konzept beruhte auf der Überzeugung, daß das dringlichste Problem nach der Revolution die politische Beteiligung war, und daß es notwendig war, in Parteien einzutreten, zu wählen, eine neue demokratische Struktur zu schaffen und hierfür die Individuen in aktive Bürger umzuformen. Das zweite Konzept basierte auf der Hypothese, daß es ohne Privateigentum und freies Unternehmertum keine echte Unabhängigkeit gebe. Mehr als eine moralische und politische

Entwicklung war folglich eine Wirtschaftsreform nach liberalen Prinzipien erforderlich, wobei alle sozialen Probleme auf die des guten Funktionierens des Marktes zurückgeführt wurden.

Was die letzte Wandlung der Zivilgesellschaft betrifft, so seien dies die NGO und die Vereine. Polen hat 20 000 ehrenamtliche Verbände, die nach 1989 entstanden sind. „Es gibt kleine Vereine und kurzlebige und einige sehen darin nur kleine Inseln auf einem Meer der Bequemlichkeit und der Gleichgültigkeit. Das ist richtig“, sagt Szacki, der das Phänomen dennoch als sehr vielversprechend ansieht, aber er erklärt, er könne nicht entscheiden, welches der vier Gesichter, die die Zivilgesellschaft im Osten in den vergangenen zehn Jahren angenommen hat - das der Moralität, der Politik, der Wirtschaft oder der freiwilligen Tätigkeit in Vereinen -, ihm am bedeutendsten erscheint.

Der Kummer der Rumänen

Die einzige rumänische Stimme auf diesem Seminar, Christian Preda, der an der Universität von Bukarest unterrichtet, verweist auf „den ungleichmäßigen Charakter der Beziehung zwischen politischem und wirtschaftlichem Fortschritt“. Er erklärt, daß in Rumänien nach 1989 zwei radikal unterschiedliche Arten von Diskursen zu hören waren: Im ersten, extrem optimistischen Diskurs wurde die Ansicht vertreten, daß der politische und der wirtschaftliche Fortschritt immer Hand in Hand gehen; im zweiten, daß sie immer getrennte Wege verfolgen! Wenn man den politischen Fortschritt habe, habe man keinen wirtschaftlichen Fortschritt und umgekehrt. „Dies war eine Ursache für zahlreiche Desillusionierungen in der politischen Klasse wie in der rumänischen Gesellschaft im allgemeinen“, sagt Preda, der der Auffassung ist, daß die Beziehung zwischen dem politischen und dem wirtschaftlichen Fortschritt wesentlich subtiler und durch Hochs und Tiefs gekennzeichnet ist.

Sollte unsere Analyse der Zivilgesellschaft zu einer Demonstration der Mehrstimmigkeit werden? Zu dieser Feststellung gelangen die meisten der Redner nach diesen beiden einleitenden Ausführungen, allen voran Nikos Mouzelis: „Es gibt folglich mehrere Begriffe der Zivilgesellschaft“, so faßt er zusammen, „jeder ist mit einer bestimmten Problematik verbunden. Die Zivilgesellschaft kann ein Mittel sein, um den Autoritarismus und die Willkür des Staates zu verringern, gegen mehr oder weniger absolute Monarchien, autoritäre Regime oder auch gegen den Kommunismus. In einer anderen Perspektive kann sie dazu dienen, die bürgerliche Gesellschaft zu kritisieren und sich gegen den Markt zu verteidigen.“

Mouzelis selbst würde es vorziehen, die Zivilgesellschaft außerhalb des Staates wie des Marktes anzusiedeln und sich für die Möglichkeiten zu interessieren, die sie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bietet, wenn sie sich selbst organisiert. „Alle Bürger haben das Recht und die Pflicht, aktiv zu bleiben, eine Ausbildung zu erhalten und auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben“, sagt er. „Die Idee der freiwilligen, ehrenamtlichen Arbeit darf nicht als marginal angesehen werden.“ Er selbst sieht darin „ein zentrales Konzept“ und erachtet es als Aufgabe der Zivilgesellschaft, aus dieser absurden

Situation herauszukommen, in der einerseits der Markt nicht dem Arbeitsangebot entspricht und auf der anderen Seite der größte Teil der Arbeitslosen dafür bezahlt wird, nichts zu tun.

Adel verpflichtet

Ronald Dore erscheint ein wenig skeptisch in bezug auf die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, den Auswirkungen des Marktes entgegenzuwirken. Er erinnert daran, daß in Volkswirtschaften wie denen der Vereinigten Staaten der Markt die primäre Verteilung der Einkommen bestimmt. Solange nichtqualifizierte Arbeitsplätze abnehmen und die Zahl der Arbeitsplätze, für die eine höhere Ausbildung erforderlich ist, steigt, wird der Markt weiterhin die Qualifizierung begünstigen, und die Ungleichheiten, die wir in den vom Markt gelenkten Gesellschaften beobachten, werden auch Europa erreichen.

Tocqueville - der hier erneut zitiert wird - stellte fest, daß in Europa kraft der Devise „Adel verpflichtet“ freiwillige kollektive Tätigkeiten eine Ehrensache waren, wogegen es in den Vereinigten Staaten eine Frage der Interessen war, und daß die Amerikaner sich vereinigten, um besser ihren Einzelinteressen zu dienen. „Also“, sagt Dore, „wenn unsere freiwilligen Tätigkeiten belebt werden sollen, warum erwecken wir nicht den Begriff 'Adel verpflichtet' wieder zum Leben?“

In Slowenien nach 1989 war es die Zivilgesellschaft, die einen neuen Staat hervorbrachte. Heute erlebt Slowenien jedoch einen Konflikt zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft. Dies erklärt Dimitrij Rupel, dessen Darlegungen an die Debatte des ersten runden Tisches über die Schwierigkeit der ost- und mitteleuropäischen Länder anschließen, ihre nationale Souveränität, kaum daß sie wiedergewonnen ist, zu übertragen.

„Vor 1989 unterlag Slowenien einer doppelten Belastung“, erzählt Rupel. „Es war nicht nur einem kommunistischen Regime unterworfen, sondern zudem war ihm der in Belgrad - früher in Wien! - angesiedelte Staat fremd. Der neue demokratische Staat, der ein Kind der Zivilgesellschaft ist, ist aus einer Bewegung hervorgegangen, die sich innerhalb eines Jahres bildete und in der Schriftsteller, Universitäten, der Ausschuß für den Schutz der Menschenrechte, Dichter und verschiedene Gruppierungen vereint waren. Aber dieser Staat besteht seit zu kurzer Zeit, um in geeigneter Weise zu funktionieren“, sagt Rupel. „Die Bevölkerung hat keine Bindung an diesen Staat, und die Entscheidung, der Europäischen Union beizutreten, wurde heftigst kritisiert. Sie wurde als eine Aufgabe der Souveränität und ein Verrat an den nationalen Besonderheiten und der slowenischen Sprache interpretiert.“

Ein destruktives Ergebnis

Für Szent-Ivany beinhaltet eine funktionierende Zivilgesellschaft direkte Verbindungen zu den einzelnen Bürgern, die sich verantwortlich verhalten und sich ihrer Pflichten wie ihrer Rechte bewußt sind. „Solche Menschen fehlen uns“, sagt er und erinnert daran, daß die

kommunistische Herrschaft besonders in Ungarn auf ein mehr oder weniger stillschweigendes Übereinkommen zwischen der Macht und der Bevölkerung begründet war, der im Privatleben eine bestimmte Freiheit gelassen wurde, unter der Bedingung, daß sie auf jegliche Aktivität im öffentlichen Leben verzichtete. „Die meisten Bürger haben das akzeptiert. Das Ergebnis war ausgesprochen destruktiv“, sagt Szent-Ivany, „da die neutralisierte Gesellschaft sehr egoistisch wurde und sich zersplitterte. Dieses Hindernis müssen wir jetzt überwinden, das ist die Problematik, mit der wir uns jetzt auseinandersetzen müssen.“

Wie Bagnasco sieht Pierre Kende in der Zivilgesellschaft „die Gesamtheit der Netze der lokalen und der Erwerbsgesellschaft“, bei der er sich die Frage stellt, ob sie derzeit infrapolitisch oder sogar antipolitisch sind. „Diejenigen, die sich als Zivilgesellschaft bezeichnen, sind sehr häufig antipolitisch“, sagt er und erinnert dann daran, daß es in Europa traditionell die Aufgabe der politischen Parteien war, die Zielsetzungen der Zivilgesellschaft umzusetzen und auf dieser Grundlage für ein Funktionieren der Demokratie Sorge zu tragen.

Kende interessiert sich für die Beziehungen der wie auch immer gearteten Zivilgesellschaft zur politischen Gesellschaft, da, wie er sagt, „das Problem Europa politischer Natur ist, und wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, daß die Demokratie fast überall in bezug auf ein komplexes Verhältnis zwischen der Gesellschaft und den politischen Institutionen errichtet wurde. Wenn wir an die Zukunft Europas denken, ist es sehr interessant herauszufinden, ob man eine Verbindung zwischen den Zivilgesellschaften aller Länder Europas und der europäischen politischen Gesellschaft herstellen kann.“

„Wir müssen nicht die Zivilgesellschaft fördern. Sie besteht oder sie besteht nicht, und das ist nicht unser Problem. Wir müssen jedoch die möglichen Verbindungen zwischen der Zivilgesellschaft und der europäischen politischen Gesellschaft fördern“, sagt er und beruft sich hierfür auf die Beispiele aus der jüngeren Geschichte, wo die Zivilgesellschaft in großem Umfang zum Entstehen eines Nationalbewußtseins beigetragen hat, wie in Deutschland oder in den slawischen Ländern. In dieser Perspektive würde er gerne den „*civic societies*“, von denen Norman Davies mit Unterscheidung der Zivilgesellschaft und der bürgerlichen Gesellschaft gesprochen hat, die Aufgabe übertragen, die Verbindung zwischen der Zivilgesellschaft und der europäischen Gesellschaft herzustellen.

Pathologie und Politik

Jean-Louis Bourlanges mangelt es nicht an Definitionen. So schlägt er für die Zivilgesellschaft, zumindest in Frankreich, drei Definitionen vor:

„Mitglied der Zivilgesellschaft ist“, so sagt er, „derjenige, der ins Fernsehen kommt, um Allgemeinheiten von sich zu geben, und weder Politiker noch Journalist ist“ oder auch „derjenige, der glaubt über eine politische Legitimität zu verfügen, ohne gewählt zu sein“. Diese Kategorie unterteilt er sogleich in drei Unterkategorien, die bestehen aus „denjenigen, die sich anschicken, sich

wählen zu lassen, denjenigen, die gewählt waren, und vor allem denjenigen, die aus dem einen oder anderen Grund nicht wählbar sind.“ Er ist unermüdlich und schüttelt, diesmal von Clausewitz inspiriert, die dritte Definition aus dem Ärmel: Die Zivilgesellschaft ist „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“.

„Es gibt folglich ebenso viele Manifestationen der Zivilgesellschaft wie Pathologien der Politik“, sagt er, „da die Zivilgesellschaft ab dem Augenblick existiert, ab dem die politische Gesellschaft krank ist. Anfang des 18. Jahrhunderts bedeutete die Zivilgesellschaft den Aufbau einer liberalen und demokratischen Gesellschaft gegenüber einem absolutistischen Königtum. In der jüngeren Vergangenheit war sie in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Protest gegen den Totalitarismus. Aber in der gesättigten und skeptischen westlichen Gesellschaft ist sie noch etwas anderes, das mit der besonderen Pathologie der verschiedenen Länder zusammenhängt.“

In Frankreich sprächen die Intellektuellen, die Unternehmenschefs und die Führer der Verbände und Vereinigungen im Namen der Zivilgesellschaft, und die Äußerungen aller dieser Kategorien machten ein besonderes Defizit deutlich: ein Defizit bezüglich der Analyse der politischen Gesellschaft, ein Defizit bezüglich der Verwaltung der wirtschaftlichen Gesellschaft, ein Defizit bezüglich der Moral der Politiker und des öffentlichen Lebens.

Was wirft man den Politikern im allgemeinen und den Abgeordneten im besonderen vor? „Den Politikern wirft man vor“, antwortet Bourlanges, „daß sie Vollzeit-Berufspolitiker und folglich nicht repräsentativ für die Gesellschaft sind, und den Abgeordneten wirft man vor, nur der Schatten der ausübenden Staatsgewalt zu sein, während das echte nationale und gemeinschaftliche Leben woanders stattfindet. Wie bei Platon sind es die Schatten an der Höhlenwand. Die Bürger wissen das und sagen es“, sagt Bourlanges, der abschließend feststellt, daß die Funktion der Formung und der Synthese der sozialen Forderung angezweifelt wird. Er befürchtet, daß eine Verbindung „zwischen dem Aufstieg der Zivilgesellschaft und der der sozialen Kälte besteht“.

Ideen im Keim ersticken

„Die Institutionen mögen keine Initiativen, ganz besonders nicht Initiativen, die von der Zivilgesellschaft kommen. Sie haben die Tendenz, sie zu absorbieren, und wollen alles kontrollieren“, merkt Elemer Hankiss an und führt das Beispiel der Grünen an, die als spontane Bürgerbewegung begonnen haben und dann von den Institutionen absorbiert wurden. Er erkennt an, daß neue Ideen von den Institutionen aufgenommen werden müssen, „aber nicht zu schnell, weil man sie im Keim erstickt, wenn die Kontrolle zu schnell erfolgt.“

„Allerdings“, fügt er hinzu, „kann man die Veränderung nicht aufhalten. Der Wandel der Grundwerte, der Grundwerte der europäischen jüdisch-christlichen Traditionen, ist eine Tatsache. Also werden sich die Institutionen ändern, ob man will oder nicht. Wenn die Menschen, die in Brüssel an der Macht sind, oder diejenigen, die die Nationalstaaten lenken, die Veränderungen, die

in der Zivilgesellschaft stattfinden, verfolgen würden, könnte die Entwicklung schneller vor sich gehen.“

„In der Zivilgesellschaft manifestiert sich das Interesse, das der Bürger für das öffentliche Leben aufbringt“, sagt Josef Jarab. Der tschechische Senator erklärt wie in Prag nach 1990 ehemalige Dissidenten wie Präsident Vaclav Havel die Zivilgesellschaft unterstützten, um deren Entwicklung zu fördern, während Personen wie Premierminister Klaus darin eine Art der Opposition sahen, die ihnen nicht gefiel. In der zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Debatte über die Frage, ob die Zivilgesellschaft die Pluralität der demokratischen Umgebung stärkt, antwortete Klaus verneinend. „Für Klaus“, sagt Jarab, „gibt es auf der einen Seite den Bürger als Individuum, das Teil des Marktes und Wähler ist, und auf der anderen Seite die repräsentative Demokratie. Dazwischen gibt es nichts. Es ist nicht verwunderlich“, fügt er hinzu, „daß diese Regierung der Dezentralisierung und der Regionalisierung, die beide direkt mit dem Aufblühen der Zivilgesellschaft verbunden sind, ablehnend gegenüberstand.“

Das Faß könnte überlaufen

Die letzte Anmerkung dieses runden Tisches kommt von Yves Mény: Die westlichen demokratischen Gesellschaften stützen sich auf zwei Grundpfeiler, die allgemeinen Wahlen, die das demokratische Ideal rechtfertigen, und den Konstitutionalismus, der sich vor allem nach 1945 entwickelt hat. „Dies bedeutet“, präzisiert Mény, „daß die Politik immer stärker in einem durch Normen und Verfassungsgerichte und durch die Grundrechte geprägten Rahmen stattfindet.“

„Wegen der unglücklichen Erfahrungen aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen hat sich der Konstitutionalismus überall ständig weiter entwickelt, und das ist gut“, sagt er, „aber gleichzeitig sind die eigentlich politischen Ausdrucksformen verknöchert.“ Daraus ergab sich ein Ungleichgewicht, das seiner Auffassung nach in den Vereinigten Staaten nahezu neutralisiert wurde, wo das System auf föderaler Ebene extrem konstitutionalisiert ist, aber weiterhin durch allgemeine Wahlen auf der Ebene der Staaten dominiert wird.

„Werden wir uns in Europa auf ein identisches System hin bewegen?“, fragt Mény. „Zu einem sehr starken konstitutionellen rechtlichen Überbau auf europäischer Ebene und auf der nationalen Ebene volksnahen - häufig populistischen - Bestrebungen, die im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten keine Kanäle haben, um sich auszudrücken?“ Und er schließt mit einer letzten Frage: „Was muß man tun, damit sich die volksnahen Formen stärker ausdrücken können, so daß keine Frustrationen entstehen und das Faß nicht zum Überlaufen kommt?“

5 - Warum zusammenleben?

Als er noch Präsident der Europäischen Kommission war, hatte Jacques Delors nach 1989 bei seinen Reisen in die Länder Osteuropas die Angewohnheit, bei seinen Gastgebern nachzufragen, was sie von der Europäischen Gemeinschaft erwarteten und warum sie ihr beitreten wollten. Da der Fußball überall populär ist, bekam er häufig als Antwort: „Wir möchten in der ersten Liga spielen“.

Muß man sich, trotz der Schwäche, die Delors für diesen Sport hat, wundern, daß er mit dieser Antwort nicht zufrieden war, ebenso wenig wie mit dem Fehlen von grundlegenden Überlegungen über die Probleme der Sicherheit in Europa, und dies zu einem Zeitpunkt, wo ein Wettrennen darum begann, welche der beiden Institutionen - die NATO oder die Europäische Union - die Länder des Ostens am schnellsten aufnehmen würde?

Den Stier reizen

Auf der Suche nach Ideen, die dem Europa des dritten Jahrtausends als Markenzeichen dienen können, war Delors fest entschlossen, in Athen die Vertreter Mitteleuropas zum Reden zu bringen und von ihnen Antworten auf die Frage zu hören, „warum wir zusammenleben wollen“. Um zu vermeiden, daß sie sich dem entziehen, und um der letzten Stunde des Seminars noch einmal einen besonderen Schwung zu geben, zögert er nicht, sie zu provozieren: „Welche Vorstellung haben Sie von Europa als Ganzem?“ fragt er sie und fügt unerschütterlich hinzu: „Wenn es darum geht, von der zweiten in die erste Liga aufzusteigen, lassen Sie es sein! Gestern haben Sie so viel Schlechtes über die Europäische Union gesagt, daß es sich nicht lohnt, dort mitzumachen.“

Und er bohrt noch weiter: „Wir haben Ihnen in keiner Weise als Modell gedient. Wir haben Sie nicht verstanden. Wir haben keine Lehre aus dem gezogen, was Sie getan haben. Wenn es also nur darum geht, die Liga zu wechseln, tun Sie es nicht! Suchen Sie sich einen anderen Fußballverband!“

Diese Technik führt allerdings - zur allgemeinen Zufriedenheit - zu den besten Ergebnissen. In einer Kaffeepause halten die Angesprochenen eine Minikonferenz ab, um sich miteinander abzustimmen. Gemeinsam - „und mit der Gefahr, zu enttäuschen“, wie in ihrem Namen Stéfan Tafrov sagt - geben sie eine Antwort, die banal erscheinen mag: „Die Gründe, aus denen wir der Europäischen Union beitreten möchten, sind die wirtschaftlichen und kulturellen Gründe, aus denen der Gemeinsame Markt geschaffen und über viele Jahre hinweg am Leben erhalten wurde.“ Die individuell gegebenen Erklärungen sind jedoch von größerem Interesse.

Ein europäischer Traum

Vom spezifisch bulgarischen Standpunkt aus zählt Tafrov die folgenden Punkte auf:

- „Die Erhaltung des Friedens und die Versöhnung zwischen den Balkanstaaten. Ein Prozeß, der begleitet werden muß“, sagt er, „wie dies bei der deutsch-französischen Aussöhnung nach dem Krieg der Fall war.“
- „Das Verschwinden der traditionellen Politik der Großmächte und des Systems der Vetternwirtschaft, das in unserer Region eine der Ursachen für unser Unglück und unseren schlechten Ruf war.“
- „Der Antrieb für unsere eigene innere Wirtschaftsreform. Das Bestehen der Europäischen Union hilft uns schon an sich, sehr schwierige und für die Bevölkerung schmerzhaft Reformen erfolgreich durchzuführen.“

„Wir bedauern das Fehlen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, und die atlantische Allianz bleibt für uns mit unseren Sicherheitsproblemen die realistischste Möglichkeit“, sagt Tafrov, für den das europäische Vorhaben letztlich nicht ausschließlich politisch oder wirtschaftlich oder kulturell sein kann. „Die europäische Identität könnte sich rund um einen *European dream* verwirklichen, wie sich die Vereinigten Staaten rund um einen *American dream* geschaffen haben. Und unsere Länder, die derzeit Beitrittskandidaten sind, dürfen bei der Entwicklung eines solchen Traums, wie ich glaube, nicht Objekte, sondern müssen Akteure sein.“

Szent-Ivany zeigt sich darüber erstaunt, daß die Frage, die Delors den Ländern des Ostens gestellt hat, seinerzeit nicht Österreich, Schweden und Finnland gestellt worden sei. Aber Delors klärt ihn auf, daß er sich hier irrt: „Ich habe sie gestellt“, bestätigt er, „und ich stelle sie noch: Warum seid ihr beigetreten, wenn ihr keine gemeinsame Außenpolitik wollt? In der Kommission haben wir dieser Flucht nach vorn widerstanden. Nicht weil wir zu zwölf bleiben wollten, sondern weil wir eine Antwort auf die Frage wollten, was wir zusammen tun wollen. Und was Spanien und Portugal betrifft, so haben sie sieben Jahre gewartet, haben sich sorgfältig vorbereitet und ihr Beitrag zum Aufbau Europas war ausgesprochen bemerkenswert.“

Szent-Ivany stellt kurz die Gründe vor, weshalb Ungarn der Union beitreten möchte:

- Eine politische Ambition: „Wir wollen“, sagt er, „das Erbe des Kalten Krieges hinter uns lassen, und da wir die gleichen Werte und die gleichen Traditionen miteinander teilen, auch an den Entscheidungen teilhaben.“
- Die wirtschaftliche Logik: Ungarn, das 70 % seines Handels mit der Europäischen Union abwickelt, braucht freien Zugang zum Markt für neue Technologien und Investitionen. Jede vom Rat oder von der Kommission getroffene Entscheidung hat Folgen für die ungarische Wirtschaft. „Wie kann man“, so Szent-Ivany, „in einer so engen Verbindung stehen und nicht an der Entscheidung teilhaben?“

Die Selbstachtung

Zu diesen Gründen allgemeiner Art fügt Elemer Hankiss einige andere Motivationen hinzu:

„Wir wollen unsere Selbstachtung wiedergewinnen“, sagt er. „In den letzten 50 Jahren haben unsere Gesellschaften zu viele Fehler begangen, zu viele Niederlagen erlitten und zu häufig ein Gefühl der Frustration erfahren. Wir haben mit dem Sinn für die Werte einen Teil unserer Menschenwürde verloren. In der Union könnten wir unsere Selbstachtung wesentlich schneller wiederfinden.“

Der Wunsch, an dem größten politischen und wirtschaftlichen Projekt mitzuwirken, das seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurde.

„Ungarn ist ein kleines Land, man wird sich kein Gehör verschaffen, wenn man sich auf Ungarisch zu Wort meldet“, stellt er fest. „Wir haben viele gute Ideen, die wir mit Ihnen teilen möchten. Wir denken, daß das europäische Modell das beste für die Lösung der komplexen Probleme der Wirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit ist. Wir möchten unseren Beitrag dazu leisten, daß Europa wieder die zentrale Rolle spielt, die es an Amerika abgegeben hat, und daß es wieder der Ursprung für neue Vorgehensweisen und neue Ideen für die ganze Welt wird.“

Was ist gut, was ist böse? Wie können wir dem Tod ins Auge sehen? Was ist Toleranz? „Die europäische Zivilisation muß wieder Antworten auf diese komplexen Fragen finden“, fährt Hankiss fort. „Ein Nationalstaat allein kann nicht viel ausrichten. Ein Kontinent wie Europa verfügt bereits über wesentlich mehr Möglichkeiten.“

Eine Frage des Ehrgeizes

„Ein Land, das der Union beitreten möchte, ist wie ein junger Mensch, der auf die Universität gehen möchte. Es ist eine Frage des Ehrgeizes“, sagt Dimitrij Rupnik, für den sein Land, das 80 % seines Handels mit der Union betreibt, anders nicht überleben könnte. Nicht nur der wirtschaftliche Austausch, so unterstreicht er, sondern auch der intellektuelle Austausch - die Philosophie, die Literatur, die Musik -, „alles kommt aus Europa zu uns, deshalb muß Slowenien an das angebunden werden, zu dem es gehört. Und damit man in 50 Jahren noch Slowenisch spricht, müssen wir Englisch und Französisch lernen. Ohne die Kenntnis anderer Sprachen werden wir unsere nationale Identität nicht wahren.“

„Für uns ist die Rückkehr nach Europa eine menschliche und kulturelle Reaktion der Selbstverteidigung“, so Josef Jarab, der die von den mittel- und osteuropäischen Ländern erfahrene Notwendigkeit der Bildung hervorhebt. „Es ist sehr wichtig, daß die Europäische Union das Tempus- oder das Sokratesprogramm anbietet“, sagt er. „Die Mobilität muß Eingang in die Erziehung finden. Es geht nicht nur darum, die Vergangenheit zu studieren. Kultur und Märkte, das brauchen wir.“

Im Januar 1990 wurde in der Tschechoslowakei die erste Meinungsumfrage darüber durchgeführt, wie die Öffentlichkeit die Zukunft des Landes sieht: 95 % der Bürger erklärten sich für einen entschiedenen Übergang zu einem offenen und demokratischen Gesellschaftssystem. „Es gibt folglich keine Alternative zu einem Beitritt zur Europäischen Union, jede andere Politik würde als illegitim angesehen“, sagt Ivan Gabal und erinnert daran, daß die Wähler in der Slowakei die Regierung, die diesen Prozeß umkehren wollte, zum Sturz gebracht und sie durch eine andere ersetzt haben, die dem Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO positiv gegenübersteht.

Vollwertiges

Mitglied

Auf die Frage „Warum wollen wir so sehr Mitglieder der NATO werden?“ antwortet Gabal: „Weil es die einzige Art und Weise ist, um ein vollwertiges Mitglied Westeuropas zu werden, und weil es das einzige Mittel ist, es für die gemeinsame Sicherheit und unsere Verteidigung zu interessieren.“

„Die Geschichte hat gezeigt, daß die bilateralen Beziehungen und die Abkommen mit Frankreich und Großbritannien zu nichts dienen“, fügt er hinzu. „Andererseits verfolgen wir sehr aufmerksam, was im ehemaligen Jugoslawien vor sich geht, wo eine militärische Intervention möglich sein muß. Hierzu ist die NATO als einzige in der Lage.“

„Was können wir der Europäischen Union bringen?“, fährt Gabal fort. „Sicherlich zahlreiche negative Erfahrungen, die wir während der Zeit, in der wir nicht mehr zur großen europäischen Familie gehörten, gemacht haben, aber auch Märkte mit einem hohen Gewinnpotential.“

„In der Union gibt es eine bestimmte Form von Gleichgewicht, das man woanders, wie z.B. in den Vereinigten Staaten, nicht findet“, führt Mouzelis aus, der sich für eine Verbesserung und eine Weiterentwicklung dieses Gleichgewichts ausspricht. Da sein Land bereits Mitglied der Union ist, erklärt der griechische Soziologe, warum er es als positiv erachtet, daß Griechenland dazu gehört, und faßt dies in folgender Formel zusammen: „Die Formen des europäischen Kapitalismus sind humaner als der amerikanische Kapitalismus und demokratischer als der asiatische Kapitalismus“.

„Mit der Aufstellung solcher Vergleiche“, fügt er hinzu, „können wir unsere gemeinsamen Interessen deutlich machen. Und auf dieser Basis gemeinsamer Interessen - mehr als auf den gemeinsamen Werten - sollten wir unsere europäische Identität aufbauen.“

„Da wir auf der Suche nach der europäischen Identität sind“, merkt Constantin Vgenopoulos, der Leiter des griechischen Zentrums für Europäische Studien (EKEM) an, „wäre es sinnvoll, uns zumindest zwei grundlegende Elemente ins Gedächtnis zu rufen, die die Amerikaner gegenüber den Europäern bevorteilt haben: Das erste ist die Größe des Binnenmarktes, das zweite ist die Tatsache, daß es sich bei ihrer Währung um eine Reservewährung handelt. Ist das nicht für uns überzeugte Europäer eine deutliche Botschaft?“

Bourlanges antwortet ebenfalls als Bürger eines Staates, der bereits Mitglied der Europäischen Union ist. Er verweist darauf, daß Delors' Frage in Wirklichkeit aus zwei Teilen

besteht: „Haben Sie Interesse daran, in die Union einzutreten?“ und „Was wollen Sie zusammen tun?“. „Bei der letzten Erweiterung hat man gesehen“, sagt er, „was es gekostet hat, nur die erste Frage zu stellen. Die Schweden hatten z.B. volles Interesse daran, der Union beizutreten, und gleichzeitig, sobald sie dazugehörten, den brennenden Wunsch, daß die Union nichts tut, und sie haben beide Ziele größtenteils erreicht.“

Seine Aufmerksamkeit gilt dem zweiten Teil der Frage. „Von Anfang an“, merkt er an, „ist der Aufbau Europas nicht nur ein Instrument im Dienste von in gewisser Weise externen Zielen. Er ist ein Ziel an sich: dies bedeutet, Verfahren, Institutionen zu errichten, den Dialog an die Stelle der Konfrontation zu setzen und die europäischen Ratsversammlungen an die Stelle von klassischen Machtspielen, die nur zu Elend und Zerstörung geführt haben. Der Aufbau Europas, bei dem der Weg und das Ziel miteinander vermengt werden, ist genauso barock wie die Skulpturen von Bernini, für den der Mensch niemals so sehr er selbst ist, wie wenn er sich fortbewegt.“

Die Gefahr der Leere

„Hier liegt die Gefahr“, sagt Bourlanges, „die Gefahr der Leere. Wozu dient es, wird man sagen, da die Idee des Friedens immer mehr - zumindest im Westen - als ein definitiver Besitzstand angesehen wird, der nicht mehr konsolidiert werden muß? Da das mit einer bestimmten Destabilisierung der Verfahren zugunsten von informellen Logiken zusammengeht, gibt es gleichzeitig ein gewisses Vakuum im Bereich der Ziele und eine gewisse Lockerung im Bereich der Verfahren.“

Bourlanges ist allerdings der Auffassung, daß drei Dinge weiterhin den Pakt begründen:

- Die Funktion des Austausches, zusammen mit einer Reihe von gemeinsamen Werten: ein rechtlich organisiertes System, dessen Ziel es ist, die Gleichheit der Hersteller gegenüber der Konkurrenz, die Sicherheit der Verbraucher und die Solidarität der Arbeitnehmer zu gewährleisten.

Die Funktion des Teilens, die heute die Tendenz hat, alle anderen zu ersetzen, und für die es erforderlich ist, das Teilen als ein Ziel der gemeinsamen Politik und das Teilen innerhalb jedes Mitgliedlandes miteinander zu vereinbaren, wobei die Frage ist: „Was müssen wir auf europäischer Ebene zusammen tun, das nicht jeder bei sich, in seinem jeweiligen Land tun kann?“

Die Logik der Macht, die mit zwei Versuchungen verbunden ist: Die erste, sehr französische Versuchung, ist die der „Macht Europa“, mit der Vorstellung, dank Europa das zu tun, was Frankreich nicht mehr alleine zu tun imstande ist, d.h. in der Geschichte zu glänzen. „Absurd“, sagt Bourlanges, für den man Europa weder nach dem Modell der Nationalstaaten noch in einem System der Opposition zu den Vereinigten Staaten errichten wird, sondern in Form einer Partnerschaft, was er als „schwierig aufzubauen, aber von wesentlicher Bedeutung“ ansieht.

Die zweite Versuchung besteht darin, Trennungen vorzunehmen: Europa für die Wirtschaft, die Gesellschaft, die sozialen Wohltaten und die atlantische Allianz für die Machtverhältnisse. „Wenn wir von diesen Grundlagen ausgehen“, sagt Bourlanges, „verkennen wir unser grundlegendes Ziel, das

nicht darin besteht, Zugang zur Macht zu bekommen, sondern zur Präsenz, indem wir unseren Teil der Verantwortung in einer neuen Partnerschaft übernehmen.“

Und Bourlanges schließt mit der Idee eines institutionellen Paktes zwischen den Mitgliedsländern, der auf drei Dingen beruht:

- der Begrenzung der Macht der Staaten durch das Recht,
- der Mäßigung der demokratischen Leidenschaften durch die Vernunft,
- der Berücksichtigung der Interessen des anderen durch die Verteidigung der persönlichen Interessen.

Die erste

Liga

„Europa muß gleichgesetzt werden mit den besten Spielern, muß im Wettbewerb sein und sich verteidigen, es muß in der ersten Liga spielen“, sagt Norman Davies, dem diese Metapher aus der Welt des Fußballs gefällt. In diesem Prozeß ist die Erweiterung für ihn eine Sache von wesentlicher Bedeutung. Wobei allerdings eine Lösung für die Konkurrenz zwischen Vertiefung und Erweiterung gefunden werden muß.

Davies befürchtet, daß man sich in dieser Hinsicht für die falschen Prioritäten entschieden hat. „Langfristig“, sagt er, „wird die Erweiterung beträchtliche Vorteile bringen, kurzfristig muß man wissen, wer die Kosten tragen wird. Es wäre katastrophal, wenn man sie größtenteils von den armen Ländern Afrikas bezahlen lassen würde.“ Davies erachtet es als „unrealistisch, immer höhere Mauern um die Union zu bauen und zu erwarten, daß die beitragswilligen Länder immer höher steigen.“ „Ein Kompromiß“, bestätigt er, „ist erforderlich zwischen dem Erreichten und der Fähigkeit der Bewerber, den europäischen Anforderungen zu entsprechen.“

Schlußfolgerung

Aus dieser Konfrontation zwischen West- und Mitteleuropa und allen hitzigen Diskussionen, die sie bereichert haben, zieht Jacques Delors die Schlußfolgerungen und macht eine erste Zusammenfassung all dessen, was sich in einem „gemeinsamen Topf“ befinden kann. Aber zuvor erklärt er, daß er folgende beiden zentralen Botschaften des Ostens erhalten hat:

- 1/ Westeuropa hat nicht als Modell gedient, weder auf der Ebene der wirtschaftlichen Übergangs, auf der das angelsächsische Modell dominierend war, noch auf der des politischen Übergangs.
- 2/ Es hat sich weder für die Erfahrung des Ostens interessiert, noch dafür, was ihm diese Länder nach dem Ende des sowjetischen Kommunismus zu bieten hatten.

Er mildert den Inhalt der ersten Botschaft jedoch dadurch ab, daß er daran erinnert, daß es die Europäische Union war, die ab 1989 die Hilfen für die Länder Ost- und Mitteleuropas koordiniert und die den größten Teil der internationalen Hilfe erbracht hat. Er verweist ebenfalls auf die beträchtlichen Anstrengungen der Bewerberländer im Laufe des eingeleiteten Beitrittsprozesses zur Harmonisierung ihrer wirtschaftlichen Rechtsvorschriften mit denen der Europäischen Union und die Vorbereitung ihrer Volkswirtschaften auf den Gemeinsamen Markt.

Delors sieht - im Osten wie im Westen - in der europäischen Stadt „ein Schlüsselement unserer Zivilisation und unserer Identität“. Ist es die Handelsstadt, die Stadt als Kulturraum, ist es die Stadt als strukturierendes Element der europäischen Raumordnung oder auch die Stadt, die die Verbindung schafft zwischen dem Markt und dem Staat? „Hierin liegt“, so merkt er an, „Stoff für umfassende Überlegungen über die Besonderheit Europas.“

Die Zivilgesellschaft sei weder die Staatsgesellschaft noch die Marktgesellschaft. Diese Anmerkung gelte für den Osten ebenso wie für den Westen, wo die Aktivität in Vereinigungen und die Bürgerbeteiligung nicht frei von Ambiguität seien. Dies geht aus der Debatte hervor und bietet Delors die Gelegenheit, zwei Fragen zu stellen: „Kann die Zivilgesellschaft Mitgründerin eines neuen Entwicklungsmodells sein? Kann sie wieder ein Bürgernetz errichten?“

In bezug auf die Krise des Nationalstaates stellt Delors nahezu allgemeine Übereinstimmung fest, aber angesichts der Herausforderung der Globalisierung nehme man unterschiedliche Positionen ein, indem man sich frage, ob das vereinte Europa die am besten geeignete Form sei oder ob die Nation nicht das wesentliche Element des sozialen Zusammenhalts für den Zusammenschluß der Bürger bleibe.

„Aufgrund ihrer Entfernung und ihrer Größe“, sagt er, „wird die Europäische Union nie auf den sozialen Zusammenhalt hinwirken können.“ Daher seine persönliche Wahl für ein „Europa als eine Föderation von Nationalstaaten, in der das Gefühl der Zugehörigkeit zur Nation dazu führt, daß die Bürger dem Rausch der Globalisierung entkommen“.

Für Delors müßte eine europäische sozioökonomische Ordnung über das sozialdemokratische Modell hinausgehen, das Schweden, die Bundesrepublik Deutschland und zu seiner Zeit Großbritannien so wie heute die Niederlande und Dänemark - jedes Land auf seine Weise - belegt haben. Welche Zukunft soll man für ein europäisches Modell ins Auge fassen? Delors stellt fest, daß die Ansichten geteilt sind. Einige seien der Auffassung, daß es, wenn man es anpaßt, erhalten werden kann, aber andere glaubten nicht, daß es dem Druck der Globalisierung widerstehen könne, ohne Kompromisse einzugehen, die es verfälschen würden.

Tödliche Nostalgien

Bevor er zum Schluß kommt, erinnert Delors an einige der „Marksteine“, die für ihn unverrückbar den Weg Europas kennzeichnen:

- Der erste ist „das Europa des Ideals und das Europa der Notwendigkeit“. Mehr als unsere Führer quäle ihn „die Tatsache, daß Europa noch nicht zwischen dem Überleben und dem Niedergang gewählt hat“.
- Der zweite zeigt die Auswirkungen der Vergangenheitsnostalgie auf das Verhalten der großen europäischen Nationen. Was, wie Delors anmerkt, die Verwirklichung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik selbst bei denen, die sie fordern, verhindert, und er bestätigt: „Diese Nostalgie ist tödlich für Europa, denn sie berücksichtigt die neuen Kräfteverhältnisse nicht. Um sich mit der Welt zu befassen, so wie sie ist, findet man weder eine objektive wissenschaftliche Analyse noch die Bescheidenheit, die dafür erforderlich wären.“
- Über den dritten Markstein, den des Friedens, sei alles gesagt, und Delors macht hierzu keine weiteren Anmerkungen.
- Er hebt aber den vierten hervor, den „Familiensinn“, der beinhaltet, daß „es genauso wichtig ist, wenn Luxemburg spricht, wie wenn Deutschland, Großbritannien oder Frankreich sprechen.“ Darin sieht Delors „eine sehr wichtige Lehre, vielleicht die positivste, die von der Europäischen Union erteilt wurde“. Er betrachtet diesen Familiensinn als wesentlichen Faktor für das Funktionieren der Institutionen und fordert, daß das Europäische Parlament und die Kommission diese Ausrichtung kultivieren, da „ohne ihn, nichts erreicht werden kann“.
- Was den fünften Markstein betrifft, das Gesellschaftsmodell, schlägt er vor, daß Europa der Kontinent des Gleichgewichts sein sollte. „Veränderungen sind sicherlich erforderlich ebenso wie Anpassungsfähigkeit, ohne sich zu verleugnen“, sagt er, unterstreicht dabei aber, daß sich in Europa „im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, das Individuum nicht zu Lasten der Gesellschaft entwickelt, und im Gegensatz zu Japan, die Gesellschaft nicht das Individuum erdrückt“.
- Den letzten Markstein belegt Delors mit dem Begriff „Streben“ für ein Europa, das er gleichzeitig als mächtig und als großzügig einordnet. „Und das nicht“, sagt er, „um den Traum der französischen Nation von der Macht fortzusetzen, sondern weil Europa über alle Trümpfe verfügt.“

Er bedauert allerdings, daß Europa diese Trümpfe, anstatt sie zusammen in einer Hand zu halten, je nach Lage zwischen diesem und jenem Staatschef oder zwischen den Wirtschaftsverantwortlichen und den Verantwortlichen der Zentralbank aufteilt. „Ganz zu schweigen von einer Armee oder von Verteidigung“, ruft er aus, „wie wollen Sie, daß dieses Europa, das nicht alle Trümpfe in einer Hand hält, vorgeben kann, auch nur eine einfache außenpolitische Maßnahme durchzuführen?“

Eine Anmerkung, die eine gewisse Ernüchterung deutlich werden läßt, was ihn allerdings nicht daran hindert, in einer optimistischeren Weise mit dem Hinweis auf Stefan Zweig und der Aufforderung zu enden, „den Kräften des Geistes und der Vernunft zu vertrauen und die intellektuelle Welt wieder in die politische und bürgerliche Debatte einzubringen“.

ANNEX 1

THE EUROPEANS' EUROPE

by Henri MENDRAS¹

¹ **Summary** of the book published by Gallimard, Folio collection, 1997

Introduction: the two Europes

The idea of a Europe stretching from the Atlantic to the Urals is a historical illusion. We will therefore distinguish between western Europe and the Other Europe. The dividing line runs precisely along the 1948 Iron Curtain, with the exception of two "errors of history" – East Germany and Bohemia, which are part of western Europe.

Four traits mark out this "European West" from the Other Europe.

1. Evangelical individualism

Western individualism is rooted mainly in: **a)** the biblical message that every creature's salvation comes from the Creator alone, and **b)** Roman law, the most individualistic body of legislation ever enacted, as regards both personal law and property law. This radical individualism took thousands of years to permeate western society. It was an ideological upheaval of unimaginable magnitude, clashing as it did with the principle common to all known civilisations, whereby the group takes precedence over the individual. And it set western Europe apart from all other cultures, including those of the Other Europe, where individuals are first and foremost members of a society.

2. Peasants and nations

Western Europe was populated by sedentary peasants from at least the 12th century onwards. The serf was "bound to the soil", which he could not leave without his master's permission. The agrarian history of the Other Europe is very different.

A clear distinction can be drawn between:

- the stable and individualistic farming communities of western Europe, and
- the farming communities of the Other Europe, ruled both by the boyars and by a collective tradition of individual submission to the laws of village and "undivided family".

The concept of nationhood is closely linked to that of the stable farming community. It derives from a conjunction of people, language and land. The concept of natural borders which is such an essential component of French national ideology stems directly from the culture of the sedentary peasant farmers. The State, whatever form it has taken in the various western European countries, has always identified itself with the nation. The Other Europe, in contrast, has an imperial tradition: it has no history of nationhood, despite the nationalist movements which emerged during the 19th century. While the concept of nationhood has been and remains dear to the peoples of eastern Europe, the diverse and geographically heterogeneous ethnic make-up of the region has always prevented them from putting it into practice.

3. The city, capitalism and industry

In the teachings of the bible, two precepts found the separation of the worldly from the divine, the political from the religious sphere: "Ye cannot serve God and mammon" and "Render unto Caesar the things which are Caesar's". These two commands are at the root of the distinction between economics, politics and religion. A trichotomy unknown in most civilisations, and in particular in the Other Europe, where politics has never been divorced from religion and economics.

Against this background, the novel idea that capital should be exploited to increase production, together with the legitimacy enjoyed by the bourgeoisie, ushered in western capitalism. And with the subsequent marriage of science and technology, industrial society was born.

The Other Europe, on the other hand (with the exception of Bohemia, which an "error of history" had placed on the other side of the Iron Curtain in 1948), still had no industrial base in 1939.

4. The rule of the majority

That half the population plus one should rule with the consent of the other half minus one is a bizarre arrangement that has never been legitimated outside western Europe (and for the past century, by contagion, the United States).

In contrast, the Other Europe has never known anything but unanimity: in the *mir*, the refusal of one head of a family was enough to block a joint decision. As this principle of unanimity is hard to maintain within larger units, the Other Europe has always been torn between rule by unanimity and anarchy. The idea that a majority should confer the

legitimacy to rule is not merely an intellectual abstraction. It rests on a particular view of the world and of others, on trust in a society founded on the rule of law and the conviction that the State stands guarantor for the minority. This subtle ideological construct of centuries of legal wisdom cannot be transplanted from one civilisation to another like a turnkey factory. All the democracies of the Other Europe (except the Czechs) gave in to authoritarian rule before 1939, confounding the Allies' unthinking assumption that a few Paris-groomed politicians would suffice to run elections, political parties and democratic governments. "A charming naïveté not entirely without currency today, three-quarters of a century later".

Individualism, capitalism, the nation-State and majority rule are not isolated characteristics but essential properties which combine to form a "model". Nationhood and democracy imply a free citizenry; capitalism needs entrepreneurs and the rule of law.

No one element could exist without the others, and their conjunction is unique to western Europe. No one should be under the illusion that such profound differences between two models of civilisation could simply disappear with the fall of the Berlin wall.

II. A western European model

A western European "model" has thus developed around certain key concepts: an individualistic view of mankind; a distinction between three sources of legitimacy (religion, economics and politics); the importance of capital; the marriage of science and technology; contractual ties; the rule of law; and the right of ownership.

Is this model now moving towards greater uniformity or, on the contrary, will the new resources available to our societies encourage variety? We would support the second thesis: western society has become more flexible; its various components have gained greater freedom in relation to one another, resulting in greater complexity.

1. The religious heritage

It may seem at times that we are entering a period of total dechristianisation, the secularisation of society being the inevitable corollary of modernity. In reality, the situation

is more complex. There were four facets to religion in the established faiths: the expression of individual identity, the continuity of culture within a doctrine and learning, ethical principles and an emotional experience. That system has broken down. Today faith is possible without reference to a doctrinal tradition, and ethics without faith. Emotional experience is paramount and the sources of identity are undergoing a process of fragmentation.

People can construct their own religious memory and "believe" without necessarily "belonging" to a church. This is the culmination of the individualisation of religion that began with the Protestant Reformation. But it would be a grave mistake to think that this trend is isolating believers within their own personal rites. What has changed is that belonging has become a matter of choice, where once it was determined by birth. Witness the proliferation of spiritual groups (such as the free, Pentecostal and charismatic churches), reflecting what Lévi Strauss called the "revolt against meaninglessness" on a grand scale, with each seeking to recover a lost unity between body and mind, mankind and nature.

2. The advances of individualism and moral convergence

Of their Christian heritage, the people of western Europe retained the basis of a shared individual and individualistic ethic. That common core remains in every population, region and section of society.

a) Family and work remain the dominant values. A happy family is the foremost aspiration of the European, whether within or outside the institution of marriage. Opinions on sexuality and the couple are highly diverse and often surprising. The Spanish, for instance, still have a traditional family structure but are also the leading proponents of unrestricted sexual freedom. The Scandinavians and Irish are those most in favour of abortion if the number of children is deemed sufficient... 60% of the Spanish population accepts the principle of single motherhood, compared with just 25% of Swedes... Work comes a close second after the family in the scale of values, but again with marked variations. The French are the most attached to their work, while in Germany and Britain one in five view it as not particularly important. These findings suggest that the Germans are best prepared for a world where work no longer takes up a person's entire life and working time varies with age and economic trends. The French and Spanish, on the other hand, would seem the least prepared for such changes.

b) Interest in politics varies greatly, from Belgium, where only 45% of the population claim to discuss politics from time to time, to Germany, where the figure is 85%. Political militants are generally a rare breed (5% on average, except in the Netherlands, where the figure is 10%) but non-institutional participation (in the form of petitions, strikes, boycotts, demonstrations, etc.) is growing. Direct participation would appear to have risen from 16% to 24% since 1973. It should be noted that the French are the most politically active (direct participation: 32%).

c) Regions and nations. Discrepancies are much more pronounced at regional level. Paradoxically, surveys have shown that the English and German cultures are comparatively homogeneous, although the two countries have both Catholic and Protestant communities and one of them is a federal State. Centralised, republican France, on the other hand, is almost as diverse as Italy. In terms of values, the most traditional regions are the southernmost Italy, Ireland, Extremadura and southern Portugal. England (with the exception of London) and Scotland are relatively traditionalist, while Germany (Bavaria excepted) and the Netherlands are modernist. Norway is more wedded to traditional values than Denmark and Sweden, while France and Belgium present sharp contrasts. These differences cannot be explained by religious tradition alone: Puglia, for instance, is more "modern" than left-wing Wallonia.

d) Individualism and permissiveness. Two forms of individualism may be distinguished. The pessimistic (or "particularist") variant is the self-seeking individualism that erodes the social fabric. The optimistic (or "universalist") variant upholds the principle of equal human dignity for all. Individualism may be thus seen as an attack on or an integral part of community. The contrast is particularly marked in Europe, where the degree of civic-mindedness varies from 20% to 45%. The most "civic" Europeans are the Irish, the Italians and the Scandinavians, while the French, Belgians and Germans rank lowest.

Scandinavia clearly has a universalist culture. Individual responsibility is valued, but so is moral responsibility based on respect for the rules of community life. Conversely, the French, Belgians, Portuguese and Spanish are "uncivic" individualists. There is no sign of convergence in the way the two strains of individualism are developing. But modern individualism is not necessarily more self-serving. Trade union membership may have fallen from 13% to 10%, but participation in cultural associations has shot up from 6% to 10%, which would seem to indicate that the Europeans are moving away from institutionalised activities towards groups which meet their individual needs.

3. Family and kinship

Emmanuel Todd makes a distinction between the models of the '**undivided family**', where all the brothers remain under the same roof subject to the authority of the patriarch, the '**stem family**', where only one child receives the full estate, and the '**nuclear family**', where the parents divide their belongings among their children. The first form is widespread in the Other Europe (with the exception of Poland), while the other two are characteristic of western Europe. Todd also demonstrates that each family structure corresponds to a particular world view (contrasting the differentialist ideology of Germany, where the stem family predominates, with the universalist ideology of France, where the dominant model is the nuclear family in which all the brothers are equal).

If we accept that differing family structures breed differing views of the world, the question is whether the current changes in these structures will overturn the most deeply held beliefs or whether these ideologies are sufficiently autonomous to survive the breakdown of the family unit. One thing is certain: the differences between family models have grown considerably more stark over the past 30 years. 30 years ago, 2.5 children per family was the average in almost all countries. Two-children families are now widespread in northern Europe and France. In northern Italy and Spain and southern Germany, however, the only child has become the rule. In other words, the gap is widening between those countries where population levels remain stable and the others.

The fall in the birth rate cannot be ascribed to any single factor. Neither religion (birth rates are low in Spain and Italy) nor female employment rates (Liguria has both the lowest female employment rate and the lowest birth rate in Europe) provide a satisfactory explanation.

Up to the 1970s, family structures seemed unassailable, despite changing values and growing prosperity. Young people in western Europe were breaking with a long tradition of late marriage by tying the knot increasingly early, and the numbers of single people, births out of wedlock and common law marriages were declining and confined to the margins of society. At the time, these trends could be seen as a sign of a convergence of social values: for the first time, the whole of western Europe was conforming to the Christian model of the family. But then, at the start of the 1970s, the 1968 protest movement suddenly began to spread. What had seemed a limited rebellion in fact shook one of the fundamental institutions of Christianity to its very foundations. The average age for marrying again rose above 26 in all western European countries, whereas nowhere in the Other Europe does it top 24. Substantial variations emerged in the number of births

out of wedlock, from 50% in Sweden to 35% in France and 15% in Germany. Lone person households grew to account for 40% of the total in West Germany and Sweden, and 27% in France. Diversity in family structures increased: singles and single mothers, unmarried couples living together, blended stepfamilies, etc. If blended stepfamilies were to become the majority, continental Europe would experience a major transformation in its kinship system, moving closer to the British model, which places the individual first.

However, as the family unit grows weaker, so the extended family is gaining in importance. Increased life expectancy has added a generation to all families, and the family network has come to play a fundamental role in the redistribution of services, income and estates. 75% of married Europeans live less than 20 km away from their parents, and there is an increasing tendency to draw on the extended family as a source of memories, identity, social ties and economic and moral support.

The only exceptions are Germany (where the Nazi era caused a rift between the generations) and the United Kingdom (where the extended family is not regarded as very important outside aristocratic circles). The family is increasingly fulfilling an economic support role. But the relationship between the generations is now reversed: instead of children taking care of their elders, parents are helping their children. Families are shouldering some of the responsibilities of a welfare State in crisis. Nevertheless, while family ties have not necessarily loosened, they have changed. The individual is no longer subject to the institution; instead the latter must serve the individual. The family unit is expected to provide individual happiness, and one that does not can be replaced. Relationships that were once governed by clear rules have now become elective: everyone chooses how and with whom from among the extended family to forge ties.

4. Yesterday, classes and social strata...

The triumph of the middle classes has confounded Marxist theory, replacing it with the theory of a pyramid of social strata. In all western European countries, the remarkable demographic and economic boom of the 1950s and 1960s radically altered employment and career structures and generated a high degree of social mobility. Social background became a less significant factor in the choice of a partner than educational attainment. In other words, economic and social background is losing importance, and education is becoming crucial. Now that broad social groupings have ceased to form the basis of western European society, the individual is released from the confines of those limited, coherent worlds. Working-class, bourgeois and popular culture are no longer there to provide sure models of behaviour and moral standards. But while social structures have

become more flexible, everywhere the social advancement that accompanied the post-war boom is slowing.

5. Tomorrow, divisions and networking?

a) The emergence and formalisation of "**age groups**" is the most radical change to have affected western societies in the last 50 years. The phenomenon has brought about an upheaval in social structures comparable with the emergence of class as industrial societies developed in the 19th century. Young people used to be "young adults", rather than "young people" as opposed to adults. They would begin work, marry and set up their own home in one step. They left their parents to get married once they were able to earn a living – instantly propelled into adulthood. Today the transition to adulthood stretches over around 10 years and can take very diverse forms from one European country to another, from the Mediterranean countries, where young people stay with their parents until they marry, to the French and Nordic model, where they leave the family home as quickly as possible, even before completing their studies, to live among their own peer group. At the other end of the age scale, increased life expectancy has generated the "third age" – a new social category which is the antithesis of the hard-working, productivity-minded post-war society, enjoying total leisure, good health and a steady income.

b) **Gender equality** in education is now established in almost all countries. Everywhere, a majority of both men and women think that a woman is entitled to work if she wishes (20 years ago, a majority believed that women should work only if they had to). However, while women account for 40% of the European workforce, they are still paid 23% to 35% less than men. Here again, several models can be identified. In the United Kingdom and the Netherlands, the female employment rate is low, gender pay differentials are pronounced and a large proportion of women work part-time and give up their job when they have children. This is in sharp contrast to Denmark, where employment rates and pay levels are virtually equivalent to those of men. It is worth noting that in all countries, marriage improves men's career prospects but harms women's.

c) The breakdown of the class system and the increase in average incomes may give an impression of growing equality. But new, more subtle forms of inequality are emerging. Information, for instance, has become essential to access the best school or hospital. Social segregation in the inner cities has increased in all countries. And a dangerous trend towards crystallisation can be observed at both extremes of the social scale: ever more stigma is attached to poverty, and the elite is demonstrating an unfortunate tendency towards isolationism. Poverty was once a largely hereditary

phenomenon affecting sections of both the urban and the rural population. Today it is mainly the culmination of a process of social exclusion: the "slide" into poverty follows a personal crisis such as unemployment, an accident or divorce. With the risk that this "new poverty" might again become hereditary, generating a new "underclass". And in all countries there is a correlation between occupational instability and marital instability, although it is impossible to determine which of the two is the causal factor of the other. But how this inequality is experienced varies markedly. In France, work is so important that unemployed people feel diminished. They become isolated from their family, colleagues and neighbours. In the United Kingdom, the strength of the working-class and local communities, the importance of such "institutions" as the pub, and the lesser value attached to work enable the unemployed to maintain and indeed extend their social network, through ties formed on the dole. The image of poverty also varies from one country to another. 10 years ago, the French used to think that the poor had only themselves to blame. But the tide of public opinion has turned, and poverty is now seen as a social ill for which individuals cannot be held responsible. Hence the concept of "national solidarity". Conversely, the British favour spurring the poor on to action and avoiding the snare of welfare dependency.

Three models of poverty coexist:

- **the integrated poverty** of less developed and under-industrialised regions, where the poor form a large group, well integrated into family and local community networks; combating poverty in this case is a matter for all-round economic development policy;
- **the marginal poverty** of the misfits who did not share in the post-war economic boom;
- **the poverty of exclusion**, born of the various mechanisms which are shutting out an increasing number of people who "slide" into poverty by accident; this is a predominantly urban phenomenon.

At the other end of the social scale, a gradual sclerosis of the **ruling classes** can be observed. Efforts to democratise education have admittedly been successful in quantitative terms throughout Europe. Almost 90% of young people stay on at school between the ages of 16 and 18 in France, Germany, Belgium and the Netherlands. Yet equal opportunities have not scored significant advances in any country. The governmental, political and administrative elite are becoming increasingly professional, and there is a risk of their losing touch with the public as a whole. In higher education, there is a sharp contrast between the selective, Malthusian British system, where 8.5% of school-leavers go on to university, and the open-access French and German models, where the figures

are 25% and 23% respectively. The elite are trained within three educational models: the British Oxbridge model, an aristocratic form of recruitment through two generalist universities; the French *grandes écoles* model, an ostensibly meritocratic system which produces a highly specialised elite (public law and economics at Sciences-Po and the ENA and mathematics at the Polytechnique); and the German, Austrian, Scandinavian and Italian models, which comprise a number of universities of equal rank. It is worth recalling that in France the elite emerge far earlier than in Germany. The young people likely to attain the upper echelons of power are known in France from age of 20, whereas their German counterparts must wait until they are 35 or 40 before a promising start to their career signals the probability of future leadership.

Thus by a strange paradox, advances in equality have generated a host of inequalities. European societies are torn by a series of new divisions. New inequalities, affecting categories rather than individuals, are gaining ground.

5. The State, between Europe and the regions

a) **The State** has become too small for the big things and too big for the small things, in the words of Daniel Bell. This is particularly true of the four large western European countries, where the State has lost a number of its sovereign powers and a "Europe of the cities" is reemerging. At a time when the welfare State is passing on its responsibilities to local government, various factors are promoting greater decision-making autonomy for cities – and even large towns – in all countries. But it would be wrong to diagnose this as the demise of the State, which still occupies a central and decisive position between Brussels and the regional capitals. In certain respects, the State plays a greater part than ever in the daily lives – civic, family and professional – of the population, as a service provider and protector of the weak. Nevertheless, while nothing can be done without the State, it is also true that it can no longer command and be obeyed without first negotiating with Brussels, regional government and corporate representatives. In countries where the State is weak and local government and corporate power are well organised, the transition will be quite smooth. In France, however, where the intermediate levels of government have no other legitimacy than that conferred by the State, it will be a shock.

b) **Immigration** remains a good yardstick against which to compare the various concepts of nation and citizenship. The old opposition between German and French attitudes on the matter still holds today: France's strong capacity for integration is reflected

in a high percentage of mixed marriages – 20% of children born of an Algerian father have a French mother and 25% of children born of an Algerian mother have a French father. In Germany, only 2% of children born of Turkish mothers have a German father.

6. The diversity of capitalist systems

Since the end of the communist/capitalist dichotomy, attention has turned to the diversity of forms which capitalism can take. Even within the four large western European States, regional and sectoral discrepancies are so pronounced as to make it virtually impossible to speak of national systems of capitalism.

Four types may be distinguished:

- **Negotiated capitalism** (Sweden, Germany, Austria and Spain), which has been hard hit by economic globalisation in all countries.
- **Networked capitalism** (Italy, Denmark, southern Germany, northern Italy), found in industrial basins where a host of networked SMEs operate using State and banking services at regional level. The best example is the Turin-Milan-Trieste triangle, where the mainspring of growth is social rather than economic: strong family ties, self-help networks, openness to international trade, active municipal authorities and banking institutions, etc. This is a revival of the Italy of the late Middle Ages, where self-governing cities and principalities maintained links stretching all over the world.
- **Colbertian capitalism.** In France, company directors have always hesitated to venture abroad without the help of the State; economic life remains excessively centralised. The strength of the French model is first and foremost due to the State's decision-making power and the competence of its *grands corps* – its civil servant elite. There is no point, however, in seeking to replace the French model with a German or free-market one, for systems of capitalistic management cannot be imported. The lack of interdependence between the various economic institutions, the inability to synchronise change except at times of crisis and the fact that only the State can find new compromises are all obstacles to transferring the German model to France.
- **Individualistic capitalism** in the Thatcherite mould, in which there is no society, only individuals.

At a time when the Swedish model is becoming obsolete and the German and French models are proving too rigid to cope with globalisation, the only options would appear to be British-style free-marketsteering and Italian-style networking. But the German and French models are closer than they appear and have the resources to evolve. Only an alliance between them could save organised capitalism.

Conclusion: changing without losing identity

A historical illusion might appear to suggest that the steamroller of modernity is levelling out diversity. In actual fact, although western Europe draws unity from an important common core of characteristics, it remains extraordinarily diverse. Contrary to conventional wisdom, the ongoing process of change is not carrying it towards greater uniformity. The Americanisation of Europe is a myth: the proliferation of hamburger joints is merely symptomatic of the diversification of eating habits which began with the introduction of Italian, Moroccan and Asian cuisine... The growing diversity of our tastes and lifestyles is a safeguard against the domination of a single culture.

During the post-war boom, the economy was the driving force behind the western world's great leap forward. But technology is no longer the *primum movens*; social considerations now prevail over economics rather than the reverse. As a consequence, the common goal of progress is losing its grip on the collective psyche. No social ideal remains capable of harnessing efforts in the hope of a better future. But the real revolution is perhaps the turnaround in relations between the individual and the group. Individual happiness rather than national glory must now be the chief concern of any government. We all want to be free to determine our own standards, lifestyles and relationships.

But the prophets of doom who warn of a weakening of social ties and the individual isolated in a "solitary crowd" are mistaken. Individualism implies stronger social ties, common values, shared feelings... it is the individual seeking communities where he or she can feel at home with others.

ANNEX 2

Europe *A History*²

by Norman Davies

² Pimlico, 1997. **Summary** of the Introduction.

Concepts of Europe

“ Europe ” is a relatively modern idea. It gradually replaced the earlier concept of “ Christendom ” in a complex intellectual process lasting from the fourteenth to the eighteenth centuries. The decisive period was reached in the decades on either side of 1700 after generations of religious conflict. In the early phase of the Enlightenment it became an embarrassment for the divided community of nations to be reminded of their common Christian identity; and “ Europe ” filled the need for a designation with more neutral connotations. In the West, the wars against Louis XIV inspired a number of publicists who appealed for common action to settle the divisions of the day. Quaker William Penn (1644-1718) had the distinction of advocating both universal toleration and a European parliament. The dissident French abbé, Charles Castel de St Pierre (1658-1743), author of *"Projet de paix perpétuelle"*, called for a confederation of European powers. In the East, the emergence of the Russian Empire under Peter the Great required radical rethinking of the international framework. The Treaty of Utrecht of 1713 provided the last major occasion when public reference to the *Respublica Christiana*, the “ Christian Commonwealth ” was made.

After that, the awareness of a European as opposed to a Christian community gained the upper hand. Writing in 1751, Voltaire described Europe as “ *a kind of great republic divided into several states...* ”. Twenty years later, Rousseau announced: “ *There are no longer Frenchmen, Germans and Spaniards, or even English, but only Europeans* ”. According to one judgement, the final realisation of the “ idea of Europe ” took place in 1796, when Edmund Burke wrote: “ *No European can be in complete exile in any part of Europe* ”.

Even so, the geographical, cultural and political parameters of the European community have always remained open to debate.

Most of Europe’s outline is determined by its extensive sea-coasts. But the delineation of its land frontier was long in the making. The dividing line between Europe and Asia had been fixed by the ancients from the Hellespont to the River Don, and it was still there in medieval times.

A fourteenth-century encyclopedist could produce a fairly precise definition: “ *...Europe begins on the river Tanay (Don) and stretches along the Northern Ocean to the end of Spain. the east and south part rises from the sea called Pontus (Black Sea) and is all joined to the Great Sea (the Mediterranean) and ends at the islands of Cadiz (Gibraltar)* ”. Pope Pius II began his early Treatise on the State of Europe (1458) with a description of Hungary, Transylvania and Thrace, which at that juncture were under threat from the Turks. Neither the ancients nor the medievals had

any close knowledge of the easterly reaches of the European Plain. So it was not until 1730 that a Swedish officer suggested that Europe's boundary should be pushed back from the Don to the Ural Mountains and the Ural River. Sometime in the late eighteenth century, the Russian government erected a boundary post on the trail between Yekateringburg and Tyumen to mark the frontier of Europe and Asia. From then on the gangs of Tsarist exiles, who were marched to Siberia in irons, created the custom of kneeling by the post and of scooping up a last handful of European earth. "There is no other boundary post in the whole world", wrote one observer, "which has seen....so many broken hearts". By 1833, when Volger's *Handbuch der Geographie* was published, the idea of "Europe from the Atlantic to the Urals" had gained general acceptance. None the less, there is nothing sacred about the reigning convention. The extension of Europe to the Urals was accepted as a result of the rise of the Russian Empire. But it has been widely criticised, especially by analytical geographers. The frontiers on the Urals had little validity in the eyes of Halford Mackinder, of Arnold Toynbee, for whom environmental factors had primacy, or the Swiss geographer, J.Reynold, who wrote that "Russia is the geographical antithesis of Europe".

Geographical Europe has always had to compete with notions of Europe as a cultural community; and in the absence of common political structure, European civilisation could only be defined by cultural criteria. Special emphasis is usually placed on the seminal role of Christianity. Broadcasting to a defeated Germany in 1945, the poet T.S Eliot stressed the interdependence of the numerous sub-cultures within the European family and the centrality of the Christian tradition, which subsumes within itself the "*legacy of Greece, of Rome and Israël*": "*...An individual European may not believe that the Christian faith is true; and yet what he says, and makes, and does, will all...depend on (the Christian heritage) for its meaning. Only a Christian culture could have produced a Voltaire or a Nietzsche. I do not believe that the culture of Europe could survive the complete disappearance of the Christian faith*". This concept is, in all senses, the traditional one. It is the starting point of what Mme de Staël once called "*penser à l'euro péenne*".

For cultural historians of Europe, the most fundamental of tasks is to identify the many competing strands within the Christian tradition and to gauge their weight in relation to various non-Christian or anti-Christian elements. Pluralism is *de rigueur*. Despite the apparent supremacy of Christian belief right up to the mid-twentieth century, it is impossible to deny that many of the most fruitful stimuli of modern times, from the Renaissance passion for antiquity to the Romantics' obsession with Nature, were essentially pagan in character. Similarly, it is hard to argue that the contemporary cults of modernism, eroticism, economics, sport or pop culture have much to do with the Christian heritage. The main problem nowadays is to decide whether the centrifugal forces of the twentieth century have reduced that heritage to a meaningless jumble or not. Few analysts would now maintain that anything resembling a European cultural monolith has ever existed. One interesting solution is to see Europe's cultural legacy as composed of four or five overlapping and interlocking circles (see Appendix).

It would be wrong to suppose, however, that "Europe" was devoid of political content. On the contrary, it has often been taken as a synonym for the harmony and unity which was lacking. The messianic or utopian view of Europe can be observed as far back as the discussion which preceded the Treaty of Westphalia. It was loudly invoked in the propaganda of William of Orange and his allies, who organised the coalitions against Louis XIV, as in those who opposed Napoleon. It was present in the rhetoric of the Balance of Power in the eighteenth century and of the Concert in the nineteenth. In the twentieth century, the European ideal has been revived by politicians determined to heal the wounds of the two world wars. In the 1920s, it found expression in the League of Nations. It was specially attractive to the new states of Eastern Europe who sought communal protection against the great powers. In the late 1940s, after the creation of the Iron Curtain, it was appropriated by people who were intent on building a Little Europe in the West, who imagined their construction as a series of concentric circles focused on France and Germany. But it equally served as a beacon of hope for others cut off by oppressive communist rule in the East. The collapse of the Soviet empire in 1989-91 offered the first glimpses of a pan-European community that could aspire to spread to all parts of the continent.

For more than five hundred years, the cardinal problem in defining Europe has centred on the inclusion or exclusion of Russia. Russia's Western neighbours have often sought reasons for excluding her. Russians themselves have never been sure whether they wanted to be in or out. In 1517, a geographical treatise published in the University of Cracow upheld the traditional distinction between *Sarmatia europaea* (European samartia) and *Samartia asiatica* (Asian Sarmatia) with the boundary on the Don. So Poland-Lithuania was in and Russian-Moscovy was out. Three centuries later, things were not so clear. Russia's frontier had shifted dramatically westwards. When the Frenchman Louis-Philippe de Ségur passed by on the eve of the French revolution, he was no in doubt that Poland no longer lay in Europe. Yet there was exactly the era when the Russian government was insisting on its European credentials. The Empress Catherine categorically announced in 1767 that "*Russia is a European state*". Everyone who wished to do business with St Petersburg took note. The growth of a general consensus regarding Russia's membership of Europe was greatly strengthened by Russia's role in the defeat of Napoleon and by the magnificent flowering of Russian culture. After 1917, the conduct of the Bolsheviks revived many of the old doubts and ambiguities. The Bolsheviks were widely regarded abroad as barbarians - a gang of wild Asiatics like Attila or Genghis Khan. In Soviet Russia, the Marxist revolutionaries were often denounced as a Western implant, dominated by Jews, backed by Western money and manipulated by German Intelligence. Lenin and his circle identified closely with Europe. They saw themselves as heirs to a tradition launched by the French Revolution; they saw their immediate roots in the socialist movement in Germany and they assumed that their strategy would be to join up with revolutions in

the advanced capitalist countries in the West. Only under Stalin, did the Soviet Union choose to distance itself spiritually from European affairs. Of course, seventy years of totalitarian Soviet rule built huge mental as well as physical curtains across Europe. In their hearts, however, many individual Russians followed the great majority of non-Russians in the Soviet bloc in fostering a heightened sense of their European identity. It was a life-line for their spiritual revival against communism. When the chains of communism melted away it enabled them to greet, in Vaclav Havel's phrase, the "Return to Europe". None the less, scepticism about Russia's European qualifications continued to circulate both in Russia, with nationalists, which dislikes and envies the West and unreformed communists and outside Russia, where the Russian Federation is seen as unripe for liberal democracy.

Some commentators have insisted that Britain's European credentials are no less ambiguous than Russia's. From the Norman Conquest to the Hundred Years War, the kingdom of England was deeply embroiled in Continental affairs. But for most of modern history the English sought their fortune elsewhere. Like the Russians, they were definitely Europeans, but with prime extra-European interests. They were, in fact, semi-detached. Their habit of looking on the "Continent" as if from great distance did not start to wane until their empire disappeared. What is more, the imperial experience had taught them to look on Europe in terms of "great powers", mainly in the West, and "small nations", mainly in the East, which did not really count. The initiators of the first pan-European movement in the 1920s assumed that neither Britain nor Russia would join.

In the mean time, a variety of attempts have been made to define Europe's cultural subdivisions. in the late nineteenth century, the concept of a German-dominated *Mitteleuropa* was launched to coincide with the political sphere of the Central Powers. In the inter-war years, a domain called "East Central Europe" was invented to coincide with the newly independent "successor states" - from Finland and Poland to Yugoslavia. This was revived again after 1945 as a convenient label for the similar set of nominally independent countries which were caught inside the Soviet bloc. By that time, the main division, between a "Western Europe" dominated by NATO and the EEC and an "Eastern Europe" dominated by Soviet communism seemed to be set in stone. In the 1980s a group of writers led by the Czech novelist, Milan Kundera, launched a new version of "Central Europe", to break down the reigning barriers. The "Heart of Europe" is an attractive idea which possesses both geographical and emotional connotations. But it is peculiarly elusive. One author has placed it in Belgium, another in Poland, a third in Bohemia, a fourth in Hungary and a fifth in the realm of German literature.

During the seventy-five years when Europe was divided by the longest of its civil wars, the concept of European unity could only be kept alive by people with the greatest intellectual courage to resist not only persistent nationalism, but also the parochial view of a Europe based exclusively on the

prosperous West. One such person was Hugh Seton-Watson (1916-84), professor at the School of Slavonic and East European Studies.

His argument stressed three fundamental points - the need for European ideal, the complementary role of the East and the West European nations and the pluralism of Europe's cultural tradition. Seton-Watson was one the minority of Western scholars who bestrode the barriers between East and West and who saw Soviet communism for what it was.

Western Civilization

For the best part of 200 years, European history has frequently been confused with the heritage of "Western Civilization". Indeed, the impression has been created that everything Western is civilized, and everything Western is civilized. By extension, or simply by default, anything vaguely "Western" or "Oriental" stands to be considered backward or inferior. The workings of this syndrome have been ably exposed with regard to European attitudes towards Islam and the Arab world. But it is not difficult to demonstrate that it operates with equal force in relation to some of Europe's own regions, especially in the East. Western civilisation is not taken to extend to the whole of Europe (although it may be applied to distant parts of the globe far beyond Europe). Historians most given of thinking themselves as from "the West" rarely see any necessity to describe Europe's past in its entirety. Any number of titles could be cited which masquerades as histories of "Europe" or of "Christendom" but which relate only to their chosen fragments of the peninsula. That is a very strange phenomenon. It seems to assume that historians of Europe can conduct themselves like the cheese-makers of Gruyère, whose product contains as many holes as cheese. If textbooks of human anatomy were designed with the same attention to structure, one would be contemplating a creature with one lobe to its brain, one eye, one arm, one lung and one leg.

The chronology of the subject is also instructive. The idea of the "West" is as old as the Greeks, who saw Free Hellas as the antithesis of the Persian-ruled despotisms to the East. In modern times, it has been adopted by a long succession of political interests who wished to reinforce their identity and to dissociate themselves from their neighbours.

As a result, "Western civilisation" has been given a dozen or so meanings and connotations: the Roman Empire; the Christian Civilisation; the Catholic world; Protestantism; the French variant of Western Civilisation in the seventeenth and eighteenth centuries; the imperial variant in the nineteenth century; the Marxist variant; the first German variant which led to a distinction between *Abendlich* (Occidental) and *Westlich* (Western) civilisation; the WASP variant which lasted from World War I

until the collapse of the British Empire; the second German variant as conceived by the Nazis; the American variant which includes not only countries belonging to NATO but also the "Pacific Rim"; the Euro-variant with the EEC...

From all these examples it appears that Western civilization is essentially an amalgam of intellectual constructs which were designed to further the interests of their authors. It is the product complex exercises in ideology, of countless identity trips, of sophisticated essays in cultural propaganda. Its elastic geography has been inspired by the distribution of religion, by the demands of liberalism and of imperialism, by the unequal progress of modernisation, by the divisive effects of world wars and of Russian Revolution, and by the self centred visions of French philosophies, of Prussian historians, and of British and American statesmen and educators, all of whom have had their reasons to neglect or to despise "the East". In its latest phase it has been immensely strengthened by the physical division of Europe, which lasted from 1947-48 to 1991. On the brink of the twenty-first century, one is entitled to ask in whose interests it may be used in the future. A set of assumptions recurs time and again. The first maintains that West and East, however defined, have little or nothing in common. The second implies that the division of Europe is justified by natural, unbridgeable differences; the third that the West is superior; the fourth that the West alone deserves the name of Europe. Anachronism is particularly insidious. By taking transient contemporary divisions, such as the Iron curtain, as a standing definition of "West" and "East", one is bound to distort any description of Europe in earlier period. Poland is neatly excised from the Renaissance, Hungary from the Reformation, Bohemia from industrialisation, Greece from the Ottoman experience. More seriously, one deprives a large part of Europe of its true historical personality. There has been no shortage of counter-claims from the East. The Soviet theme of an East free from moral and ideological corruption has been adapted by dissident intellectuals. They felt themselves less infected by the mindless materialism of the West, and argued that communist oppression had strengthened their attachment to Europe's traditional culture.

None the less no historian could deny that there are many real and important lines on the map which have helped to divide Europe into "West" and "East". Probably the most durable is the line between Catholic (Latin) Christianity and orthodox (Greek Christianity). It has been in place since the earliest centuries of our era. As shown by events during the collapse of Yugoslavia, it could still be a powerful factor in the affairs of the 1990s. But there are many others. There is the line of the Roman limes, there is the line between the western Roman Empire and the eastern Roman Empire, there is the Ottoman line and, more recently, the Iron Curtain. Less certainly, social scientists invent divisions based on the criteria of their own disciplines. Economic historians, for example, see a line separating the industrialised countries of the west from the peasant societies of the East. Historical anthropologists have identified a Leningrad-Trieste line, which supposedly separates the zone of nuclear families from that of extended family. Legal historians trace a line separating the lands which

adopted the roman law and those which did not. Some political scientists have found a line dividing "Western" and "non-western" forms of nationalism. Yet, one has to be prudent when dealing with such divisions. If one does, one finds that the best candidate for a nationalism of the Eastern type is to be found in the far West of Western Europe, in Ireland.

All these lines, real and imagined, have profoundly affected the framework within which European history has been conceived and written. Their influence is so strong that some commentators can talk disparagingly of a "White Europe" in the West and a "Black Europe" in the East. The division of Europe into two opposing halves, therefore, is not entirely fanciful. Yet one has to insist that the West-East division has never been fixed or permanent. Moreover, it rides roughshod over many other lines of division of equal importance. It ignores serious differences both within the West and within the East; and it ignores the strong and historic division between North and South.

Any competent historian or geographer taking the full range of factors into consideration can only conclude that Europe should be divided, not into two regions, but into five or six. Similarly, no competent historian is going to deny that Europe in its various guises has always possessed a central core and a series of expanding peripheries. One could argue in a very real sense that Europe's periphery lies along a line joining San Francisco with Buenos Aires, Cape Town, Sydney and Vladivostok. Yet, once again, there can be no simple definition of what the core consists of. Different disciplines give different analyses.

They have based their findings on geography, ethnicity, culture, politics or economics. Wherever or whatever the core is taken to be, it is linked to the Ebro, the Danube and the Volga as well as the Rhône and the Rhine; to the Baltic and the Black Sea as well as the Atlantic and the Mediterranean; to the Balts and the Slavs as well as the Germanics and the Celts; to the Greeks as well as the Latins, to the peasantry as well as the proletariat. Despite their differences, all the regions of Europe hold a very great deal in common. They are inhabited by peoples of predominantly Indo-European culture and related kin. They are co-heirs of Christendom. They are connected by every sort of political, economic, and cultural overlap and interaction. Despite their own antagonisms, they share fears and anxieties about influences from outside - whether from America, from Africa or from Asia. Their fundamental unities are no less obvious than their manifest diversity.

Western supremacy is one of those dogmas which holds good at some points in European history and not at others. It does not apply in the earlier century when, for example, Byzantium was far more advanced than the empire of Charlemagne. It has applied in many domains in recent times, when the West has clearly been richer and most powerful than the East. Yet as many would argue, the criminal conduct of Westerners in the twentieth century has destroyed the moral basis to all former claims. The title of "Europe", like the earlier label of Christendom, therefore, can hardly be arrogated by one

of its several regions. Eastern Europe is no less European for being poor, or being underdeveloped, or ruled by tyrants. In many ways, thanks to its deprivations, it has become more European, more attached to the values which affluent Westerners can take for granted. Nor can Eastern Europe be rejected because it is "different". All European countries are different. All West European countries are different. And there are important similarities which span the divide. A country like Poland might be very different from Germany or from Britain; but the Polish experience is much closer to that of Ireland or of Spain than many West European countries are to each other. A country like Greece, which some people have thought to be Western by virtue of Homer and Aristotle, is considerably more distant from those of Western Europe than several countries who found themselves on the wrong side of the Iron Curtain.

The really vicious quality shared by almost all accounts of "Western civilisation" lies in the fact that they present idealised, and hence essentially false, pictures of past reality. They extract everything that might be judged genial or impressive and they filter out anything that might appear mundane or repulsive.

It is bad enough that they attribute all the positive things to the "West" and denigrate the "East". But they do not even give an honest account of the West: judging from some of the textbooks, one gets the distinct impression that everyone in the "West" was a genius, a philosopher, a pioneer, a democrat, or a saint, that it was a world inhabited exclusively by Platos and Marie Curies such hagiography is no longer credible. The established canon of European culture is desperately in need of revision.

The Allied Scheme of History

Contemporary views of Europe have been strongly influenced by the emotions and experiences of the two World Wars and especially by the victory of the "Grand Alliance". Thanks to their triumphs in 1918, in 1945, and at the end of the Cold War, in 1989, the Allied have been able to export their interpretation of events worldwide. They have been particularly successful in this regard in Germany whose receptiveness was heightened by a combination of native guilt and Allied re-education policies.

This allied scheme, often projected back into more remote period, may be summarised as followed:

- The belief in a unique, secular brand of Western civilisation in which the "Atlantic community" is presented as the pinnacle of human progress.

- The ideology of "anti-fascism", in which the Second World War is perceived as the defining event in the triumph of Good over Evil.

- A demonological fascination with Germany condemned as the prime source of the imperialism which produced the First World War, and of the fascism which produced the Second.

- An indulgent, romanticised view of the Tsarist empire and the Soviet Union, the strategic ally in the East. Russia's manifest faults should never be classed with those of the enemy. For Russia's great merits as a partner in the "anti-fascist" alliance, outweigh all the negative aspects of her record.

- The unspoken acceptance of the division of Europe into Western and Eastern spheres. Whereas "Atlantic values" are expected to predominate in the West, the East is considered as Russia's legitimate sphere of influence.

- The studied neglect of all facts which do not add credence to the above.

The Allied scheme of history has never been consciously or precisely formulated; nor has it been systematically contested. Yet half a century after the Second World War it was everywhere evident in academic discussions and, perhaps unknowingly, in the conceptual framework which informs the policy decisions of governments. In the academic sphere, the Allied scheme has contributed to the crushing preponderance of research that is devoted to Nazi or Nazi-related themes, and to the prominence of German studies. It helps explain why the analysis of East European affairs continues to be organised in separate institutes of "Soviet" or "Slavonic" studies. It was responsible in part for the excessive emphasis of Russia within the Soviet and Slavic field, often to the total exclusion of non-Russian cultures. It was present, above all, in the assumptions and illusions surrounding views of the Second World War. Half a century after that war was fought, the majority of episodes which contradict the Allied myth continued to be minimised or discounted. Many wartime stereotypes have been perpetuated, especially regarding Eastern Europe. The Czechs and Serbs, for example, who had a long tradition of co-operation with Russia and hostility with Germany, could be hailed as "brave", "friendly" and "democratic" - at least until the wars in Bosnia. The Slovaks, Croats and Baltic nations, in contrast, who were thought to have collaborated with the enemy, deserved no such compliments. The Poles, as always, fitted no one's scheme. By resisting German aggression, they were obviously fighting staunchly for democracy. By resisting Soviet aggression, they were obviously "treacherous", "fascistic", "irresponsible" and "anti-democratic". The Ukrainians, too, defied classification. Although they probably suffered absolutely the largest number of civilian casualties of any European nation, their main political aim was to escape from Soviet and Russian domination. The best thing to do with such an embarrassing nation was to pretend it didn't exist, and to accept the old Tsarist fiction about their being "Little Russians". In reality, they were neither little nor Russians.

The hold of the Allied scheme was evident in the reactions to the collapse of communism after 1989. The outburst of "Gorbymania", the priority given to the integrity of wartime allies (first the USSR and then Yugoslavia), and the wilful confusing of patriotism with nationalism in Eastern Europe can only be explained in terms of pre-set historical reflexes. It was only by a slow process of readjustment that Western opinion learned that "Russia" and the "Soviet Union" were not the same thing; that Gorbachev headed a deeply hated regime; that the Yugoslav Federation was a communist front organisation; that the most extreme nationalism was emanating from the communist leadership of Serbia; or that Lithuania, Slovenia, Ukraine or Croatia were distinct European nations legitimately seeking statehood. The realisation that "the West" had been misled on so many issues was bound to swell demands for the revision of European history.

ANNEX 3**Speech by Jacques DELORS¹**

Prime Minister,
Your Excellencies,
Ladies and gentlemen,

With a growing number of applicants for membership of the European Union and negotiations under way with the countries of central and eastern Europe, this has become an urgent issue.

The enlargement of the Union cannot be reduced to its institutional and financial implications. The arrival of new countries forces us to engage in the thorny debate on the meaning with which we wish to endow "Europeanness".

Who is European? Who is eligible to join? Or, to take that further, what is a political community: a club? An extended family? An association? These are some of the questions which are now arising.

That is why the Greek centre for European studies EKEM and the research and study group "Notre Europe" invited thinkers from all over Europe to launch a wide-ranging debate on perceptions of Europe and its various identities. And I must say that it has been a real pleasure, these past two days, to hear sociologists, historians, philosophers and men of letters trading their often sharply divergent views on those perceptions.

I would like to express my warm thanks to the Prime Minister, Mr Constantin Simitis and the Minister for Foreign Affairs, Mr Theodoros Pangalos, for their personal support in organising this event.

¹ Delivered during the public session at the end of the seminar

However, if you will permit me, this evening I would like to leave the field of sociology and history for a while, and take a more political view of the nature of European integration. What is the principle of identity on which the European Union should rest? What political model should be established to respond to the current challenges? I should like us to examine these two questions more closely.

I. European identity, a political identity

European identities and national identities

All too often, European identity is seen as a kind of national identity on a European level. As a result Europe is expected to inspire the same emotional ties and the same type of loyalty as a nation.

The strength of identity is gauged from symbols, public speeches and sporting events. There can be no doubt that, measured on that scale, European identity seems a very pale, perhaps insubstantial thing.

But it seems to me that there is a misunderstanding here. European identity cannot be viewed as a rechannelling of nationalism into a larger sphere, as Professor Hartmut Kaeble demonstrated in a recent article on the subject.

Firstly because of the perception that Europe inherently draws, more than nationalism, on clearly defined objectives such as democracy, peace and prosperity.

Unlike national identity, European integration does not rest primarily on symbols, monuments, myths, or even a common language. Emotions bind us to our nations, but not to Europe.

Furthermore, European identity was not born of a military campaign or an act of resistance against another nation in the way that American identity was forged against Britain, German identity against Napoleon or Italian identity against the Hapsburgs... On the contrary, European identity was born of the lessons learnt from two world wars: far

from being a military victory, it was the experience of the ravages of war that called European integration into being.

At the end of the 19th century, the French writer Ernest Renan identified two conditions for the birth of the idea of nationhood. The first was a shared history: "a rich legacy of memory," he wrote. This he defined as follows: "a heroic past, great men, glory... these form the foundations for a national concept." The second factor was will: a desire to live together and to "continue the traditions handed down."

The contrast with European identity, at least as originally conceived, is plain. For what, in 1945, was the general perception of Europe's shared history? The history of their wars, rivalries and conflicts. And the will to unite was confined at the time to a tiny minority of intellectuals and politicians.

Another point on which European identity differs is that it has not, as has often been the case with nation-States, grown out of the weakening and marginalisation of its constituent entities. We often hear the nation described as a "natural" unit, in contrast to the "artificial" construct of European integration. But that is to forget that many of our States were established by complex political processes often involving violence. In other words, what today is presented as natural unity was actually formed by a combination of political action and force. European integration, on the other hand, is founded on peaceful ideals. European identity does not replace but overlays the internal ties which make up nation-States. It is born of the voluntary coming together of a number of countries, as symbolised by the cornerstone of the Union, the meeting of national heads of State and government within the European Council.

Modern European identity is also fundamentally different from that of such multinational European formations as the Hapsburg monarchy, the Soviet Union or Yugoslavia, all of which were founded in part on domination.

Is this new European identity set to gradually displace national identities? Absolutely not, in my view. The two are, it seems to me, not only different but complementary. And people know it, since a majority now consider themselves both Europeans and, first and foremost, citizens of their respective countries.

The case for constitutional patriotism

Having made these distinctions, what principle should we base our political Union on? Or, to put the question in cruder and more direct terms: what should be the primary criterion for membership of the European Union?

It seems to me that we can distinguish here between three broad options, all of which are implicit or explicit in the current political debate: cultural ties, external challenges and the democratic ideal.

Synergy through culture

The first option primarily focuses on cultural proximity, taking the word "culture" in its broadest sense, within the political model of the extended family. By that token, those countries that may be said to be to some extent culturally "related" could be part of the Union. And the distinction is made with particular reference to the supposed attributes of European identity: Roman law, Greek civilisation, German freedom and, above all, Christianity...

I do not deny the very great intellectual interest there may be in tracing the lines of cultural convergence and divergence in Europe. But can cultural ties be made a political principle? I think not.

It is also an extremely difficult task, since Europe's cultural parameters have always been a matter of debate. Europe, we are constantly hearing, is the cradle of the Judaeo-Christian faith and ethic. But, while that is true, as Professor Norman Davies has shown in his recent book on European history, many of the richest seams of inspiration in our history – the Renaissance passion for antiquity or the Romantic obsession with nature – have had pagan characteristics.

Of course Europe is partly defined by Christianity. But also by freethinking, agnosticism and atheism. And I would add, although some people will not like the idea, that Europe is now to some extent also defined by Islam. Pluralism has become essential.

Europe's foremost characteristic is precisely its extraordinary diversity. It is a multiple identity, forged from its constituent identities. That diversity is far from being decline, as some fear. Allow me to quote the sociologist Henri Mendras on the subject of western Europe: "A historical illusion might appear to suggest that the steamroller of modernity is levelling out diversity. In actual fact, although western Europe draws unity from an important common core of characteristics, it remains extraordinarily diverse. Contrary to conventional wisdom, the ongoing process of change is not carrying it towards greater uniformity. (...) The growing diversity of our tastes and lifestyles is a safeguard against the domination of a single culture."

External challenges

A second criterion of membership, which is all too often tacitly accepted, is utilitarianism. This views society as a kind of accounting balance between the respective contributions of its members.

This is the model of the mutual benefit society, which sees the Union as a kind of great club. It can already be seen in western Europe in chauvinistic attitudes to safeguarding social welfare.

Far be it from me to underestimate the very great constraints, indeed the financial sacrifices, which enlargement represents. But let us be quite clear: the European Union must not become a club for the rich.

Now more than ever, the Union should be based not only, of course, on competition, but also on the cooperation which strengthens and the solidarity which unites. No democracy worthy of the name can means-test for a say in decisions. Now more than ever, perhaps guided more reason than by passion, the people of Europe face the historical choice between a perhaps golden twilight on the one hand and on the other survival as a political entity proud of its traditions and cultures and with a power on the world stage which we must develop.

Progress through the democratic ideal

Finally, the third criterion: the democratic criterion which could form the basis for what the philosopher Jürgen Habermas has termed "constitutional patriotism". According to this view, the Union's political identity should be established more firmly on the principles of autonomy and responsibility which underpin the concept of democracy and the rule of law.

Without denying local and regional solidarity, the key to identity here is no longer kinship or proximity, but commitment to the universal principles of human rights and democracy.

That immediately raises a problem: would the political community thus formed be virtually limitless? No. On the one hand, the democratic principle in itself contains a criterion of inclusion or exclusion. It means that being European or being rich does not confer a moral right to membership.

If a European people or State violates the community's principles of pluralism, tolerance, equality or liberty, they automatically forfeit the right to membership.

And on the other hand, we should not be naïve: decisions concerning membership will always be subject to other constraints. Spatial and geographical constraints, since to be acceptable the European area must be coherent and relatively clearly defined. Cultural and financial constraints too play a part.

A democratic update

Ultimately, however, the idea of a democracy which is constantly being developed further and expressed in practical action can be the only inspiration for a genuine political Union. The instigators of the Maastricht treaty understood that when they

defined European citizenship in terms of civil and political rights, and not by reference to any form of cultural unity, although they did not appreciate all the consequences it would have.

Yet we cannot simply stop there. If we want to avoid membership becoming a formality, we need a shared political culture, to borrow the expression coined by the philosopher Jean-Marc Ferry. A shared culture, not a unified culture, since the strength of European integration will be precisely the opening up of each national culture to the others, the development of a pluralist public arena.

As you are aware, establishing an integrated economic area involved developing a harmonised legal framework for the free movement of people, products, services and capital. The formation of a shared political culture will chiefly depend on a civilised comparison of the various national legal traditions and sensibilities. A political culture cannot be established in the same way as a single market; it will grow from exchanging and pooling ideas.

II. The case for a new political model

With these principles in mind, it is clear that Europe can no longer put off a wide-ranging debate on adapting its political model to the challenges of the 21st century.

The Union today faces more challenges than ever before in the history of European integration. First of all, several major events are on the horizon. Two important treaties are due to expire in the next few years: the WEU treaty in 1998, and the ECSC in 2001. To that must be added the immediate prospect of economic and monetary union, starting on 1 January 1999. Not forgetting, again in 1999, the expiry of the "financial package", which reflects the Union's choices on common policies and joint action, and particularly with regard to the principle of economic and social cohesion enshrined in the Single European Act.

On top of this official timetable come the political challenges created by the fall of the Berlin Wall and the chain of repercussions since 1990. Today Europe is in tremendous

demand, witness the 13 countries now knocking at the door. And they will not be the last. This is a demand to which we must respond.

I think it is important to stress this at the outset, to counter the unjust accusation that those in favour of an effective model for the Community would prefer to avoid enlargement and give priority to deepening. Believe me, this ritual opposition between "deepening" and "enlargement" is a real and formidable problem. But in reality we have no choice. Our cousins in the east, separated from us by a decree of history, are no less European than we are – culturally, geographically and spiritually. It is our duty on the eve of the 21st century to open the door to them.

Having said that, it is no easy task: how can we extend our values of peace and mutual understanding to the whole of Europe while maintaining a stable and effective Community model? After all, we should not forget that it is very much that model which has become the magnet for every nation on the continent.

We would be doing our eastern cousins the greatest disservice if we were to relinquish part of the identity we have achieved and which has been our strength.

In other words, Europe would be failing in its vocation if it rejected enlargement, but equally it would lose its dynamism if it did not adapt its "home", its political and institutional structure, to the new set of circumstances which enlargement creates.

This has become an urgent issue, for at least two reasons. On the one hand, previous enlargements involved only two or three countries. Now, as I said, no fewer than 13 countries are official candidates. On the other hand, the institutional structure originally designed for a Community of six countries is already showing clear signs of strain with a Community of 15.

What will it be like when there are 25 or 30 of us? How can we ensure that enlargement is not an accumulation of our weaknesses, but a joining of forces?

It is not my intention to present you with a ready-made institutional blueprint for resolving all these contradictions.

My rather more modest aim is to set out two requirements which I believe Europe must satisfy today: the requirement of democracy, which includes greater transparency and public understanding, and the requirement of effectiveness: tailoring our means to our stated aims.

Making the Union more democratic

Denouncing the democratic deficit has become part of the new orthodoxy in European debate. And it is true that the Union is distant from its citizens, too distant. It is clear that we can and must do better in terms of transparency and clarity.

But some clarification seems necessary in this debate, which has given rise to frequent and sometimes wilful misinterpretation.

All too often, Europe has been made the convenient scapegoat for our democratic doldrums.

Furthermore, it is clear that the European project has been since its inception and remains closely bound up with the democratic ideal. With its philosophical roots in resistance to totalitarianism of all kinds, it has constantly developed its role as a guardian of democracy and the rule of law.

The Community is also the only international organisation with a directly elected assembly – and one whose powers were significantly increased by the recent Treaty of Amsterdam.

But above all, it must be clear that the strengthening of democracy at European level cannot succeed without a similar effort to restore vigour and meaning to our national democracies.

It can therefore be said, I feel, that the democratic defect affecting Europe today lies primarily in the failure to involve people and their representatives in diplomatic and normative processes at both national and European level.

At a time when Europe is impinging upon ever more areas of everyday life, it alarms more than it reassures and wearies more than it inspires. Nor does this alienation affect Europe alone: the same problem can be found in many of our national democracies, where the rift between government and the governed is widening. It is true that the situation is not identical in all countries, and often depends on the strength of popular political culture. But this tension between supranational and national, and between supranational and local, now affects every nation. In other words, we must resolve the paradox that, just as totalitarianism is retreating and formal democracy is expanding, our established democracies seem to be running out of steam.

We therefore need to rethink the democratic mechanisms for mediating between the various levels of power. The European Union can play a key part here in fostering the emergence of local and national aspirations within a supranational context, while at the same time devolving responsibility downwards through the development and encouragement of grassroots participation.

For that the aims of the European Union must be accepted and its workings comprehensible. Yet the developments of recent years point to a worrying move in the other direction: parallel structures, increasingly complex procedures and a confused extension of powers.

The result is the widespread feeling among our fellow citizens that the Community too often interferes in matters which do not concern it.

There are historical reasons for this confusion, to do with the "gearing" approach adopted by the Community's founding fathers. At the time of the treaty of Rome, it would have been unrealistic and politically unacceptable to lay down the precise division of powers between the Community and its Member States from the outset. A "softly, softly" process therefore began: the Community's sphere of competence was gradually

extended, but without any clear indication of what would ultimately be transferred to supranational level and what would remain the responsibility of the Member States.

Experience shows, it is true, that various measures can be taken to limit the risk of overregulation. That was what the Commission began doing in 1985 by systematically applying simple principles such as mutual recognition, which avoided producing dozens of detailed regulations. Another remedy is systematic recourse to qualified majority voting, which prevents Member States from endeavouring to impose every last detail of their own domestic regulations on the Community text in order to avoid having to amend or simplify them.

However, it seems to me that at the present stage of European integration, we can no longer afford to put off a clear division of responsibilities between the Union and the Member States.

Having said that, it will not be easy, as exclusive competences have increasingly given way to joint responsibilities, shared between the Union, the Member States and the regions.

It therefore seems to me that it would be simplest to determine a number of areas as being the exclusive preserve of the Member States and, within those countries with federal structures, the regions. That would be a step beyond the simple requirement of subsidiarity laid down at Maastricht.

For subsidiarity, as you know, stems essentially from the ethical requirement that respect for human dignity, and thus for the exercise of individual responsibility, is the aim of all societies. To put it another way, subsidiarity does not just restrict intervention by a higher authority, it also obliges it to act to give the lower level the means to function fully. This is a measure of the ambiguity of the principle, which can be used in some cases to justify increased intervention by the Union, but has equally been wrongfully invoked by States to oppose all progress at European level.

So I feel that to revitalise its democratic ambitions, Europe must be founded on a twofold legitimacy: the legitimacy of the nation-States, represented in the European

Council, and the direct legitimacy of the citizens through a European Parliament better integrated into the decision-making process, and a more clearly defined executive in which the Commission is institutionally accountable to both the European Council and the Parliament.

Making the Union more effective

Another requirement we must satisfy is the requirement of effectiveness. In the eyes of our fellow citizens, the Union has an obligation to produce results – witness the accusations of impotence levelled at Europe on issues ranging from foreign policy to its action to combat unemployment.

"What do we want to achieve together?" This is the first question all the European States should in conscience be asking themselves. Because in a Union of 27 to 30 members, it seems unlikely that everyone is going to be equally willing to move forward at the same time.

However, I believe we must draw a careful distinction here between those who are unwilling and those who are unable to make that move. The treaties have always made provision for transitional periods for the "willing but unable", to allow them to gradually catch up with the front runners.

Those who are unwilling pose a different problem. Here the golden rule was propounded by the former German minister for foreign affairs Hans Dietrich Genscher: no State can be forced to go further than it wants, but nor can any State prevent others from going further if they so wish.

I had therefore hoped, before the new treaty was signed, that mechanisms would be established to allow a vanguard of countries to move ahead in certain areas. That vanguard would of course be open to all Union Member States, provided they wanted to be part and accepted the constraints and responsibilities it entails.

Lending Europe its full meaning

To make a success of the unique political model which is the European Union, we have suggested here what is needed to improve the way it works: more democracy, more understanding, more transparency and more effectiveness.

Having said that, and having focused over the last two days on the issue of identity, viewed as a convergence of ideas and action allied to the maintenance of diversity, the structure itself, however well conceived, will not find the strength it needs unless we recover the meaning of collective action – political action in which every citizen is called to participate.

And that is precisely where this seminar comes in. There can be no future without assessing and drawing benefit from the past, without learning the lessons it has to teach us. Because a people deprived of all reference to the past cannot invent a future for themselves.

Eternal and changing, Europe must be eternal because of all the positive contributions it has made to human history and all it still has to give today. And changing to adapt, as a world power, to present and future challenges, ethical, political and economic.

We have endeavoured here today to find reasons for living together, affinities we can develop and things we can learn from other countries in Europe. That in itself gives meaning to our shared venture.

As diversity increases in the 21st century, this is the path we must tread to clarify the European project and rally the broadest possible public support. And I can never repeat it often enough: we must find ambitious but realistic ways of adapting our means to our ends. That is our best chance of succeeding in this collective adventure.

In this vast and unprecedented bid to develop a great community of nation-States, nothing is ever easy. But I would remind those discouraged by the scale of the task of the words of Jean Monnet: "I, for my part, have only ever known one way (to unite the countries of Europe). But the time it will take is uncertain. European integration, like all

peaceful revolutions, needs time. Time to convince, time to make the mental and practical adjustment to great change."

ANNEX 4

Speech by Costas Simitis, Prime Minister¹

Ladies and Gentlemen,

The ongoing process towards a united Europe and political unification is meeting with ever growing scepticism. The arguments put forward by way of objection can be summarized as follows: a vision, a project which inspires and motivates cannot simply reproduce what already exists, but must go beyond it, must make a clear break so as to arouse emotions and imagination. This break is not visible. Tomorrow's Europe appears as the socio-economic extension of today's, in an improved form perhaps, but still its continuation.

The creation of the hyper-market, hyper-currency and hyper-institutions is no guarantee that an area with different languages, different religions, different ways of life, will form a united whole which will overcome both the ever increasing socioeconomic differences, and the deeply rooted concept of the nation-state.

The question therefore is whether there is a project with socioeconomic implications which will create a coherent dynamic.

The answer must be yes. There is a project which will change reality substantially. This answer becomes clear if we look at the dynamic being created by unification in the existing system. We must compare the development of the present European politico-economic formation when it sets in motion unifying processes on many levels, with that which would prevail if this formation remained the same.

I will touch upon only one point, but the most crucial, I believe.

The migrant worker at the beginning of the century who left Arcadia or Calabria was seeking new possibilities and opportunities for a better life. The same holds true for the migrant worker of the 60's who left for Germany. The Russian or German worker, in 1918, who rebelled were also seeking, through a new organisation of society, to open for themselves unlimited opportunities and possibilities, in the context of social justice. The European social model created by social democracy was also based on the same

¹ Delivered during the public session at the end of the seminar

aspiration. To abolish impediments and obstacles, for there to be more avenues for each and every person. To create space for social justice. Through education, through collective negotiations, through developmental initiatives by the state, through social initiatives in health, social security, and welfare to create a more open and freer society.

These very elements - of an open society, of a society which continuously pushes forward its limits by abolishing impediments to the individual's potential for development and by improving living conditions, of a society which promotes social justice - constitute the propulsive force of the European effort. The citizens of each country will have more opportunities and possibilities in the united whole than today, and will live under conditions which allow them better to fulfill their potential.

An environment will be created which will multiply the avenues from which to choose, an environment socially more just. To use a metaphor, people will move from being merely operators of isolated computers to linking up with Internet, with an ever greater number of computers, and so make the leap into the information society. This is a qualitative leap, creating a different quality of life.

This is a minimalist model that does not break with the past, one may object, but there is a simple answer to that: The social democratic model was also minimalist compared with the communist one. It did however, slowly but surely, break with the past as concerns the living conditions of the great masses. European unification belongs to a "realistic utopia", not to a transcendental one. A social vision of rupture would sink the European project. It would lead to conflict, not to unity. The whole project depends on rallying as many social forces as possible, and aims at transformation not at rebirth from zero.

Let me stress right away that this means social changes are needed, and that unemployment and social exclusion must be dealt with effectively. The European society cannot be allowed to consolidate inequalities, a two-thirds society, neo - liberalism, a society of only markets and money. It must, on the contrary, form an extended area of freedom and social justice, an area of shrinking and drastic limitation to the phenomena which ignore the individual and impede independence, security and prosperity.

Ladies and Gentlemen,

European unification is a means by which we will be able to respond to the major changes marking our times.

The first such change is globalisation of the economy. The structures of production are being radically altered, frontiers are being weakened, the traditional social model comes under pressure. It is becoming ever clearer that this is an irreversible trend, and

that it cannot be held back. This does not mean, however, that we must be resigned to our fate. New regulatory mechanisms must be sought, as they had been in the old nation states. New rules must be found to thwart uncontrollable phenomena such as those we have recently experience and which threaten or undermine stability, development and social cohesion. Only Europe as a whole can co-determine such rules. European nation-states alone cannot.

The second development, linked to the first, is the weakening of the model of the nation-state, of the model of an omnipotent central power. Concentrated national power is gradually eroded. The traditional means of exercising policy are proving inadequate. The nation-state is retreating. We are moving from the nation-state which participated in games of a geo-political nature between states, to a nation-state which participates in a world system of a developmental nature under new conditions. At the same time, the interest of the citizen in the political scene is flagging. Supranational formations are becoming more and more important, but local societies and regions have now acquired decisive competences as concerns the everyday life of citizens.

The citizen is at one and the same time closer and further away from decision-making. Participating yet feeling marginalized. The answer to these problems will not be the privilege of any country alone. It will be determined by the forms of European cooperation, by its content and the unification processes, by the view prevailing in the European edifice as to the relations between citizens and power.

The third development is the generalized insecurity of citizens. As individuals gain independence from political and social bonds, there is more exposure to greater risks. Rapid changes in technology and the economy, demographic changes, new migratory flows, the inability to adapt to very swiftly altering social realities, the rise of criminality, all these developments pose new social problems. The traditional welfare state cannot deal with the new forms of social inequality, unemployment, social exclusion. The national means of fighting crime are insufficient. Insecurity as to the present and uncertainty as to the future are anathema to social cohesion and harm political co-existence itself.

These are problems common to all European states and can only be dealt with in common, especially in terms of ensuring conditions of greater social cohesion and solidarity.

Ladies and Gentlemen,

European identity is not only a matter of a common market, nor of an Economic and Monetary Union. It is a matter of principles, values, education and culture.

Our civilization is built primarily on the fundamental principles of the Enlightenment. On the principles of freedom, democracy, equality, social justice. But also on the principle of social responsibility, of a civil society.

Secondly, our common European culture is built on the broadest values of international co-existence: on the values of peace, of cooperation between peoples, of peaceful resolution of differences, on respect for international law. These are values which we Greeks, living on the south-eastern frontiers of Europe have a special respect for. That which is taken for granted in Western Europe must also apply to Eastern Europe.

Thirdly, the Europe which will allow us to advance must be the Europe of our differences. Europe embraces a single, but also multiple discernible realities. Europe is built on the idea of unity through diversity. European civilization built itself on opening up to the outside world, to a sense of universality through diversity.

We are looking to a Europe which believes in its plurality, in taking advantage from meeting with others. A Europe which cultivates a multicultural nature through various mechanisms. Which forms a context where all citizens can express themselves; which is not so much a single culture, but more an area where many cultures, many ways of life, many ideals may flourish.

In conclusion, the debate on Europe is, as a rule, focused on issues of economic policy. When we talk of Europe, we talk of own resources, of the Common Agricultural Policy, or the convergence of the economies. However, our common success also depends on education, culture, and research. It chiefly depends on the extent that the young will accept the new project and mobilise for it. It is high time we turned to issues of concern to young people, issues which motivate them.

It is my belief that only by taking steady steps towards a creative, productive, socially just, and multi-cultural Europe can we decisively deal with the challenges of our times. It is in this way that our identity will be forged.

To this end we need to involve everybody. The identity of Europe will not automatically derive from any system, but from the efforts and the struggles of those who will wish to co-determine it; by our common struggle.